

31.05.2023

## Antwort

der Landesregierung  
auf die Große Anfrage 7  
der Fraktion FDP  
Drucksache 18/3443

### **Pleiten, Pech und Pannen: Lehren und Konsequenzen aus der in Nordrhein-Westfalen mit dem Scholz-Modell gescheiterten Grundsteuerreform für das weitere Vorgehen**

#### ***Vorbemerkung der Großen Anfrage***

Die Verärgerung zahlreicher Steuerpflichtiger über die neue Grundsteuerbürokratie hält bei Privatpersonen, Unternehmen, Vereinen und sonstigen Betroffenen unvermindert an. Sogar viele Experten hadern mit der neuen Grundsteuererklärung, die allgemein verpflichtend über das ELSTER-Onlineportal der Finanzverwaltung zu erledigen ist. Durch diesen erzwungenen Übermittlungsweg der Daten sparen die Finanzbehörden zwar eigenen Personalaufwand, da sie die anfallenden Arbeiten auf die Steuerpflichtigen delegieren, aber dadurch erhöhen sie die Belastungen für viele Steuerpflichtige. Etliche von ihnen wünschen sich alternativ eine gewohnte beleghafte Bearbeitungsmöglichkeit in Papierform, da sie dann mehr Ruhe, Zeit und Sicherheit empfinden als bei dem technisch unzureichenden Onlineverfahren. Insgesamt ist die große Überforderung und Belastung der Bevölkerung durch das unnötig bürokratische Modell und dessen Administration ein zentrales Dauerärgernis bei den Steuerzahlern.

Wie der nordrhein-westfälische Finanzminister via Oberfinanzdirektion soeben gegenüber Medienvertretern unangenehmerweise hat einräumen müssen (siehe dazu beispielsweise dpa-Nachrichtenagenturmeldung vom 31. Januar 2023, um 15:15 Uhr: „NRW-Finanzämter schreiben säumige Immobilienbesitzer an“), ist am letzten Abgabestichtag noch ein Drittel der angeforderten Grundsteuererklärungen nicht bei der Finanzverwaltung eingegangen. Dabei hat der Finanzminister bereits gegen seinen lange Zeit artikulierten Widerstand im Oktober 2022 die allgemeine Abgabefrist um drei Monate bis 31. Januar 2023 aufgrund des seinerzeit überschaubaren Rücklaufs verlängern müssen.

In der erwähnten dpa-Meldung heißt es unter anderem wörtlich:

„Nach den Daten der Oberfinanzdirektion (OFD) müssen in NRW rund 6,7 Millionen Grundstücke und Betriebe der Land- und Forstwirtschaft aufgrund der Grundsteuerreform neu bewertet werden. Mit Stand Dienstag seien rund 4,5 Millionen Erklärungen in den NRW-Finanzämtern eingegangen. Das entspreche 66 Prozent.“

Datum des Originals: 25.05.2023/Ausgegeben: 09.06.2023

Noch unangenehmer sollte es dem Finanzminister allerdings sein, dass Nordrhein-Westfalen als größtes Bundesland deutschlandweit auf dem letzten Platz bei der Rückläuferquote liegt. Die Rheinische Post veröffentlicht dankenswerterweise in ihrer Ausgabe vom 1. Februar 2023 auf Seite 11 einen bundesweiten Vergleich aller 16 Länder bei der Einreichungsquote. Das Land Nordrhein-Westfalen fällt dabei abgeschlagen zurück. In der Rangfolge der Länder beim Erfolg der Steuererklärungsbeiträge zeigt sich folgendes Lagebild:

- Hamburg: 81,7%
- Sachsen-Anhalt: 77,3%
- Bremen: 76,0%
- Thüringen: 75,0%
- Hessen: 73,5%
- Niedersachsen: 73,0%
- Schleswig-Holstein: 72,6%
- Rheinland-Pfalz: 72,4%
- Berlin: 69,2%
- Brandenburg: 69,2%
- Mecklenburg-Vorpommern: 69,0%
- Bayern: 68,0%
- Sachsen: 68,0%
- Baden-Württemberg: 67,0%
- Saarland: 67,0%
- Nordrhein-Westfalen: 66,0%.

Trotz des immensen personellen und finanziellen Aufwands in einer deutlich zweistelligen Millionengrößenordnung ist der bisherige Rücklauf der Grundsteuerfeststellungserklärungen auch bis zum zweiten Fristende absolut enttäuschend. Bislang haben alle Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen unabhängig von einer möglichen eigenen Erklärungspflicht bereits Millionenaufwendungen für die Grundsteuerreform tragen müssen. Auf Nachfrage der FDP-Landtagsfraktion verweist der Finanzminister bislang insbesondere auf nachfolgende bereits angefallene oder fest vorgesehene Aufwendungen:

- Bereits für die vorgelagerte Aktualisierung der Adressen sind in den Finanzämtern vor Ort Kosten von über 1,66 Mio. Euro angefallen.
- Für den Einsatz von 375 Aushilfskräften bis zum ursprünglichen, zunächst vorgesehenen Fristende am 31. Oktober 2022 sind über 3,78 Mio. Euro eingeplant gewesen. Dieser Personenkreis betreut die Grundsteuerhotline und kümmert sich um die Datenerfassung.
- Aufgrund der geringen Rücklaufquote und mittlerweile erfolgten Fristverlängerung hat der Finanzminister diesen 375 Aushilfskräften eine Vertragsverlängerung bis 30. April 2023 angeboten und dafür weitere 3,24 Mio. Euro bereitgestellt.
- Da dies immer noch nicht ausreichend ist, hat der Finanzminister in einem weiteren Schritt zusätzlich für den Zeitraum vom 1. November 2022 bis ebenfalls 30. April 2023 noch weitere befristete Hilfskräfte im Volumen von 150 Vollzeitarbeitsplätzen eingeplant. Hierfür kalkuliert er an Personalkosten Mehraufwendungen von 3,89 Mio. Euro ein.
- Für Fremddienstleistungen im Zusammenhang mit der Programmierung von IT-Verfahren zur Annahme und weiteren Verarbeitung der Grundsteuererklärungen und Feststellung der jeweiligen Grundstückswerte sind bereits 1,24 Mio. Euro angefallen.

- Für Informationsschreiben und Einrichtung der Arbeitsplätze der Grundsteuerhotline sind außerdem bis zum Erhebungstermin 23. September 2022 Sachkosten von 3,51 Mio. Euro entstanden.
- Für die Grundstücks- und Bewertungsstellen hat der Finanzminister ferner bereits zuvor mehr als 300 Regierungsbeschäftigte zusätzlich unbefristet eingestellt.

Hinzu kommen noch zahlreiche Gemeinkosten (wie beispielsweise für Softwarelizenzen, Hardware, Druckstraße, etc.) für Zwecke der Grundsteuerreform, für die der Finanzminister keine zurechenbaren Kosten angeben kann. Wie aus der Finanzverwaltung zu erfahren ist, sind in den Finanzämtern etliche weitere Bedienstete aus anderen Sachgebieten für einen Teil ihrer Arbeitszeit den Grundsteuerstellen zur Verfügung gestellt worden. Die Kosten für diese interne Personalumschichtung innerhalb der Finanzverwaltung tauchen im Kontext der Ressourcenbelastung durch die Grundsteuerreform nicht auf.

Weitere Kosten kommen hinzu. Dazu gehört beispielsweise die Produktion der Erklärvideos im Internet oder weitere Portokosten in einer Millionengrößenordnung für den Versand von 6,2 Mio. Grundsteuerbescheiden und den begleitenden Aufwendungen für Büromaterial.

Trotz dieses immensen personellen und finanziellen Aufwands in einer deutlich zweistelligen Millionengrößenordnung ist der bisherige Rücklauf der Grundsteuerfeststellungserklärungen enttäuschend. Ein wichtiger Grund dafür liegt in der völlig unnötigen Kompliziertheit des bürokratischen Scholz-Modells. Per Länderöffnungsklausel hätte die Landtagsmehrheit dem Vorschlag der FDP-Landtagsfraktion für ein einfacheres flächenbasiertes Grundsteuermodell folgen können und besser sollen. Da dieses ausschließlich aus anderen Erfassungen bereits bekannte Daten erfordert hätte, wäre dabei außerdem der Versand von servicefreundlich vorausgefüllten Steuererklärungen möglich gewesen, der sicher zu einer deutlich höheren Rücksendequote geführt hätte.

Heute zeigen obige Fakten im Modellvergleich: Das flächenbasierte Grundsteuermodell aus Hamburg ist Spitzenreiter und erzielt mit fast 82% eine erkennbar höhere Erfolgsquote als das Schlusslicht Nordrhein-Westfalen, das völlig ideen- und ambitionslos das wertbasierte Scholz-Modell ohne irgendeine Verbesserung 1:1 umgesetzt hat. Die FDP-Landtagsfraktion hat dem Landtag im letzten Jahr bekanntlich ein deutlich einfacheres flächenbasiertes Modell mit höherer Akzeptanz vorgelegt (siehe Gesetzentwurf mit LT-DS 18/49), das weitgehend dem Modell des Bundeslandes Hessen entspricht. Mit seinem Ansatz hat Hessen jedenfalls sowohl bei der allgemeinen Rücklaufquote als auch beim Digitalisierungsgrad wie erwartet erkennbar besser abgeschnitten. Alle Bundesländer mit einem flächenbasierten Modell sind erfolgreicher bei der Beteiligungsquote als Nordrhein-Westfalen.

Für die FDP-Landtagsfraktion ist das Thema Grundsteuerreform schon seit vielen Jahren von großem Interesse, da diese gleichermaßen selbstnutzende Wohneigentümer, Vermieter und Mieter sowie Betriebe, Vereine und andere Organisationen betrifft. Anders als beim Kauf von vielen reinen Konsumgütern ist Wohnen ein Existenzbedürfnis, und es besteht regulär keine Möglichkeit zur Grundsteuervermeidung durch schnelle Verhaltensänderungen.

Das Bundesverfassungsgericht hat durch seine finale Entscheidung am 10. April 2018 die Berechnung der Grundsteuer auf Basis von Einheitswerten als verfassungswidrig verworfen. Dem Urteil vorangegangen ist bereits eine mehrjährige Debatte der Bundesländer für eine Grundsteuerreform. Die FDP-Landtagsfraktion hat sich bereits im Juni 2016 als einzige Fraktion nach den diesbezüglichen Plänen der Landesregierung detailliert erkundigt (siehe LT-Vorlage 16/4057 „Haltung und Lösungsvorschläge des Landes Nordrhein-Westfalen zur bevorstehenden Grundsteuerreform“ oder APr 16/1369).

Nach zahlreichen Fachgesprächen, einer fraktionsinternen Sachverständigenanhörung und einem Werkstattgespräch mit Verbänden sowie externen Experten am 6. November 2018 hat die FDP-Landtagsfraktion nach umfangreichen Beratungen bereits am 26. März 2019 ihr eigenes Positionspapier „Einfach, gerecht und zuverlässig – Für eine vernünftige Reform der Grundsteuer“ beschlossen, in dem sie für ein flächenbasiertes Grundsteuermodell plädiert.

Seitdem warnt die FDP-Landtagsfraktion zugleich immer wieder vor dem überflüssigen wie bürokratischen Erhebungsaufwand für Steuerzahler und Verwaltung, der Rechtsunsicherheit, den Kosten und den Verwerfungen eines wertbasierten Ansatzes wie beim Scholz-Modell.

Das Land Nordrhein-Westfalen hat bei der Sitzung des Bundesrats am 8. November 2019 für die Einführung einer Länderöffnungsklausel votiert, die eine landesgesetzliche Abweichung vom Scholz-Modell ermöglicht, dem Grundsteuerpaket mit dem wertbasierten Scholz-Modell allerdings ausdrücklich nicht zugestimmt (siehe Sitzungsprotokoll Bundesrat, 982. Sitzung, S. 497 ff.).

Ein ganz wesentlicher Grund für die aktuelle Arbeitsüberlastung der Steuerpflichtigen ist das wertbasierte Scholz-Modell für die Grundsteuerfeststellung. Dieses kommt automatisch in Nordrhein-Westfalen zur Anwendung, da der Landtag nicht in diesem Herbst ein einfacheres Modell beschlossen hat, wie es die FDP-Landtagsfraktion in ihrem Gesetzentwurf beantragt hat (siehe LT-DS 18/49), der weitgehend dem Modell des Bundeslandes Hessen entspricht (Flächen-Faktor-Ansatz). Zur Umsetzung des Scholz-Modells sind Daten notwendig, die für ein flächenbasiertes Modell unerheblich sind.

In der Sachverständigenanhörung des Haushalts- und Finanzausschusses haben Experten am 25. August 2022 bei der Sitzung ebenso wie im Vorfeld mit schriftlichen Stellungnahmen des Verbandes Haus & Grund, vom Bund der Steuerzahler und der Immobilienwirtschaft im Zentralen Immobilienausschuss (ZIA) ihre umfangreiche Kritik am Scholz-Modell artikuliert und einen Systemwechsel hin zu einem flächenbasierten Modell gefordert. Ähnlich haben sich bereits öffentlich zuvor andere Verbände wie Unternehmer NRW, Handwerk NRW, IHK NRW, der Verband Wohneigentum oder der Deutsche Steuerberaterverband mit ihrer Kritik geäußert.

Problematisch an dem Scholz-Modell ist insbesondere die diesem Modell innewohnende Wertdynamik, die bei absehbar weiter steigenden Immobilienpreisen wahrscheinlich zu einer immer höheren Grundsteuerbelastung sowohl für Mieterinnen und Mieter als auch für selbstnutzende Eigentümerinnen und Eigentümer sowie die Betriebe in Nordrhein-Westfalen führen wird. Hintergrund ist, dass in dem Scholz-Modell das Grundvermögen als zentrale Bemessungsgrundlage in einem bürokratischen Verfahren in Anlehnung an die Vorgaben der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) alle sieben Jahre neu bewertet wird. Bei steigenden Immobilienwerten folgt dann mit jeder dieser turnusmäßigen Neubewertung zugleich auch eine automatische Steuererhöhung, sofern die Kommunen nicht mit aktiven Hebesatzsenkungen freiwillig gegensteuern sollten. Einen dauerhaften Ausweg aus dieser Steuererhöhungsspirale bietet nur ein landeseigenes flächenbasiertes Grundsteuermodell, bei dem sich der Grundsteuerwert hauptsächlich über grundsätzlich konstante Grund- und Gebäudeflächen und nicht über fortlaufend steigende Boden- und Verkehrswerte bestimmt.

Darüber hinaus sieht das Scholz-Modell einen unnötig klageanfälligen, politisch motivierten Steuerrabatt in § 15 Abs. 4 Grundsteuergesetz vor. Das gefährdet auch die rechtssichere Erhebung dieses wichtigen kommunalen Steuerertrags. Der vorgesehene Steuerrabatt für Genossenschaftswohnungen würde dazu führen, dass bei einem Wohnblock mit teilweise genossenschaftlichen und teilweise privat vermieteten Wohnungen die Bewohner in derselben

Wohnlage in identisch großen und baugleichen Wohnungen eine unterschiedlich hohe Grundsteuerlast tragen müssten. Der Rabatt gilt auch für den Grundstückswert. Es gibt aber keinen Erfahrungssatz, dass genossenschaftliche Grundstücke deshalb wertgemindert sind. Die Einnahmen aus der Grundsteuer dienen im Kern jedoch der Bereitstellung der öffentlichen kommunalen Infrastruktur. Es gibt keinen plausiblen Grund, warum die Bürger diese Infrastruktur in einer identischen Wohnlage nur in Abhängigkeit der Eigentümerstruktur ihrer bewohnten Immobilie in unterschiedlichem Umfang nutzen – und bezahlen – sollten.

Eine solche Differenzierung ist jedenfalls nach den vom Bundesverfassungsgericht in seiner Entscheidung vom 10. April 2018 (1 BvR 889/12) aufgestellten Grundsätzen als Verstoß gegen Art. 3 GG zu werten. Durch diesen Rabatt, der allein an eine unterschiedliche Eigentümerstruktur am Gebäude anknüpft, wird eine sachlich nicht gerechtfertigte, verfassungswidrige ungleiche Bewertung gleicher Vermögensgegenstände erzeugt. Darüber hinaus bewirkt der Rabatt automatisch für die rabattlosen Wohnungen in einem Stadtgebiet eine anteilige Grundsteuererhöhung, die notwendig wird, um aufkommensneutral das geplante Gesamtgrundsteueraufkommen zu erzielen.

Der Finanzminister hat mittlerweile einigen finanziellen Aufwand betrieben, um dem Chaos bei der Grundsteuerfeststellung zu begegnen. So wurden beispielsweise einige Erklärvideos erstellt und mehrfach erhebliche zusätzliche Personalmittel mobilisiert, um dem Fragebedarf und Arbeitsaufkommen besser entsprechen zu können. Die FDP-Landtagsfraktion haben dennoch von Praktikern aus der Finanzverwaltung bereits verschiedentliche Rückmeldungen erreicht, die nicht für eine Entspannung der herausfordernden Lage sprechen.

Demnach kritisieren Finanzbeamte die geringe Qualität der bei der Grundsteuererklärung übermittelten Daten. In nicht wenigen Einreichungen würden Angaben fehlerhaft sein oder notwendige Informationsbestandteile fehlen. Steuerpflichtige und Steuerberater tragen aber ihrerseits vor, die ELSTER-Funktionalitäten seien unverständlich und teilweise unbrauchbar für eine korrekte Übermittlung der erforderlichen Mindestangaben. Finanzbeamte weisen außerdem darauf hin, dass sie bei fehlerhaft ergangenen Bescheiden im Beschwerdefalle lange Zeit keine technische Möglichkeit hatten, offenkundig falsche Bescheide zu korrigieren.

Der leider lückenhafte Eingang der Grundsteuerfeststellungserklärungen wird zunehmend zu einer Belastung für die nordrhein-westfälischen Kommunen, die auf eine rechtssichere und rechtzeitige Berechnung ihrer Grundsteuereinnahmen im örtlichen Haushalt zwingend angewiesen sind. Die Grundsteuer ist für nahezu alle Städte und Gemeinden in Nordrhein-Westfalen eine der ertragsstärksten Steuerarten mit landesweit rund 4 Mrd. Euro jährlich.

Der Finanzminister nimmt die Sorgen der Steuerpflichtigen bislang leider nicht ernst. Auf Nachfrage der FDP-Landtagsfraktion hat er soeben in der 14. Sitzung des Haushalts- und Finanzausschusses vom 9. Februar 2023 wörtlich erklärt (siehe APr 18/162):

„Ich teile nicht Ihre Einschätzung, dass es sich um Millionen überforderte Steuerpflichtige handelt. (...) Wir haben die Information, dass die aller-, aller-, allermeisten Menschen, die sich entweder auf der Homepage, bei YouTube oder über die Hotline bei uns informieren, überhaupt kein Problem haben, das zu erledigen. Diese ‚Millionen überforderten Steuerpflichtigen‘ sind ein Kommunikationsthema von Menschen, die ein Interesse daran haben, dies so darzustellen. Es ist nicht die Lebenswirklichkeit in Nordrhein-Westfalen. (...) Daran, ob wir unter den tausend wichtigsten Themen, die wir gerade in Deutschland und Europa haben, dieses Thema haben, habe ich große Zweifel.“

Tatsächlich sind etliche nordrhein-westfälische Steuerpflichtige aber sowohl mit großen Problemen bei der praktischen Erledigung ihrer Steuererklärung konfrontiert als auch der realen Gefahr ausgesetzt, dass ihre absolut berechtigten Ansprüche durch reine Verfristung

untergehen, sofern sie nicht zeitnah Einspruch gegen ihre Grundsteuerbescheide einlegen und danach bereit sind, den Klageweg zu beschreiten.

Die von den Finanzämtern des Landes Nordrhein-Westfalen ausgestellten Bescheide zur Feststellung des Grundsteuerwertes sollten erst dann unwiderruflich Bestandskraft erhalten, wenn die Verfassungsmäßigkeit des neuen Grundsteuermodells geklärt ist.

Mit Versäumnis der Einspruchsfrist von nur vier Wochen gegen die Grundlagenbescheide erlangen diese automatisch Rechtskraft durch reine Verfristung des Rechtsbehelfs, selbst wenn sich völlig eindeutig für Finanzamt und Steuerzahler später eine objektiv falsche Annahme herausstellt oder Gerichte bestimmte Elemente des Scholz-Modells als unzulässig verwerfen. Die Grundlagenbescheide behalten beachtliche sieben Jahre ihre Gültigkeit (bis zur nächsten neuen regulären Feststellungserklärung). Der eigentlich für die Zahlungshöhe maßgebliche Folgebescheid ist dennoch nicht mehr angreifbar, da er auf den bestandskräftig gewordenen Grundlagenbescheiden basiert.

Damit die Bevölkerung von Nordrhein-Westfalen zukünftig gleichmäßig und rechtmäßig besteuert wird, ist es daher erforderlich, dass sämtliche der Bescheide zur Feststellung des Grundsteuerwertes gemäß § 164 Abgabenordnung (AO) ab sofort unter dem Vorbehalt der Nachprüfung ergehen. Wenn der Bundesfinanzhof oder das Bundesverfassungsgericht die Verfassungswidrigkeit dieser Bescheide festgestellt hat, sind diese dann von Amts wegen durch die Finanzämter zu ändern. Dieses servicefreundliche Vorgehen im Umgang mit Millionen Steuerpflichtigen in Nordrhein-Westfalen hat der Finanzminister bislang abgelehnt.

Verzichtet die Landesregierung weiterhin auf diese Anordnung, so sind die Steuerzahler in Nordrhein-Westfalen gezwungen, ein Einspruchs- und ein Klageverfahren zur Wahrung der eigenen Rechte durchzuführen. Das benachteiligt diejenigen Bevölkerungsteile, die nicht über die entsprechende Rechtskenntnis oder aber nicht über die notwendigen Geldmittel verfügen. Darüber hinaus werden die Finanzverwaltung bzw. die Justiz durch eine Vielzahl von Einsprüchen und Gerichtsverfahren personell unnötig belastet. Diese Warnungen der FDP-Landtagsfraktion werden ausdrücklich auch von einem breiten Verbändebündnis geteilt, dem sich in dieser Frage in ungewöhnlicher Eintracht neben dem Steuerberaterverband, dem Bund der Steuerzahler sowie Haus und Grund auch die Deutsche Steuergewerkschaft als Vertretung der Beschäftigten in der Finanzverwaltung angeschlossen hat.

Diese Große Anfrage hilft dabei, Konstruktionsfehler im bisherigen Modell, Schwachstellen bei der Systemimplementierung und Administration zu identifizieren, mehr über die aktuellen Ziele der Landesregierung im weiteren Umgang mit dieser Problematik zu erfahren und durch eine Evaluation von wichtigen Problemfeldern zugleich wertvolle steuerungsrelevante Erkenntnisse für zukünftige Grundsteuerverfahren zu gewinnen.

In den letzten Monaten hat die FDP-Landtagsfraktion bereits etliche Anfragen zu Daten und Fakten bei der Grundsteuerreform an die Landesregierung gerichtet. Eine nicht unerhebliche Anzahl von Fragen ist dabei bislang nicht beantwortet worden, da dieses nach Darstellung des Finanzministers nicht im Rahmen von „Kleinen Anfragen“ möglich sei. Auch aus diesem Grunde erfolgt diese Große Anfrage, damit die dargestellte Begründung einer Beantwortung nicht länger im Wege steht. Die parlamentarischen Auskunftsrechte einer Landtagsfraktion mit dem Instrument der Großen Anfrage gehen über die individuellen Informationsrechte eines Abgeordneten mit dessen Recht zur Einreichung „Kleiner Anfragen“ hinaus. Im Sinne größtmöglicher Transparenz und zur Informationsbereitstellung für die Finanzverwaltung als lernender Organisation ist die detailgenaue Evaluation des aktuellen Grundsteuerverfahrens von großer Bedeutung.

Die Landesregierung wird daher gebeten, die nachfolgenden Fragen möglich qualifiziert und umfangreich zu beantworten. Sollte dies im Einzelfall für formulierte Fragestellungen objektiv tatsächlich nicht exakt so möglich sein, sollte der Finanzminister hilfsweise vergleichbare Informationen bereitstellen, die den Informationsbedürfnissen der Fragesteller möglichst nahekommen.

**Der Minister der Finanzen** hat die Große Anfrage 7 namens der Landesregierung im Einvernehmen mit dem Ministerpräsidenten sowie dem Minister des Innern, der Ministerin für Heimat, Kommunales, Bau und Digitalisierung sowie dem Minister der Justiz beantwortet.

**I. Datengrundlagen, Bestandsaufnahme sowie Eingangs- und Bearbeitungsstand mit Ablauf der verlängerten Abgabefrist und der sich daraus ergebenden Ziele und Herausforderungen für das weitere Vorgehen**

**1. Jeweils genau wie viele einzelne grundsteuerrelevante Liegenschaften (Steuerfälle) und Steuererklärungspflichtige, differenziert nach natürlichen Personen und Unternehmen sowie sonstigen Entitäten wie Vereine, Stiftungen usw., gibt es nach Datenlage der Landesregierung in allen einzelnen Finanzämtern, die für die Grundsteuerbearbeitung im Land Nordrhein-Westfalen zuständig sind? (detaillierte Aufschlüsselung pro Finanzamt erbeten)**

Eine Aufgliederung nach den gewünschten Merkmalen liegt der Landesregierung nicht vor.

**2. Die verlängerte Abgabefrist für Grundsteuererklärungen ist bereits zum 31. Januar 2023 abgelaufen. Wie sehen aktuell die Erklärungseingangsquote und ELSTER-Quote jeweils landesweit sowie aufgeschlüsselt nach den einzelnen Finanzämtern aus?**

Bei Ermittlung der Quoten für landesinterne Steuerungszwecke werden die elektronisch eingegangenen Erklärungen um die berichtigten und mehrfach übermittelten Erklärungen bereinigt.

Demnach lagen am 04.05.2023 (24.00 Uhr)

- die Erklärungseingangsquote bei rund 87 % und
- die ELSTER-Quote bei rund 90 %.

Die entsprechend ermittelten Quoten der Finanzämter können der nachstehenden Tabelle entnommen werden.

Stand: 04.05.2023	Erklärungseingangs- quote*	ELSTER-Quote**
	*Anteil der abgegebenen Erklärungen an den insgesamt abzugebenden Erklärungen	**Anteil der elektronisch abgegebenen an den insgesamt abgegebenen Erklärungen
Dinslaken	90,30	88,63
Viersen	89,14	91,43
Düsseldorf-Altstadt	86,42	94,23
Düsseldorf-Nord	86,38	92,22
Düsseldorf-Süd	87,27	92,87
Duisburg-Hamborn	83,54	88,72
Duisburg-Süd	88,23	89,71
Essen-NordOst	89,31	90,03
Essen-Süd	88,02	91,84
Geldern	82,80	96,47
Grevenbroich	87,77	88,96
Kempen	86,82	92,93
Kleve	86,21	91,05
Krefeld	87,46	90,15
Kamp-Lintfort	87,74	90,28
Mülheim an der Ruhr	85,55	90,08
Mönchengladbach	87,80	90,43
Neuss	90,12	90,65
Oberhausen-Nord	85,86	89,95
Oberhausen-Süd	86,56	87,55
Remscheid	86,51	89,79
Solingen	87,36	89,29
Wesel	84,30	90,78
Wuppertal-Barmen	86,61	86,97
Wuppertal-Elberfeld	86,81	88,42
Düsseldorf-Mitte	84,59	92,85
Duisburg-West	84,29	89,53
Hilden	90,04	90,57
Velbert	86,53	90,48
Düsseldorf-Mettmann	87,17	92,26
Aachen-Stadt	88,84	90,85

<b>Stand: 04.05.2023</b>	<b>Erklärungseingangs- quote*</b>	<b>ELSTER-Quote**</b>
Aachen-Kreis	87,98	89,79
Bergheim	88,30	87,85
Bergisch Gladbach	86,52	90,32
Bonn-Innenstadt	86,06	92,16
Bonn-Außenstadt	87,68	89,07
Düren	85,27	87,39
Erkelenz	86,70	89,15
Euskirchen	84,83	88,73
Geilenkirchen	86,15	90,59
Schleiden	80,23	91,38
Gummersbach	80,66	90,07
Jülich	88,58	86,74
Köln-Altstadt	86,53	94,26
Köln-Mitte	84,29	98,34
Köln-Porz	88,40	87,47
Köln-Nord	87,56	91,82
Köln-Ost	84,65	90,52
Köln-Süd	86,79	91,55
Siegburg	84,33	88,39
Wipperfürth	85,26	87,51
Sankt Augustin	84,91	90,66
Köln-West	87,08	91,47
Brühl	85,37	89,32
Leverkusen	86,10	89,94
Ahaus	82,62	92,32
Altena	81,60	88,72
Arnsberg	82,23	91,19
Beckum	85,99	89,49
Bielefeld- Innenstadt	88,66	90,51
Bochum-Mitte	88,19	89,06
Borken	85,36	92,91
Bottrop	86,86	88,65
Brilon	79,61	91,09
Bünde	85,64	86,31
Steinfurt	86,12	90,02
Coesfeld	86,34	89,30
Detmold	85,99	88,41
Dortmund-West	88,24	90,00
Dortmund-Hörde	90,07	88,15
Dortmund-Unna	89,34	88,70

<b>Stand: 04.05.2023</b>	<b>Erklärungseingangs- quote*</b>	<b>ELSTER-Quote**</b>
Dortmund-Ost	85,63	89,09
Gelsenkirchen	84,52	88,48
Hagen	88,13	87,38
Hamm	90,07	83,68
Hattingen	89,96	87,60
Herford	87,35	86,94
Herne	87,17	87,33
Höxter	83,31	88,95
Ibbenbüren	86,50	90,00
Iserlohn	88,81	86,76
Lemgo	84,91	86,99
Lippstadt	86,47	86,96
Lübbecke	83,83	90,97
Lüdenscheid	85,56	87,84
Lüdinghausen	87,22	90,06
Meschede	84,50	89,80
Minden	85,18	88,41
Münster- Außenstadt	87,45	91,52
Münster-Innenstadt	89,62	91,38
Olpe	84,77	90,24
Paderborn	86,29	91,20
Recklinghausen	87,74	88,39
Schwelm	89,55	89,32
Siegen	83,96	85,74
Soest	84,86	88,79
Warburg	83,68	88,70
Warendorf	86,04	89,91
Wiedenbrück	89,47	89,09
Witten	88,29	87,55
Bielefeld- Außenstadt	90,19	87,28
Bochum-Süd	88,76	89,99
Gütersloh	85,86	90,13
Marl	88,94	87,87

**3. Wie viele der bis zur finalen allgemeinen Abgabefrist am 31. Januar 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen sind landesweit von Steuerberatern eingereicht worden? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent)**

Hierzu existieren keine Erhebungen.

- 4. Wie sehen diesbezüglich die aktuellen Werte der Einreichung durch Steuerberater differenziert nach den einzelnen Finanzämtern aus? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent)**

Auf die Antwort zu Frage 3 wird hingewiesen.

- 5. Wie unterscheiden sich die Fallzahlen der von steuerberatenden Berufen eingereichten Grundsteuererklärungen für Unternehmen landesweit quantitativ von denen, die von Steuerberatern im Auftrag von Privatpersonen erledigt und eingereicht worden sind?**

Hierzu existieren keine Erhebungen.

- 6. Welche quantitative Inanspruchnahme steuerberatender Dienstleistungen haben Dritte getätigt, die weder Privatpersonen noch Unternehmen sind, also beispielsweise Vereine, staatliche Institutionen, öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten etc.?**

Hierzu existieren keine Erhebungen.

- 7. Wie viele der bis zur finalen allgemeinen Abgabefrist am 31. Januar 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen sind jeweils differenziert nach den einzelnen Finanzämtern von Steuerberatern eingereicht worden? (Angaben bitte jeweils pro Finanzamt in absoluten Zahlen und in Prozent)**

Hierzu existieren keine Erhebungen.

- 8. Wie sehen diesbezüglich die aktuellen Werte pro Finanzamt aus?**

Auf die Antwort zu Frage 7 wird hingewiesen.

- 9. Wie viele Vordrucke für eine Einreichung der Steuererklärung in Papierform hat die Finanzverwaltung produzieren lassen?**

Es wurden insgesamt 12.866.200 Papiervordrucke bestellt. In dieser Zahl sind die Vordrucke „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts“ (Hauptvordruck) sowie alle erforderlichen Anlagen enthalten.

- 10. Wie viele sind davon bis heute an Steuerpflichtige ausgegeben worden?**

Hierzu existieren keine Auswertungen. Alle Finanzämter verfügen noch über eine ausreichende Anzahl an Papiervordrucken.

**11. Aus genau welchen Gründen haben einerseits einige Steuerpflichtige die Papierformulare per Briefpost servicefreundlich und für sie kostenfrei zugestellt bekommen und sind andererseits Steuerpflichtige aufgefordert worden, sich diese beim Finanzamt abzuholen?**

Eine Erklärungsabgabe in elektronischer Form ist schon aufgrund der gesetzlichen Bestimmungen einer Erklärungsabgabe in Papierform vorzuziehen. Ist eine elektronische Übermittlung der Steuererklärung nicht möglich bzw. nicht zumutbar, kann alternativ eine Abgabe in Papierform erfolgen. Hierzu stehen entsprechende Papiervordrucke in den Finanzämtern zur Verfügung. Zusätzlich ist seit Mitte September 2023 auch ein Download der Vordrucke im Internet als PDF-Variante, barrierefrei und online ausfüllbar, möglich.

Aus ökonomischer Sicht ist eine Nutzung der PDF-Variante der Ausgabe der Papiervordrucke vorzuziehen. Sofern dennoch ausdrücklich ein Papiervordruck gewünscht wird, obliegt es der Ermessensentscheidung des Finanzamtes, wie im Einzelfall mit diesem Wunsch umgegangen wird.

**12. Welche diesbezüglichen Unterschiede in der Handhabung existieren differenziert nach allen einzelnen Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen?**

Strukturelle Unterschiede in der Handhabung auf Ebene einzelner Finanzämter sind nicht bekannt.

**13. Wie viele Benachrichtigungsschreiben hat der Finanzminister landesweit insgesamt und differenziert nach allen einzelnen für die Bearbeitung zuständigen Finanzämtern bei der Erstaussendung an grundsteuerpflichtige Liegenschaftseigentümer verschickt?**

Die gewünschten Zahlen sind nur zu Tranchen und nicht zu einzelnen Finanzämtern vorhanden.

Tranche	Finanzämter	Anzahl Schreiben
1	Kleve, Krefeld, Kamp-Lintfort, Mülheim an der Ruhr	253.423
2	Dinslaken, Viersen, Düsseldorf-Altstadt, Düsseldorf-Nord	160.701
3	Düsseldorf-Süd, Duisburg-Hamborn, Duisburg-Süd, Essen-NordOst	202.129
4	Aachen-Kreis, Bergheim, Bergisch Gladbach, Bonn-Innenstadt	287.309
5	Mönchengladbach, Neuss, Oberhausen-Nord, Oberhausen-Süd, Remscheid, Solingen	285.434
6	Wesel, Wuppertal-Barmen, Wuppertal-Elberfeld, Düsseldorf-Mitte, Duisburg-West	200.575
7	Hilden, Velbert, Düsseldorf-Mettmann, Aachen-Stadt	222.808
8	Essen-Süd, Geldern, Grevenbroich, Kempen	220.822
9	Brilon, Bünde, Steinfurt, Coesfeld	189.863
10	Schleiden, Gummersbach, Jülich, Köln-Altstadt, Köln-Mitte, Köln-Porz	198.986
11	Lemgo, Lippstadt, Lübbecke	106.528

12	Lüdenscheidt, Lüdinghausen, Meschede	110.368
13	Wipperfürth, Sankt Augustin, Köln-West	171.836
14	Brühl, Leverkusen, Ahaus, Altena, Arnsberg	269.770
15	Beckum, Bielefeld-Innenstadt, Bochum-Mitte, Borken, Bottrop	232.532
16	Bonn-Außenstadt, Düren, Erkelenz, Euskirchen, Geilenkirchen	247.846
17	Detmold, Dortmund-West, Dortmund-Hörde, Dortmund-Unna	258.509
18	Dortmund-Ost, Gelsenkirchen, Hagen, Hamm, Hattingen	246.244
19	Herford, Herne, Höxter, Ibbenbüren, Iserlohn	240.705
20	Köln-Nord, Köln-Ost, Köln-Süd, Siegburg	262.117
21	Minden, Münster-Außenstadt, Münster-Innenstadt, Olpe	203.273
22	Paderborn, Recklinghausen, Schwelm, Siegen	289.284
23	Soest, Warburg, Warendorf, Wiedenbrück, Witten, Bielefeld-Außenstadt	244.760
24	Bochum-Süd, Gütersloh, Marl	218.741
	Summe	5.324.563

- 14. Trifft es zu, dass einige oder sogar alle Finanzämter diese Informationsschreiben nur an Eigentümer von reinen Wohnimmobilien versendet haben, nicht aber an Eigentümer von gemischt oder rein gewerblich genutzten Gebäuden? Hat es zu dieser Frage zentrale Vorgaben gegeben, oder lag die Verteilerauswahl in der Entscheidungskompetenz jedes einzelnen Finanzamts? Welche sachlichen Gründen sprechen aus Sicht des Finanzministers dafür, Eigentümer von gemischt oder rein gewerblich genutzten Gebäuden nicht zu informieren?**

Als in der letzten Legislaturperiode die Entscheidung getroffen wurde, von der Öffnungsklausel keinen Gebrauch zu machen, hat man gleichzeitig eine möglichst bürgerfreundliche Umsetzung des Bundesmodells zugesagt. Die Informationsschreiben sind ein Element des besonderen Service der Finanzverwaltung. Hier sollten gezielt die Eigentümerinnen und Eigentümer von Wohngrundstücken angesprochen werden. Eigentümerinnen und Eigentümer anderer Grundstückstücsarten standen andere Services zur Verfügung. So z. B. das Grundsteuer-Geodatenportal, über das flurstücsbezogene Informationen digital abrufbar sind.

- 15. Einrichtungen der Justiz haben durch das Formerfordernis der notariell beglaubigten Eigentumsübertragung bei Liegenschaften ebenso Kenntnis über die für die Grundsteuer relevanten Sachverhalte wie kommunal betroffene Behörden (beispielsweise durch erteilte Baugenehmigungen oder bisherige Rechnungsstellungen für die Grundbesitzabgaben). Mit jeweils welchen einzelnen öffentlichen Stellen hat seitens der Finanzverwaltung im landesweiten Regelfall vor dem Versand der Informationsschreiben ein Datenaustausch stattgefunden?**

Für einen derartigen Abgleich von Eigentumsübertragungen mit den Amtsgerichten gibt es keinen sachlichen Anlass, weil die Eigentumsübertragungen lediglich eine Teilmenge der insgesamt zu bewertenden wirtschaftlichen Einheit betreffen. Das gilt in gleicher Weise für etwaige Baugenehmigungen.

Es wurden Daten seitens der Gutachterausschüsse (BORIS) sowie des Liegenschaftskatasters bereitgestellt.

Die Nutzung kommunaler Adressdaten ist mit 3 Städten erprobt worden. Die Überprüfung ergab, dass die Daten in einem hohen Maße mit den in der Finanzverwaltung gespeicherten übereinstimmen. Nur in einem sehr geringen Anteil boten die Daten eine andere Anschrift. Auf die Bereitstellung kommunaler Daten wurde verzichtet, da aktuelle Adressdaten von Bürgerinnen und Bürger im Rahmen ihrer Steuererklärung zu übermitteln sind.

**16. Welche diesbezüglichen positiven wie negativen Abweichungen gibt es bezüglich der vorherigen Frage bei einer lokal differenzierten Betrachtung für jedes einzelne örtlich zuständige Finanzamt?**

Die Daten wurden landesweit einheitlich ohne regionale Unterschiede bereitgestellt.

**17. Was sind jeweils die Gründe für diese Abweichungen der vorherigen Frage, also dass einzelne Finanzämter mehr oder weniger facettenreiche Datenaktualisierung betrieben haben als der landesweite Durchschnitt?**

Hinweis auf die Antwort zu Frage 16.

**18. In den allermeisten Fällen dürfte ein Steuerpflichtiger bei der Grundsteuer zugleich auch ein Steuerpflichtiger bei einer anderen Steuerart sein. Hat als landesweiter Regelfall ein Abgleich der Adressen für die Grundsteuerschreiben innerhalb der unterschiedlichen Einheiten der Finanzverwaltung stattgefunden, also zum Beispiel zwischen den Grundstücksstellen und den für die Einkommensteuer zuständigen Finanzämtern?**

Die Adressangaben wurden auch aus den Daten der Einkommensteuer sowie anderen der Finanzverwaltung vorliegenden Quellen aktualisiert.

**19. Wenn nein: Warum ist diese naheliegende Vorgehensweise nicht allgemein praktiziert worden?**

Entfällt, siehe Antwort zur Frage 18.

**20. Wie viele dieser versendeten Informationsschreiben der Finanzverwaltung sind als nicht zustellbar von der Post zum Absender zurückgegeben worden?**

Informationsschreiben stellen keinen Verwaltungsakt dar. Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

- 21. *Welches sind unter Angabe der Anzahl jeweils die Gründe für den Postrücklauf bei der Finanzverwaltung gewesen, also beispielsweise Tod des Steuerpflichtigen, unbekannt verzogener Adressat, Mitteilung einer neuen Erreichbarkeitsadresse etc.?***

Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

- 22. *Wie teilt sich die Anzahl dieser Postrückläufer bei der Finanzverwaltung jeweils auf die örtlich zuständigen Finanzämter auf?***

Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

- 23. *Mit jeweils welchen einzelnen öffentlichen Stellen hat seitens der Finanzverwaltung im landesweiten Regelfall zumindest im Fall von Postrückläufern ein Datenaustausch mit den zuvor genannten anderen öffentlichen Stellen bei Kommune und Finanzverwaltung stattgefunden, um beispielsweise eine Zustellung des Informationsschreibens im zweiten Versuch zu gewährleisten?***

Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

- 24. *Wenn nein: Warum ist diese naheliegende Vorgehensweise nicht wenigstens für die Postrückläufer allgemein praktiziert worden?***

Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

- 25. *Welche Anstrengungen hat die Finanzverwaltung im Einzelnen unternommen, um eine erneute und damit hoffentlich erfolgreiche zweite Zustellung zu unternehmen?***

Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

- 26. *Welche diesbezüglichen Unterschiede im Vorgehen gibt es differenziert nach den einzelnen Finanzämtern beim Umgang mit dieser Postrückläuferproblematik und Intensität der Nachbearbeitung?***

Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

**27. Welche finanziellen Aufwendungen sind für diesen zweiten Zustellversuch landesweit und differenziert nach einzelnen Finanzämtern entstanden?**

Die Anzahl und der Umgang mit Postrückläufern wurden nicht erhoben und sind daher nicht bekannt.

**28. Aus welchen einzelnen Erwägungen heraus haben es Finanzämter abgelehnt, einen erneuten Versand von Informationsschreiben sogar in den Fällen vorzunehmen, in denen sich betroffene Steuerpflichtige proaktiv an die Finanzverwaltung gewandt und um Zusendung gebeten haben, da sie auf dem Wege der regulären Erstaussendung kein Informationsschreiben erreicht hat?**

Ein erneuter Versand des gesamten Informationsschreibens war den Finanzämtern aus technischer Sicht nicht möglich. Der Versand der Schreiben erfolgte zentral für ganz Nordrhein-Westfalen und die Finanzämter verfügten nicht über Durchschriften der Informationsschreiben. Es war den Finanzämtern lediglich möglich, die zu Grunde liegenden Daten abzurufen und in jedem Fall einzeln von Hand neue Informationsschreiben zu erstellen. Dies ist auch vielfach so durchgeführt worden.

Die im Informationsschreiben enthaltenen Informationen über das betroffene Grundstück sind darüber hinaus im Internet über das sog. Grundsteuer-Portal (Geodatenportal: <https://grundsteuer-geodaten.nrw.de/>) abrufbar.

**29. Welche diesbezüglichen Unterschiede gibt es differenziert nach den einzelnen Finanzämtern bei der Handhabung einer zweiten Zustellung an Steuerpflichtige, die explizit darum gebeten haben, da sie die Informationen auf dem Weg des regulären Versands nicht erreicht haben?**

Unterschiede in der Handhabung auf Ebene einzelner Finanzämter sind nicht bekannt.

**30. Wie bewertet der Finanzminister entsprechende Verweigerungen eines zweiten Zustellversuchs in puncto Bürgernähe und Servicefreundlichkeit der Finanzverwaltung?**

Die Versendung der Informationsschreiben war ein mit Aufwand und Kosten verbundener Service der Finanzverwaltung, um die Eigentümerinnen und Eigentümer bei der Abgabe der Erklärungen bürgernah und serviceorientiert zu unterstützen.

Die Finanzverwaltung stellt den Eigentümerinnen und Eigentümern darüber hinaus auch auf einer digitalen Informations-Plattform unter [www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de) umfangreiche Informationen bereit. Auf der Informations-Plattform wird u.a. auch ein Hinweis auf das Grundsteuerportal (Geodatenportal) bereitgestellt. Das Geodatenportal ([www.grundsteuer-geodaten.nrw.de](http://www.grundsteuer-geodaten.nrw.de)) ist eine eigens eingerichtete Plattform der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen zum Abruf von Flurstückdaten. Zu jedem Flurstück lässt sich über das Portal der Sachdatenauszug abrufen, der den Großteil der für die Feststellungserklärung benötigten Daten zur Verfügung stellt.

Die Reform wurde von Anfang an im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit intensiv begleitet, um die Bürgerinnen und Bürger bei der Erklärungsabgabe serviceorientiert und bürgerfreundlich zu unterstützen.

Etwaige Verweigerungen einzelner Finanzämter sind nicht bekannt.

- 31. Wenn mehrere unterschiedliche Personen Eigentümer derselben Liegenschaft sind, hat die Finanzverwaltung das Informationsschreiben grundsätzlich nur an einen einzigen der Eigentümer versendet. Das erklärt verschiedentliche Beschwerden von Eigentümern, sie selbst hätten keine Informationsübermittlung von Daten seitens ihres Finanzamts erhalten. In jeweils wie vielen Fällen handelt es sich bei den Verpflichteten zur Abgabe der Feststellungserklärung nicht um exakt nur eine Person als Grundeigentümer, sondern um eine Mehrpersonenkonstellation, aufgeschlüsselt nach sinnvollen Größenklassen, auf der Eigentümerseite? (beispielsweise 5 Klassen: Objekte mit 1, 2, 3, 4, 5 oder mehr Eigentümern)**

Eine Auswertung lässt sich nicht mehr vornehmen, da die für den Versand von Informationsschreiben zugrunde gelegten Eigentumsverhältnisse durch die zeitlich nachfolgende Verarbeitung von Erklärungen aktualisiert wurden.

- 32. Wie teilt sich die vom Finanzminister für landesweit jedes Finanzamt mitgeteilte Anzahl der Grundsteuerfälle jeweils pro Finanzamt näher auf, wenn für ein grobes Lagebild mindestens folgende drei Kategorien von Eigentümern gebildet werden: erstens natürliche Personen, zweitens Unternehmen sowie drittens weitere juristische Personen und sonstige Entitäten (wie Vereine, Stiftungen, Körperschaften, Gebietskörperschaften, Anstalten usw.)? (detaillierte Aufschlüsselung pro Finanzamt erbeten)**

Eine Aufgliederung nach den gewünschten Merkmalen liegt nicht vor.

- 33. Wie viele der bis dato eingegangenen Grundsteuererklärungen sind seitens der Finanzverwaltung schon durch Bescheiderteilung an den Steuerpflichtigen abschließend bearbeitet worden? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent)**

Den Angaben liegen die bis zum 03.05.2023 durch das Festsetzungsprogramm verarbeiteten und erledigten Erklärungen zugrunde.

Von den bis zum 06.03.2023 (Stichtag der Großen Anfrage 7) eingegangenen Erklärungen sind rund 3.974.231 Erklärungen erledigt worden. Das sind rund 82 % der bis zum 06.03.2023 (24.00 Uhr) eingegangenen Erklärungen.

- 34. Wie lange beträgt bislang die durchschnittliche Bearbeitungsdauer vom Eingang einer Grundsteuererklärung bis zur Bescheiderteilung für diesen steuerlichen Sachverhalt in Nordrhein-Westfalen?**

Zurzeit liegen dazu keine belastbaren Daten vor.

**35. Wie sehen die Vergleichswerte zur Bearbeitungsdauer jeweils in den anderen 15 Bundesländern aus?**

Die Bearbeitungsdauer der anderen Bundesländer ist nicht bekannt.

**36. Wie viele der bis zur finalen Abgabefrist am 31. Januar 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen betreffen reine Wohnimmobilien, die nach dem Ertragswertverfahren bewertet werden? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent)**

Von den bis zum 31. Januar 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen (für Grundvermögen inkl. unbebauter Grundstücke) betreffen rund 4.178.000 Wohngrundstücke, die nach dem Ertragswertverfahren bewertet werden. Das sind rund 92 % der bis zum 31. Januar 2023 (24.00 Uhr) eingegangenen Erklärungen.

**37. Wie viele der bis zur finalen Abgabefrist am 31. Januar 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen betreffen gewerblich bzw. gemischt genutzte Immobilien, die nach dem Sachwertverfahren bewertet werden? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent)**

Von den bis zum 31. Januar 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen (für Grundvermögen inkl. unbebauter Grundstücke) betreffen rund 249.000 gewerblich bzw. gemischt genutzte Grundstücke, sonstige bebaute Grundstücke und Teileigentum, die nach dem Sachwertverfahren bewertet werden. Das sind rund 5 % der bis zum 31.01.2023 (24.00 Uhr) eingegangenen Erklärungen.

**38. Wie viele der bis dato eingegangenen Grundsteuererklärungen konnten bei ihrer Ersteinreichung bei der Finanzverwaltung vollmaschinell verarbeitet und damit ohne personelle Prüfung erledigt werden? (Angaben in absoluten Zahlen und als Autofallquote in Prozent)**

Von den bis zum 06.03.2023 eingegangenen und bis zum 19. April 2023 durch das Festsetzungsprogramm verarbeiteten Grundsteuererklärungen wurden rund 2.547.000, also rund 53 % vollmaschinell verarbeitet und damit ohne personelle Prüfung erledigt (Autofallquote).

**39. Wie viele der bis dato eingegangenen Grundsteuererklärungen wurden bei ihrer Ersteinreichung bei der Finanzverwaltung durch Prüf- und/oder Fehlerhinweise zur personellen Bearbeitung ausgesteuert? (Angaben in absoluten Zahlen und als Quote in Prozent)**

Von den bis zum 06.03.2023 eingegangenen und bis zum 19. April 2023 durch das Festsetzungsprogramm verarbeiteten Grundsteuererklärungen wurden rund 2.236.000, also rund 47 % zur personellen Bearbeitung ausgesteuert, z.B. weil die Angaben nicht vollständig oder nicht plausibel waren oder eine fachliche Überprüfung erforderlich war bzw. ist.

- 40. Mit konkret welchen einzelnen Parametern arbeitet genau das Risikomanagementsystem der Finanzverwaltung, das darüber entscheidet, ob eingereichte Grundsteuererklärungen automatisiert akzeptiert werden oder zur personellen Nachbearbeitung ausgesteuert werden? (bitte präzise Darlegung des Vorgangs, der einschlägigen Entscheidungskriterien und der dafür vorhandenen Datengrundlagen etc.)**

Nach § 88 Abs. 5 Satz 4 AO dürfen Einzelheiten der Risikomanagementsysteme nicht veröffentlicht werden, da dies die Gleichmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung gefährden könnte.

- 41. Werden beim Risikomanagement auch die Fälle erfasst, die das Risiko einer fehlerhaften Eingabe zum Nachteil des Steuerpflichtigen betreffen?**

Die Finanzverwaltung prüft grundsätzlich zugunsten wie zuungunsten der Eigentümerinnen und Eigentümer, sodass eine einseitige Bearbeitung ausgeschlossen ist.

- 42. Wie wird im Einzelnen im zuvor genannten Verfahren sichergestellt, dass es landesweit zu einer Einheitlichkeit der Rechtsanwendung kommt, also dass beispielsweise die Korrektur unrichtiger Angaben zum Vorteil oder Nachteil eines Steuerpflichtigen in allen Finanzämtern regelmäßig identisch gehandhabt werden? (ausführliche rechtliche und faktische Erläuterungen zu diesem Komplex erbeten)**

Die Finanzverwaltung verfährt nach dem Grundsatz, dass den Angaben der Eigentümerinnen und Eigentümer grundsätzlich zu folgen ist. Soweit Abweichungen zwischen dem erklärten und wahrscheinlichen Sachverhalt erkennbar sind, prüft das Finanzamt die Abweichungen. Hierbei gelten die allgemeinen Grundsätze, sodass bezogen auf die Grundsteuerwertermittlung keine besonderen Anweisungen getroffen worden sind.

- 43. Welche Unterschiede gibt es bei der Autofallquote rein automatisierter Bearbeitung aller bis zur finalen Abgabefrist am 31. Januar 2023 eingegangenen Grundsteuererklärungen zwischen Erklärungen nach dem Ertragswertverfahren (betrifft Wohnimmobilien) und solchen nach dem Sachwertverfahren (betrifft gewerblich bzw. gemischt genutzte Immobilien)? (konkrete Aufschlüsselung und Erläuterungen zu den Quoten erbeten)**

Eine entsprechende Auswertung liegt nicht vor.

- 44. Bei zahlreichen der eingegangenen Grundsteuererklärungen hat es dem Vernehmen nach gewisse Muster bei wiederkehrenden (Ausfüll-)Fehlern gegeben. Wie wurde im Verlauf des Bearbeitungsverfahrens genau systematisch erfasst, welche Prüf- und/oder Fehlerhinweise regelmäßig zum Abbruch einer vollmaschinellen Verarbeitung und zur Aussteuerung zur personellen Bearbeitung geführt haben?**

Bereits seit Beginn des maschinellen Verfahrens werden die ausgeworfenen Prüf- und Fehlerhinweise erfasst und dokumentiert.

Die Hinweise können sowohl einzelfallbezogen als auch für das gesamte Fallsegment ausgewertet werden.

**45. Welches sind bislang die zehn häufigsten Fehlerquellen, Fehlerarten bzw. Gründe gewesen, die regelmäßig zum Abbruch einer vollmaschinellen Verarbeitung geführt haben?**

Die Gründe für den Abbruch einer vollmaschinellen Verarbeitung sind sehr vielfältig. Dazu zählen u.a. unplausible, falsche oder fehlende Angaben zu (Mit-)Eigentümerinnen und (Mit-)Eigentümern bzw. deren Miteigentumsanteilen, abweichende Bodenrichtwerte bzw. Flächen, die Änderung einer bereits erfolgten Feststellung, fehlende bzw. fehlerhafte Empfangsvollmachten und die Angabe mehrerer Bodenrichtwerte.

**46. Wie wurden diese Erkenntnisse zu immer wieder auftretenden Bearbeitungsfehlern konkret genutzt, um die Ausfüll- und Bearbeitungshinweise für die Bürger fortlaufend weiterzuentwickeln und zu verbessern? (bitte unter Auflistung der konkreten Fallkonstellationen und ihren jeweiligen Verbesserungen)**

Die Internetseite [www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de) ist entsprechend der typischen Nachfragen von Eigentümerinnen und Eigentümern laufend ergänzt und angepasst worden. Das sollte auch dazu beitragen, die Hotline bei ihren Auskünften zu entlasten. In diesem Zusammenhang sind im Laufe der Zeit verschiedene Klickanleitungen entstanden, um Eigentümerinnen und Eigentümern beim Ausfüllen der Erklärungen Schritt für Schritt zu unterstützen. Zudem sind auch Videoerläuterungen veröffentlicht worden, um die Anwendung des Geoportals zu erläutern. Darüber hinaus wurden auf Bundesebene laufend Anpassungen und Ergänzungen an den Ausfüllanleitungen in ELSTER vorgenommen.

Eine abschließende Aufzählung der im Laufe der Zeit fortschreitend entwickelten Informationen ist nicht möglich, weil diesbezüglich keine Aufzeichnungen geführt worden sind.

**47. In wie vielen Fällen ist es durch zuvor dargestelltes Vorgehen bis zur Einreichungsfrist am 31. Januar 2023 bereits zu einer laufenden Prozessoptimierung bei der Grundsteuererhebung gekommen?**

Zur Beantwortung der Frage müsste bekannt sein, wie viele Fälle ohne eine verbesserte Ausfüllanleitung zu fehlerhaften Angaben geführt hätten. Diese Aussage wäre hypothetisch und lässt sich sachlich durch die Finanzverwaltung nicht ermitteln, da sie in der privaten Sphäre vor der Erklärungsabgabe stattfindet.

**48. In wie vielen Fällen ist es durch zuvor dargestelltes Vorgehen nach der Einreichungsfrist am 31. Januar 2023 noch zu einer laufenden Prozessoptimierung bei der Grundsteuererhebung gekommen?**

Siehe Antwort zur Frage 47.

- 49. Sofern das Risikomanagementsystem der Finanzverwaltung eine rein automatisierte Bearbeitung eines konkreten Steuerfalls nicht zulässt und eine personelle Überprüfung und Bearbeitung erfolgt, die dann Änderungen an den übermittelten Angaben des Steuerpflichtigen vornimmt: Wird dieser Umstand der Abänderung von den eingereichten Daten dem betroffenen Steuerpflichtigen explizit transparent mitgeteilt sowie ausführlich und verständlich in den Erläuterungen des Bescheides dargestellt, damit er sich mit dem konkret beanstandeten Sachverhalt seiner abweichenden Datenerkenntnisse gezielt zwecks Überprüfung beschäftigen kann und nicht fälschlicherweise den Eindruck vermittelt bekommt, das Finanzamt sei seiner Erklärung gefolgt?**

Will die Finanzbehörde von dem erklärten Sachverhalt zuungunsten des Steuerpflichtigen wesentlich abweichen, so muss sie den Steuerpflichtigen hiervon grundsätzlich vor Erlass des Bescheides unterrichten. Sind die steuerlichen Auswirkungen der Abweichung nur gering, so genügt es, die Abweichung im Bescheid zu erläutern.

- 50. Wie viele Steuerpflichtige haben sich landesweit bis Ende der verlängerten finalen Abgabefrist mit der Bitte um individuellen Fristaufschub an die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung gewandt?**

Hierzu liegen keine Aufzeichnungen vor.

- 51. Wie viele Steuerpflichtige haben sich differenziert nach den einzelnen Finanzämtern in Nordrhein-Westfalen bis Ende der verlängerten finalen Abgabefrist mit der Bitte um individuellen Fristaufschub an die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung gewandt?**

Hierzu liegen keine Aufzeichnungen vor.

- 52. Wie teilt sich diese Anzahl der beantragten individuellen Fristverlängerungsbegehren nach steuerpflichtigen Gruppen auf, also beispielsweise die Antragstellerfallzahlen differenziert nach Privatpersonen, Unternehmen, Vereinen und sonstigen Grundeigentümern?**

Hierzu liegen keine Aufzeichnungen vor.

- 53. Welches sind jeweils die fünf häufigsten Gründe gewesen, die für die Bewilligung einer Fristverlängerung seitens der Finanzverwaltung akzeptiert worden sind (beispielsweise Langzeiterkrankung des Steuerpflichtigen, länger anhaltende Auslandsabwesenheit etc.)?**

Laut öffentlicher Bekanntmachung des Bundesministeriums der Finanzen vom 04. November 2022 (BStBl. I 2022, Seite 1448) wurde eine allgemeine Fristverlängerung um drei Monate bis zum 31. Januar 2023 gewährt. Eine darüberhinausgehende Fristverlängerung ist grundsätzlich nicht erfolgt.

Für die hiervon abweichenden Einzelfälle existieren hinsichtlich der Gründe keine Aufzeichnungen.

**54. *Wie viele der individuellen Fristverlängerungsbegehren sind bislang erfolgreich gewesen? (Angaben in absoluten Zahlen und Prozent aller Antragstellungen erbeten)***

Bis zum 19.04.2023 wurden insgesamt 9.957 Fristverlängerungen gewährt. Ein prozentuales Verhältnis anhand aller Antragstellungen kann mangels Aufzeichnungen nicht ermittelt werden. Insoweit wird auf die Antwort zu Frage 50 hingewiesen.

**55. *Über wie viele Fristverlängerungsanträge ist bis dato noch gar nicht entschieden worden (im Sinne einer auch bereits erfolgten Mitteilung an die betroffenen Steuerpflichtigen)?***

Es sind keine Rückstände bei der Entscheidung über Fristverlängerungsanträge bekannt.

**56. *Wie teilt sich diese Anzahl der im Sinne der Steuerpflichtigen erfolgreich entschiedenen Fristverlängerungsbegehren nach steuerpflichtigen Gruppen auf, also beispielsweise die Antragstellerfallzahlen differenziert nach Privatpersonen, Unternehmen, Vereinen und sonstigen Grundeigentümern?***

Hierzu liegen keine differenzierenden Aufzeichnungen vor.

**57. *Aus welchen einzelnen Erwägungen heraus hat der Finanzminister in Nordrhein-Westfalen nicht die Entscheidung seines bayerischen Kollegen auch getroffen, im Sinne einer allgemeinen Rechtssicherheit und Gleichmäßigkeit der Rechtsanwendung die Einreichungsfrist für die Grundsteuererklärung noch ein zweites Mal allgemein für alle Steuerpflichtigen zu verlängern?***

Die Finanzverwaltung in Nordrhein-Westfalen will den Kommunen die neuen Bemessungsgrundlagen rechtzeitig zum 1. Januar 2025 zur Verfügung stellen. Aus diesem Grund müssen die Arbeiten rechtzeitig abgeschlossen werden können.

**58. *Welche einzelnen Sanktionsmechanismen wendet die Finanzverwaltung nach Rücksprache mit dem Finanzminister an, um auch nach der verlängerten Abgabefrist weiterhin säumige Steuerpflichtige zur Abgabe ihrer Grundsteuererklärung zu bewegen?***

Es geht nicht um die Abgabe einer Grundsteuererklärung, sondern um die Abgabe der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts. Abgabepflichtige, die ihrer Pflicht zur Abgabe dieser Erklärung nicht nachgekommen sind, werden zunächst maschinell an die Abgabe der ausstehenden Erklärung erinnert.

**59. *Welche Tatbestände müssen für die einzelnen Sanktionsinstrumente jeweils erfüllt sein?***

Die Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts wird nicht eingereicht (vgl. u.a. §§ 152, 162, 328 ff. AO). Siehe Antwort zu Frage 58.

- 60. Wie stellt der Finanzminister seinerseits eine landesweit einheitliche Rechtsanwendung sicher, sorgt also beispielsweise dafür, dass für materiell vergleichbare Fälle nicht in der Zuständigkeit bestimmter Finanzämter härtere Strafen verhängt werden als in anderen? (konkrete Darstellung der Anweisungen, Verordnungs- oder Erlasslagen unter Angabe der Veröffentlichung erbeten)**

Strafen werden nicht durch die Finanzverwaltung, sondern durch Gerichte verhängt.

- 61. Sofern Steuerpflichtige auch nach Sanktionsandrohungen weiterhin keine Grundsteuererklärung abgeben: Auf welcher konkreten (Daten-)Grundlage erstellt die Finanzverwaltung in diesen Fällen Grundsteuerbescheide?**

Die Finanzverwaltung erstellt keine Grundsteuerbescheide. Werden Erklärungen zur Feststellung des Grundsteuerwerts trotz Abgabepflicht nicht eingereicht, sind die Voraussetzungen für Schätzungen der Besteuerungsgrundlagen auf der Grundlage des § 162 der Abgabenordnung erfüllt.

- 62. Wie genau will die Finanzverwaltung realitätsnahe Schätzungen vornehmen, wenn ihr für eine qualifizierte Sachverhaltsbeurteilung die notwendigen Daten fehlen?**

Eine Schätzung ist nicht schon deswegen unrechtmäßig, weil sie nicht den tatsächlichen Verhältnissen entspricht. Abweichungen von den tatsächlichen Verhältnissen sind nicht zu vermeiden, weil die volle Kenntnis der wahren Gegebenheiten fehlt.

- 63. Sofern sich im Fall von säumigen Bürgern (vorläufige) Grundsteuerbescheide auch auf Basis von der Finanzverwaltung vorliegenden Daten erstellen lassen: Warum war es nicht möglich, auf Basis dieser Daten allen Bürgern vorausgefüllte Grundsteuerbescheide mit der Möglichkeit zum Widerspruch / zur Korrektur zukommen zu lassen?**

Die Finanzverwaltung erstellt keine Grundsteuerbescheide. Wegen des langen Zeitraums, der seit der Hauptfeststellung auf den 1. Januar 1964 vergangen ist, dient die Hauptfeststellung auf den 1. Januar 2022 in besonderem Maße dem Zweck, möglichst aktuelle Daten für die gegenwärtig stattfindende Feststellung der Grundsteuerwerte und für die künftige Besteuerung zu gewinnen. Schätzt das Finanzamt die Besteuerungsgrundlagen, entspricht das Ergebnis dieser Schätzung naturgemäß nicht vollständig den tatsächlichen Verhältnissen. Über die aktuellsten Daten verfügen nur die Abgabepflichtigen; es ist deshalb sachgerecht, dass sie der Finanzverwaltung diese Daten im Rahmen ihrer Erklärungspflicht übermitteln.

- 64. Für die Übermittlung der Grundsteuererklärung ist derjenige Eigentümer zuständig, der am 1. Januar 2022 als Eigentümer im Grundbuch eingetragen war. Wurde ein Grundstück nach diesem Datum verkauft, dann hat der zur Abgabe der Grundsteuererklärung verpflichtete ehemalige Eigentümer die aus einer Schätzung potentiell resultierenden finanziellen Nachteile nicht zu tragen. Lässt die Landesregierung es zu, dass die Grundsteuererklärung in solchen Fällen vom neuen Eigentümer übermittelt wird? Wenn nein: Warum nicht?**

Zur Abgabe der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts auf den 1. Januar 2022 ist regelmäßig der/die Steuerpflichtige verpflichtet, dem/der die wirtschaftliche Einheit auf den

Stichtag zuzurechnen ist. Wird das Eigentum an dem betreffenden Grundstück im Anschluss übertragen, führt das Finanzamt eine Zurechnungsfortschreibung auf den Beginn des Kalenderjahres durch, das auf das Jahr des Eigentumsübergangs folgt. Wird mit dieser Zurechnungsfortschreibung keine Wertfortschreibung verbunden, weil die dafür maßgeblichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, muss der neue Eigentümer/die neue Eigentümerin den bisher festgestellten und gegenüber dem ehemaligen Eigentümer/der ehemaligen Eigentümerin bekannt gegebenen Grundsteuerwert gegen sich gelten lassen. Der Bescheid über die Feststellung des Grundsteuerwerts kann aber nach den Vorschriften der Abgabenordnung auch auf Antrag des neuen Eigentümers/der neuen Eigentümerin geändert werden, wenn die Voraussetzungen einer Korrekturvorschrift erfüllt sind und die Festsetzungsfrist noch nicht abgelaufen ist. Eine Änderung ist daher insbesondere dann möglich, wenn eine Schätzung der Besteuerungsgrundlagen unter dem Vorbehalt der Nachprüfung vorgenommen wurde.

**65. Für die Übermittlung der Grundsteuererklärung ist derjenige Eigentümer zuständig, der am 1. Januar 2022 als Eigentümer im Grundbuch eingetragen war. Wurde ein Grundstück nach diesem Datum verkauft, dann hat der zur Abgabe der Grundsteuererklärung verpflichtete ehemalige Eigentümer die aus einer Schätzung potentiell resultierenden finanziellen Nachteile nicht zu tragen. Steht den neuen Eigentümern eines Grundstücks ein Auskunftsrecht gegen die Finanzverwaltung zu, um zu erfahren, ob der ehemalige Eigentümer die Grundsteuererklärung abgegeben hat, und welche Angaben dieser dort tatsächlich gemacht hat?**

Es geht nicht um die Übermittlung einer Grundsteuererklärung, sondern um die Übermittlung der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts. Wird das Eigentum an dem Grundstück im Anschluss an die Feststellung des Grundsteuerwerts auf den 1. Januar 2022 übertragen, führt das Finanzamt eine Zurechnungsfortschreibung auf den Beginn des Kalenderjahres durch, das auf das Jahr des Eigentumsübergangs folgt. Wird mit dieser Zurechnungsfortschreibung keine Wertfortschreibung verbunden, weil die dafür maßgeblichen Voraussetzungen nicht erfüllt sind, muss der neue Eigentümer/die neue Eigentümerin den bisher festgestellten und gegenüber dem ehemaligen Eigentümer/der ehemaligen Eigentümerin bekannt gegebenen Grundsteuerwert gegen sich gelten lassen. In diesen Fällen bestehen ohne Weiteres keine rechtlichen Bedenken dagegen, dem neuen Eigentümer/der neuen Eigentümerin Auskunft über die Besteuerungsgrundlagen zu erteilen, die der Feststellung des Grundsteuerwerts zugrunde gelegt wurden.

**66. Sofern der ehemalige Eigentümer eines Grundstücks der Pflicht zur Abgabe der Grundsteuererklärung nicht nachkommt, welche Möglichkeiten sichert die Landesregierung dem neuen Eigentümer zu, um eine Schätzung zu vermeiden?**

Es geht nicht um die Abgabe einer Grundsteuererklärung, sondern um die Abgabe der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts. Zur Abgabe dieser Erklärung auf den 1. Januar 2022 ist und bleibt regelmäßig der/die Steuerpflichtige verpflichtet, dem/der die wirtschaftliche Einheit auf den Stichtag zuzurechnen ist.

**67. *Wie viele Liegenschaften in Nordrhein-Westfalen sind per Ausnahmeregelung von der Entrichtung einer Grundsteuer und damit auch der Abgabe einer Grundsteuererklärung landesweit befreit?***

Bei der Beantwortung der Frage wird unterstellt, dass mit „Ausnahmeregelung“ eine Befreiungsvorschrift des Grundsteuergesetzes gemeint ist.

Die Frage kann erst beantwortet werden, wenn die Umsetzungsarbeiten zur ersten Hauptfeststellung abgeschlossen wurden. Aktuell liegt der Fokus in den Finanzämtern auf der Abarbeitung der Erklärungen zu (teilweise) steuerpflichtigen wirtschaftlichen Einheiten.

**68. *Wie viele Liegenschaften sind jeweils in nordrhein-westfälischen Kommunen per Ausnahmeregelung von der Entrichtung einer Grundsteuer und damit auch der Abgabe einer Grundsteuererklärung befreit? (Fallzahlen pro Kommune erbeten, falls beide Sachverhalte nicht identisch sind, bitte jeweils beide Zahlenwerte angeben)***

Siehe Antwort zu Frage 67.

**69. *Welches sind landesweit die fünf häufigsten Ausnahmetatbestände, die Anwendung gefunden haben, um eine Befreiung von der Grundsteuerpflicht zu rechtfertigen?***

Die Frage kann erst beantwortet werden, wenn die Umsetzungsarbeiten zur ersten Hauptfeststellung abgeschlossen wurden. Aktuell liegt der Fokus in den Finanzämtern auf der Abarbeitung der Erklärungen zu (teilweise) steuerpflichtigen wirtschaftlichen Einheiten.

**70. *Genau welche Stelle entscheidet in konkret welchem Verfahren über Streitfälle, ob ein Befreiungstatbestand für die Heranziehung zur Grundsteuerpflicht im Einzelfall gegeben ist oder nicht?***

Die Entscheidung über eine Steuerbefreiung trifft die Grundstücksstelle des Finanzamts bei der Veranlagung des Grundsteuermessbetrags.

**71. *Wie hoch ist die Abgabequote für die kommunalen Liegenschaften zum Stichtag des 31. Januar 2023?***

Entsprechende Daten liegen nicht vor.

**72. *Welche konkreten Ziele hat sich der Finanzminister in Daten und Prozentwerten landesweit für Nordrhein-Westfalen gesetzt, bis zu welchem Termin jeweils welche Einreichungsquote erreicht werden soll?***

Der Minister der Finanzen verfolgt das Ziel, den Kommunen die für die Grundsteuererhebung erforderlichen Daten rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

**73. Welche konkreten Ziele hat sich der Finanzminister in Daten und Prozentwerten landesweit für Nordrhein-Westfalen gesetzt, bis zu welchem Termin jeweils welche Bearbeitungsquote erreicht werden soll?**

Der Minister der Finanzen verfolgt das Ziel, den Kommunen die für die Grundsteuererhebung erforderlichen Daten rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

**74. Mit genau jeweils welchen zusätzlichen Unterstützungsangeboten will der Finanzminister seinerseits ab jeweils wann zu einer Verbesserung der Einreichungsquote beitragen?**

Die Reform wurde von Anfang an im Rahmen der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit intensiv begleitet, um die Bürgerinnen und Bürger über die fristgerechte Abgabe der Erklärungen zu informieren und bei der Erklärungsabgabe zu unterstützen.

Zusätzlich zu den versandten Informationsschreiben und der Auslage von Info-Flyern für Eigentümerinnen und Eigentümer in den Finanzämtern und bei den Städten und Gemeinden stellt die Finanzverwaltung auf einer digitalen Informations-Plattform unter [www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de) umfangreiche Informationen bereit. In Erklär-Videos und Schritt für Schritt Anleitungen werden die Eigentümerinnen und Eigentümer durch die Formulare im Online-Finanzamt ELSTER geleitet. Auf dem Portal werden Check-Listen für die Zusammenstellung der Daten für die Feststellungserklärung, eine umfangreiche Liste von Antworten auf die häufigsten Fragen (FAQ) sowie ein Hinweis auf das Grundsteuerportal (Geodatenportal) bereitgestellt. Das Geodatenportal ([www.grundsteuer-geodaten.nrw.de](http://www.grundsteuer-geodaten.nrw.de)) ist eine eigens eingerichtete Plattform der Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen zum Abruf von Flurstückdaten. Zu jedem Grundstück lässt sich über das Portal der Sachdatenauszug abrufen, der den Großteil der für die Feststellungserklärung benötigten Daten zur Verfügung stellt. Alle Unterstützungsangebote stehen weiterhin zur Verfügung.

Mit regelmäßigen Pressemitteilungen sowie Beiträgen in den sozialen Medien wurde auf die entsprechenden Serviceangebote aufmerksam gemacht.

In der Zeit von Ende Februar bis Ende März wurden die Eigentümerinnen und Eigentümer mittels Erinnerungsschreiben an die Erklärungsabgabe erinnert.

Die von den Finanzämtern eingerichteten Grundsteuerhotlines zur Beantwortung individueller Fragen der Bürgerinnen und Bürger sind auch weiterhin montags bis freitags von 9:00 bis 18:00 Uhr personell besetzt.

**75. Ab welchem konkreten Zeitpunkt wird die Finanzverwaltung mit Schätzungen arbeiten, falls Steuerpflichtige dauerhaft ihrer Verpflichtung zur Abgabe der Grundsteuererklärung nicht nachkommen?**

Laut öffentlicher Bekanntmachung des Bundesministeriums der Finanzen vom 04. November 2022 wurde eine allgemeine Fristverlängerung für die Abgabe der Feststellungserklärungen bis zum 31. Januar 2023 gewährt.

Die Finanzverwaltung Nordrhein-Westfalen hat die Eigentümerinnen und Eigentümer, die ihrer Erklärungspflicht nicht fristgemäß nachgekommen sind, in der Zeit von Ende Februar bis Ende März mit einem Erinnerungsschreiben an die ausstehende Abgabe der Erklärung erinnert. Die Finanzverwaltung wird nach Ablauf der in den Erinnerungsschreiben genannten Frist mit den Schätzungen beginnen.

**76. Ist es Steuerpflichtigen ohne rechtlichen Nachteil im Vergleich zur Situation bei einer eigenen Einreichung möglich, auch analog gegen den auf einer Schätzung basierenden Bescheid Einspruch einzulegen, wenn Steuerpflichtige den angenommenen Sachverhalt für nicht korrekt ermittelt halten?**

Gegen einen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe des Bescheids Einspruch eingelegt werden. Das gilt unabhängig davon, ob der Bescheid auf einer Erklärung oder einer Schätzung der Besteuerungsgrundlagen beruht.

**77. Wird die Finanzverwaltung bei anhaltend hoher Nichteinreichungsquote auch das Mittel des Verspätungszuschlags zur Anwendung bringen, oder verzichtet sie im Kontext der Grundsteuererklärung auf diese Option aus der Abgabenordnung?**

Die unterbliebene Abgabe einer Steuererklärung kann durch die Festsetzung eines Verspätungszuschlags sanktioniert werden. Die Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts ist eine Steuererklärung.

Derzeit ist die Finanzverwaltung damit beschäftigt, die eingegangenen Erklärungen zu bearbeiten. Darüber hinaus wurden Abgabepflichtige, die die von ihnen zu übermittelnden Erklärungen noch nicht eingereicht haben, an die Abgabe erinnert. Bei anhaltender Nichtabgabe sind die Voraussetzungen für die Schätzung der Besteuerungsgrundlagen auf der Grundlage des § 162 der Abgabenordnung erfüllt.

**78. Ab konkret welchem Zeitpunkt müssen Steuerpflichtige mit der Verhängung von derlei Verspätungszuschlägen rechnen?**

Ein konkreter Zeitpunkt für die Festsetzung von Verspätungszuschlägen ist dem Gesetz nicht zu entnehmen.

**79. Vor allem bei welchen konkreten Tatbeständen oder Gruppen von Steuerpflichtigen ist die Verhängung eines Verspätungszuschlags im Rahmen der Ermessensentscheidung aus Sicht des Finanzministers geboten?**

Die Regelung des § 152 der Abgabenordnung macht die Festsetzung eines Verspätungszuschlags von definierten Tatbestandsvoraussetzungen abhängig. Eine darüberhinausgehende Differenzierung nach Personenkreisen oder Sachverhalten sieht die Vorschrift nicht vor.

**80. Gibt es bezüglich vorgenannter Frage in der praktischen Anwendung der Rechtslage Unterschiede zwischen steuerpflichtigen Unternehmen, gewerblichen Vermietern und Privatpersonen mit ausschließlich selbstgenutztem Wohneigentum?**

Die Festsetzung eines Verspätungszuschlags setzt stets eine Verletzung der Pflicht zur fristgemäßen Abgabe einer Steuererklärung voraus.

**81. Wird die Finanzverwaltung bei anhaltend hoher Nichteinreichungsquote auch das Mittel des Zwangsgeldes zur Anwendung bringen, oder verzichtet sie im Kontext der Grundsteuererklärung auf diese Option aus der Abgabenordnung?**

Die Pflicht zur Abgabe einer Steuererklärung kann bei anhaltend unterbliebener Abgabe durch Zwangsmittel gemäß §§ 328 ff. der Abgabenordnung durchgesetzt werden. Unter Verhältnismäßigkeitsgesichtspunkten ist das Zwangsmittelverfahren aus Sicht der Verwaltung das letzte Mittel, um die Abgabe der Erklärung zu erzwingen. Die Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwertes ist eine Steuererklärung.

Derzeit ist die Finanzverwaltung damit beschäftigt, die eingegangenen Erklärungen zu bearbeiten. Darüber hinaus wurden Abgabepflichtige, die die von ihnen zu übermittelnden Erklärungen noch nicht eingereicht haben, an die Abgabe erinnert. Bei anhaltender Nichtabgabe sind die Voraussetzungen für die Schätzung der Besteuerungsgrundlagen auf der Grundlage des § 162 der Abgabenordnung erfüllt.

**82. Ab konkret welchem Zeitpunkt müssen Steuerpflichtige mit der Verhängung von derlei Zwangsgeldern rechnen?**

Ein konkreter Zeitpunkt für die Durchsetzung eines Verwaltungsaktes mit Zwangsmitteln ist dem Gesetz nicht zu entnehmen.

**83. Vor allem bei welchen konkreten Tatbeständen oder Gruppen von Steuerpflichtigen ist die Verhängung eines Zwangsgeldes aus Sicht des Finanzministers geboten?**

Die Regelungen der §§ 328 ff. der Abgabenordnung machen die Durchführung eines Zwangsmittelverfahrens von definierten Tatbestandsvoraussetzungen abhängig. Eine darüberhinausgehende Differenzierung nach Personenkreisen oder Sachverhalten sehen die Vorschriften nicht vor.

**84. Gibt es bezüglich vorgenannter Frage in der praktischen Anwendung der Rechtslage Unterschiede zwischen steuerpflichtigen Unternehmen, gewerblichen Vermietern und Privatpersonen mit ausschließlich selbstgenutztem Wohneigentum?**

Siehe Antwort zu Frage 83.

**85. Welche jeweiligen Daten haben landesweit alle nordrhein-westfälischen Kommunen der Finanzverwaltung zu deren Arbeitserleichterung bis zu jeweils welchem genauen Termin zur Verfügung stellen sollen?**

Die Kommunen mussten der Finanzverwaltung keinerlei Daten bereitstellen.

**86. Sind alle Kommunen dieser Bitte nach Datenbereitstellung landeseinheitlich vollständig und termingerecht nachgekommen?**

Entfällt, siehe Antwort zu Frage 85.

**87. Wenn nein: Seitens jeweils welcher einzelnen Kommunen hat es jeweils konkret welche Defizite gegeben?**

Entfällt, siehe Antwort zu Frage 85.

**88. Aus welchen Gründen ist die Qualität und Aktualität der für die Grundsteuererklärung relevanten Daten im Vergleich zwischen den jeweiligen Finanzämtern landesweit stark unterschiedlich?**

Es geht nicht um die Übermittlung einer Grundsteuererklärung, sondern um die Übermittlung der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts. Die These, dass die Qualität und Aktualität der für diese Erklärung relevanten Daten im Vergleich zwischen den jeweiligen Finanzämtern landesweit stark unterschiedlich sei, kann nicht bestätigt werden.

**89. Liegt die der vorherigen Frage zugrundeliegende Problematik überwiegend in Defiziten der eigenen Datenaktualisierung von bestimmten Finanzämtern oder eher an seitens der betroffenen Kommunen unzureichenden Informationsbereitstellung?**

Siehe Antwort zur Frage 88.

**90. Mit konkret welchen Anforderungen an die Werthaltigkeit der Daten und die Seriosität der Datenherkunft hat die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung eine Prüfung vorgenommen, bevor er diese ihre Informationsschreiben mit Angaben zu Gemarkungen, Flurstücken und Bodenrichtwerten an die Steuerpflichtigen versendet hat?**

Die Informationsschreiben beinhalten Daten, die von anderen öffentlichen Stellen bereitgestellt wurden (Katasterverwaltung und Gutachterausschüsse). Eine Prüfung im Detail war demzufolge nicht erforderlich. Dennoch wurden im Rahmen der Erstellung des Grundsteuer-Geodatenportals ([www.grundsteuer-geodaten.nrw.de](http://www.grundsteuer-geodaten.nrw.de)) umfangreiche fachliche Prüfungen auf Plausibilität vorgenommen. Die hier veröffentlichten Datenbestände sind mit denen in den Informationsschreiben identisch.

Die Zuordnung dieser Daten zu den einzelnen wirtschaftlichen Einheiten erfolgt unter Berücksichtigung des Datenbestandes, der seit der letzten Hauptfeststellung zum 1.1.1964 gespeichert ist. Da die Eigentümerinnen und Eigentümer danach keine gesetzlich vorgesehenen eigenen Mitteilungspflichten hatten, können sich gegenüber den tatsächlichen Verhältnissen Abweichungen ergeben haben. Darauf ist in den Informationsschreiben entsprechend hingewiesen worden.

- 91. Bodenrichtwerte der Gutachterausschüsse gelten oft einheitlich für größer zonierte Quartiere. Diese Durchschnittswerte geben den realen Wert für einzelne Straßen oft nicht zutreffend wieder. Die Problematik der von ihnen suggerierten Scheingenauigkeit zeigt sich insbesondere an den Zonengrenzen. Es ist wirklichkeitsfremd, wenn auf ein und derselben Straße der Bodenrichtwert von unmittelbar benachbarten Gebäuden gleich um einen vierstelligen Betrag bei den Grundstückspreisen abweicht. Dieser Umstand ist ein Problem für das Scholz-Modell und seine Behauptung, ein realistisches Abbild der tatsächlichen Immobilienwerte zu liefern. Wie belastbar ist das Konzept der Bodenrichtwerte für eine zutreffende Immobilienwertermittlung in rund 400 Kommunen in Nordrhein-Westfalen?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Gutachterausschüsse für Grundstückswerte haben die Aufgabe, den Grundstücksmarkt transparent zu machen. Um eine zutreffende und neutrale Beschreibung des Grundstücksmarktes sicherzustellen, führen sie selbstständig und unabhängig Wertermittlungen wie etwa die flächendeckende Ermittlung zonaler Bodenrichtwerte nach § 196 des Baugesetzbuches (BauGB) und §§ 13 bis 17 der Immobilienwertermittlungsverordnung (ImmoWertV) durch und veröffentlichen die Ergebnisse zur Nutzung durch jedermann.

Für Nordrhein-Westfalen werden die Bodenrichtwerte jährlich, bezogen auf den 1. Januar des laufenden Jahres, ermittelt. Der Bodenrichtwert wird nach § 14 ImmoWertV vorwiegend aus erzielten Kaufpreisen ermittelt und ist nach § 196 BauGB ein durchschnittlicher Bodenwert je Quadratmeter für ein Gebiet mit im wesentlichen gleichen wertbestimmenden Merkmalen wie z.B. Entwicklungszustand, Nutzungsart und Zuschnitt. Er wird demgemäß ermittelt für die in dem jeweiligen Gebiet typische Nutzung. Dabei hat der Gutachterausschuss gemäß den Vorgaben in der ImmoWertV homogene Bodenrichtwertzonen zu bilden.

Der Bodenrichtwert gibt dabei nicht den Verkehrswert (Marktwert) jedes einzelnen in der Bodenrichtwertzone liegenden realen Grundstücks wieder. Unterschiede in den wertbestimmenden Merkmalen eines bestimmten realen Grundstücks zum Bodenrichtwertgrundstück bewirken Abweichungen seines Verkehrswerts zum Richtwert. Der Marktwert wäre nur durch individuelle Erstattung eines Verkehrswertgutachtens nach § 194 BauGB für jedes dieser Grundstücke zu ermitteln.

Selbst wenn die in der Frage enthaltene Annahme im Einzelfall zutreffend wäre, darf nicht verkannt werden, dass das Bundesverfassungsgericht dem Gesetzgeber bei der Grundsteuerreform eine hohe Typisierungsbefugnis zugestanden hat, weil die Belastung der Grundsteuerwerte durch die Grundsteuer moderat ist.

- 92. Wann wurde im Vorfeld der Grundsteuererhebung eine Evaluierung zur Prüfung der Angemessenheit der Bodenrichtwerte, deren Berechnungsmethoden und deren Erhöhung im Hinblick auf den bevorstehenden Stichtag der Grundsteuererhebung vorgenommen?**

Die jahresweise gemäß der ImmoWertV ermittelten Bodenrichtwerte beschreiben die Lage am jeweiligen örtlichen Grundstücksmarkt für das jeweilige Jahr. Die Datenermittlung erfolgt auf

Basis getätigter Grundstückskaufverträge und völlig unabhängig von jedweder Nutzung dieser Daten. Verfahren und Ergebnisse der Datenermittlung sind hiernach vollständig geregelt, aktuell und sachgerecht.

Gespräche mit den für die Gutachterausschüsse zuständigen Vertretern des Innenressorts sind laufend geführt worden. Dabei sind in gemeinsamen Gesprächen die für die Grundsteuerreform maßgebenden Kriterien dargelegt worden. Bei diesen Gesprächen wurde auch die Wichtigkeit betont, dass wegen der Bewertung aller Grundstücke Nordrhein-Westfalen Bodenrichtwerte flächendeckend verfügbar sein müssen. Eine Qualitätssicherung hinsichtlich der Ermittlung der Bodenrichtwerte musste nicht gesondert stattfinden, weil diesbezüglich langjährige Erfahrung der Finanzverwaltung in der Zusammenarbeit mit den Gutachterausschüssen besteht, sodass Zweifel an der Güte der Arbeit der Gutachterausschüsse nicht bestehen.

**93. *In welcher Weise ist diese Angemessenheitsprüfung genau geschehen? Wer hat sie durchgeführt und verantwortet die Ergebnisse?***

Siehe Antwort zu Frage 92.

**94. *Wie alt dürfen Bodenrichtwerte maximal sein (letzter Stand ihrer Aktualisierung in allen Zonen einer Kommune), damit sie für Zwecke der Grundsteuerberechnung sachgerecht zur Anwendung kommen dürfen?***

Die Gutachterausschüsse in Nordrhein-Westfalen haben die Bodenrichtwerte zum 1. Januar 2022 veröffentlicht. Diese sind für den gesamten ersten Hauptfeststellungszeitraum maßgeblich.

**95. *Ab welchem Transaktionsjahr von Liegenschaftsverkäufen liegen der Finanzverwaltung, beispielsweise aufgrund ihrer eigenen Arbeiten zur Grunderwerbsteuerberechnung, auch die notwendigen Daten für die Grundsteuerberechnung aktenmäßig vor?***

Die Frage geht von der unzutreffenden Annahme aus, dass der Finanzverwaltung die notwendigen Daten der Grundsteuerwertermittlung vorliegen. Das ist nicht der Fall. Eine Antwort erübrigt sich deshalb.

**96. *Beabsichtigt der Finanzminister für die nächste Bewertungsrunde den bürgerfreundlichen Versand von vorausgefüllten Erklärungen, die Steuerpflichtige nur überprüfen, ggf. korrigieren und dann unterschrieben zurücksenden müssen?***

Derzeit ist die Finanzverwaltung noch mit der Durchführung der Hauptfeststellung zum 1. Januar 2022 beschäftigt. Erst nach Abschluss der Arbeiten kann final festgelegt werden, ob und gegebenenfalls wie eine künftige Hauptfeststellung ohne eine erneute Erklärungspflicht durchgeführt werden kann. Diese Frage wird die Finanzverwaltung rechtzeitig vor dem nächsten Hauptfeststellungszeitpunkt prüfen und wird dabei selbstverständlich ein bürgerfreundliches Vorgehen im Blick haben.

- 97. *Beabsichtigt der Finanzminister für die nächste Bewertungsrunde den noch deutlich bürgerfreundlicheren Versand bereits fertiger Steuerbescheide, die bei korrekter Feststellung keine zusätzliche Bearbeitung durch die betroffenen Steuerpflichtigen mehr erfordern?***

Siehe Antwort zu Frage 96.

## **II. Arbeitsmäßige Mehrbelastung für die Finanzverwaltung**

- 98. *Wie viele zusätzliche Stellen (Angabe in Vollzeitäquivalenten) werden im Vergleich zum Status quo vor Beginn der Grundsteuerreform nach aktuellen heutigen Erkenntnissen bis auf weiteres dauerhaft in der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung benötigt, um die neue Grundsteuer fortlaufend zu administrieren?***

Es ist Ziel der Finanzverwaltung, die Grundstücksstellen auch für kommende Hauptfeststellungen auskömmlich mit Personal auszustatten. Der Arbeitskräftebedarf für die neuen Daueraufgaben in den Grundstücksstellen können erst nach Etablierung des laufenden Verfahrens belastbar prognostiziert werden. Hierbei werden die Erfahrungen aus der laufenden Hauptfeststellung berücksichtigt.

- 99. *Wie hoch sind die vollständigen jährlichen Aufwendungen, bei Beamten auch inklusive Beihilfe und kalkulatorischen Pensionsansprüchen, für die zur Grundsteuererhebung neu geschaffenen Stellen?***

Für die Arbeiten im Zusammenhang mit der Umsetzung der Grundsteuerreform wurden keine neuen Stellen im Kapitel 12050 geschaffen. Daher fallen keine zusätzlichen – den Haushalt im Titel 42801 belastenden – Aufwendungen an.

- 100. *Wie viele Beschäftigte oder Bedienstete der Finanzverwaltung wurden im Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 31. Januar 2023 dauerhaft oder zumindest vorübergehend aus anderen Einsatzgebieten der Finanzverwaltung zur Bearbeitung von Themen rund um die Grundsteuerreform abgeordnet (beispielsweise zur Entgegennahme von Anfragen und deren Beantwortung, Arbeiten zur Datenaktualisierung oder Bearbeitung von Anträgen auf Fristverlängerung etc.)?***

Im genannten Zeitraum sind keine Abordnungen von Beschäftigten aus anderen Einsatzgebieten erfolgt.

Die Unterstützung seitens Beschäftigter aus anderen Einsatzgebieten erfolgte amtsspezifisch und nicht im Rahmen einer Abordnung. Hierüber werden keine landesweiten Aufzeichnungen geführt.

**101. Wie viele Betriebsprüfungen wurden landesweit und differenziert nach den örtlich zuständigen Finanzämtern jeweils im Zeitraum vom 1. Juli 2022 bis 31. Januar 2023 durchgeführt?**

Die Anzahl der durchgeführten Betriebsprüfungen vom 1. Juli 2022 bis 31. Januar 2023 kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

<b>Finanzamt</b>	<b>Anzahl</b>
Aachen-Kreis	222
Aachen-Stadt	275
Ahaus	155
Altena	55
Arnsberg	62
Beckum	105
Bergheim	161
Bergisch-Gladbach	157
Bielefeld-Außenstadt	130
Bielefeld-Innenstadt	102
Bochum-Mitte	160
Bochum-Süd	89
Bonn-Außenstadt	173
Bonn-Innenstadt	140
Borken	185
Bottrop	76
Brilon	85
Brühl	188
Bünde	90
Coesfeld	124
Detmold	179
Dinslaken	81
Dortmund-Hörde	67
Dortmund-Ost	102
Dortmund-Unna	214
Dortmund-West	113
Duisburg-Hamborn	80
Duisburg-Süd	60
Duisburg-West	52
Düren	222
Düsseldorf-Altstadt	104
Düsseldorf-Mettmann	151
Düsseldorf-Mitte	158
Düsseldorf-Nord	131
Düsseldorf-Süd	209
Erkelenz	87

Essen-NordOst	199
Essen-Süd	199
Euskirchen	71
Geilenkirchen	152
Geldern	111
Gelsenkirchen	123
Grevenbroich	156
Gummersbach	143
Gütersloh	137
Hagen	94
Hamm	182
Hattingen	57
Herford	91
Herne	56
Hilden	162
Höxter	54
Ibbenbüren	144
Iserlohn	97
Jülich	30
Kempen	99
Kleve	260
Köln-Altstadt	112
Köln-Mitte	125
Köln-Nord	219
Köln-Ost	97
Köln-Porz	94
Köln-Süd	150
Köln-West	166
Krefeld	166
Lemgo	63
Leverkusen	185
Lippstadt	127
Lübbecke	44
Lüdenscheid	64
Lüdinghausen	113
Marl	150
Meschede	67
Minden	111
Moers	124
Mönchengladbach	154
Mülheim an der Ruhr	81
Münster-Außenstadt	98
Münster-Innenstadt	107

Neuss	224
Oberhausen-Nord	67
Oberhausen-Süd	50
Olpe	102
Paderborn	268
Recklinghausen	160
Remscheid	74
Sankt Augustin	277
Schleiden	62
Schwelm	91
Siegburg	252
Siegen	209
Soest	132
Solingen	152
Steinfurt	200
Velbert	87
Viersen	112
Warburg	31
Warendorf	81
Wesel	70
Wiedenbrück	100
Wipperfürth	76
Witten	72
Wuppertal-Barmen	133
Wuppertal-Elberfeld	102
GKBP-FA Aachen	604
GKBP-FA Bergisches Land	444
GKBP-FA Bielefeld	534
GKBP-FA Bonn	477
GKBP-FA Detmold	630
GKBP-FA Dortmund	483
GKBP-FA Düsseldorf I	294
GKBP-FA Düsseldorf II	402
GKBP-FA Essen	422
GKBP-FA Hagen	622
GKBP-FA Herne	591
GKBP-FA Köln	687
GKBP-FA Krefeld	609
GKBP-FA Mönchengladbach	465
GKBP-FA Münster	716
<b>Summe</b>	<b>21.142</b>

**102. Wie viele Betriebsprüfungen wurden landesweit und differenziert nach den örtlich zuständigen Finanzämtern jeweils im Zeitraum vom 1. Juli 2019 bis 31. Januar 2020 durchgeführt?**

Die Anzahl der durchgeführten Betriebsprüfungen vom 1. Juli 2019 bis 31. Januar 2020 kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

<b>Finanzamt</b>	<b>Anzahl</b>
Aachen-Kreis	273
Aachen-Stadt	292
Ahaus	230
Altena	51
Arnsberg	93
Beckum	132
Bergheim	178
Bergisch-Gladbach	250
Bielefeld-Außenstadt	160
Bielefeld-Innenstadt	167
Bochum-Mitte	182
Bochum-Süd	116
Bonn-Außenstadt	157
Bonn-Innenstadt	203
Borken	206
Bottrop	84
Brilon	111
Brühl	299
Bünde	105
Coesfeld	117
Detmold	229
Dinslaken	89
Dortmund-Hörde	119
Dortmund-Ost	152
Dortmund-Unna	211
Dortmund-West	155
Duisburg-Hamborn	92
Duisburg-Süd	93
Duisburg-West	94
Düren	137
Düsseldorf-Altstadt	111
Düsseldorf-Mettmann	180
Düsseldorf-Mitte	176
Düsseldorf-Nord	150
Düsseldorf-Süd	256
Erkelenz	119

Essen-NordOst	201
Essen-Süd	283
Euskirchen	93
Geilenkirchen	156
Geldern	130
Gelsenkirchen	176
Grevenbroich	172
Gummersbach	168
Gütersloh	170
Hagen	153
Hamm	204
Hattingen	77
Herford	144
Herne	73
Hilden	234
Höxter	71
Ibbenbüren	191
Iserlohn	156
Jülich	45
Kempen	148
Kleve	324
Köln-Altstadt	160
Köln-Mitte	176
Köln-Nord	255
Köln-Ost	174
Köln-Porz	112
Köln-Süd	244
Köln-West	208
Krefeld	241
Lemgo	72
Leverkusen	249
Lippstadt	118
Lübbecke	82
Lüdenscheid	87
Lüdinghausen	150
Marl	186
Meschede	75
Minden	157
Moers	234
Mönchengladbach	217
Mülheim an der Ruhr	126
Münster-Außenstadt	162
Münster-Innenstadt	140

Neuss	321
Oberhausen-Nord	69
Oberhausen-Süd	56
Olpe	114
Paderborn	329
Recklinghausen	216
Remscheid	79
Sankt Augustin	336
Schleiden	83
Schwelm	120
Siegburg	288
Siegen	250
Soest	126
Solingen	192
Steinfurt	171
Velbert	132
Viersen	174
Warburg	45
Warendorf	105
Wesel	64
Wiedenbrück	133
Wipperfürth	96
Witten	132
Wuppertal-Barmen	132
Wuppertal-Elberfeld	170
GKBP-FA Aachen	627
GKBP-FA Bergisches Land	390
GKBP-FA Bielefeld	476
GKBP-FA Bonn	527
GKBP-FA Detmold	641
GKBP-FA Dortmund	550
GKBP-FA Düsseldorf I	269
GKBP-FA Düsseldorf II	352
GKBP-FA Essen	414
GKBP-FA Hagen	724
GKBP-FA Herne	622
GKBP-FA Köln	717
GKBP-FA Krefeld	692
GKBP-FA Mönchengladbach	434
GKBP-FA Münster	786
<b>Summe</b>	<b>24.917</b>

**103. Wie viele Betriebsprüfungen wurden landesweit und differenziert nach den örtlich zuständigen Finanzämtern jeweils im Zeitraum vom 1. Juli 2020 bis 31. Januar 2021 durchgeführt?**

Die Anzahl der durchgeführten Betriebsprüfungen vom 1. Juli 2020 bis 31. Januar 2021 kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

<b>Finanzamt</b>	<b>Anzahl</b>
Aachen-Kreis	221
Aachen-Stadt	244
Ahaus	130
Altena	29
Arnsberg	57
Beckum	116
Bergheim	133
Bergisch-Gladbach	203
Bielefeld-Außenstadt	108
Bielefeld-Innenstadt	101
Bochum-Mitte	124
Bochum-Süd	125
Bonn-Außenstadt	69
Bonn-Innenstadt	119
Borken	138
Bottrop	47
Brilon	69
Brühl	203
Bünde	77
Coesfeld	78
Detmold	165
Dinslaken	58
Dortmund-Hörde	88
Dortmund-Ost	76
Dortmund-Unna	167
Dortmund-West	93
Duisburg-Hamborn	79
Duisburg-Süd	61
Duisburg-West	59
Düren	174
Düsseldorf-Altstadt	80
Düsseldorf-Mettmann	106
Düsseldorf-Mitte	173
Düsseldorf-Nord	131
Düsseldorf-Süd	212
Erkelenz	81

Essen-NordOst	144
Essen-Süd	191
Euskirchen	90
Geilenkirchen	114
Geldern	97
Gelsenkirchen	131
Grevenbroich	117
Gummersbach	172
Gütersloh	105
Hagen	65
Hamm	141
Hattingen	57
Herford	118
Herne	61
Hilden	125
Höxter	59
Ibbenbüren	125
Iserlohn	80
Jülich	28
Kempen	116
Kleve	244
Köln-Altstadt	119
Köln-Mitte	87
Köln-Nord	186
Köln-Ost	152
Köln-Porz	102
Köln-Süd	131
Köln-West	165
Krefeld	121
Lemgo	31
Leverkusen	185
Lippstadt	87
Lübbecke	47
Lüdenscheid	41
Lüdinghausen	100
Marl	133
Meschede	60
Minden	114
Moers	133
Mönchengladbach	172
Mülheim an der Ruhr	58
Münster-Außenstadt	75
Münster-Innenstadt	121

Neuss	194
Oberhausen-Nord	49
Oberhausen-Süd	40
Olpe	88
Paderborn	205
Recklinghausen	162
Remscheid	69
Sankt Augustin	240
Schleiden	32
Schwelm	86
Siegburg	264
Siegen	216
Soest	85
Solingen	113
Steinfurt	141
Velbert	85
Viersen	108
Warburg	18
Warendorf	49
Wesel	77
Wiedenbrück	67
Wipperfürth	47
Witten	58
Wuppertal-Barmen	96
Wuppertal-Elberfeld	88
GKBP-FA Aachen	553
GKBP-FA Bergisches Land	308
GKBP-FA Bielefeld	429
GKBP-FA Bonn	433
GKBP-FA Detmold	529
GKBP-FA Dortmund	440
GKBP-FA Düsseldorf I	244
GKBP-FA Düsseldorf II	272
GKBP-FA Essen	359
GKBP-FA Hagen	574
GKBP-FA Herne	470
GKBP-FA Köln	584
GKBP-FA Krefeld	543
GKBP-FA Mönchengladbach	311
GKBP-FA Münster	576
<b>Summe</b>	<b>18.296</b>

**104. Wie viele Betriebsprüfungen wurden landesweit und differenziert nach den örtlich zuständigen Finanzämtern jeweils im Zeitraum vom 1. Juli 2021 bis 31. Januar 2022 durchgeführt?**

Die Anzahl der durchgeführten Betriebsprüfungen vom 1. Juli 2021 bis 31. Januar 2022 kann der folgenden Aufstellung entnommen werden:

<b>Finanzamt</b>	<b>Anzahl</b>
Aachen-Kreis	234
Aachen-Stadt	285
Ahaus	158
Altena	57
Arnsberg	98
Beckum	128
Bergheim	168
Bergisch-Gladbach	201
Bielefeld-Außenstadt	101
Bielefeld-Innenstadt	121
Bochum-Mitte	143
Bochum-Süd	139
Bonn-Außenstadt	111
Bonn-Innenstadt	116
Borken	168
Bottrop	58
Brilon	107
Brühl	208
Bünde	91
Coesfeld	90
Detmold	174
Dinslaken	87
Dortmund-Hörde	89
Dortmund-Ost	123
Dortmund-Unna	212
Dortmund-West	101
Duisburg-Hamborn	82
Duisburg-Süd	58
Duisburg-West	52
Düren	182
Düsseldorf-Altstadt	86
Düsseldorf-Mettmann	170
Düsseldorf-Mitte	163
Düsseldorf-Nord	134
Düsseldorf-Süd	206
Erkelenz	100

Essen-NordOst	184
Essen-Süd	186
Euskirchen	81
Geilenkirchen	143
Geldern	144
Gelsenkirchen	101
Grevenbroich	174
Gummersbach	182
Gütersloh	149
Hagen	67
Hamm	182
Hattingen	59
Herford	114
Herne	72
Hilden	171
Höxter	75
Ibbenbüren	146
Iserlohn	121
Jülich	33
Kempen	110
Kleve	279
Köln-Altstadt	88
Köln-Mitte	111
Köln-Nord	248
Köln-Ost	137
Köln-Porz	110
Köln-Süd	169
Köln-West	171
Krefeld	161
Lemgo	47
Leverkusen	169
Lippstadt	118
Lübbecke	47
Lüdenscheid	82
Lüdinghausen	156
Marl	123
Meschede	80
Minden	145
Moers	108
Mönchengladbach	156
Mülheim an der Ruhr	115
Münster-Außenstadt	131
Münster-Innenstadt	144

Neuss	202
Oberhausen-Nord	49
Oberhausen-Süd	54
Olpe	103
Paderborn	289
Recklinghausen	179
Remscheid	79
Sankt Augustin	228
Schleiden	43
Schwelm	110
Siegburg	264
Siegen	238
Soest	121
Solingen	141
Steinfurt	175
Velbert	91
Viersen	147
Warburg	45
Warendorf	94
Wesel	84
Wiedenbrück	112
Wipperfürth	64
Witten	85
Wuppertal-Barmen	148
Wuppertal-Elberfeld	132
GKBP-FA Aachen	572
GKBP-FA Bergisches Land	363
GKBP-FA Bielefeld	441
GKBP-FA Bonn	519
GKBP-FA Detmold	587
GKBP-FA Dortmund	540
GKBP-FA Düsseldorf I	284
GKBP-FA Düsseldorf II	274
GKBP-FA Essen	382
GKBP-FA Hagen	575
GKBP-FA Herne	625
GKBP-FA Köln	635
GKBP-FA Krefeld	622
GKBP-FA Mönchengladbach	447
GKBP-FA Münster	723
<b>Summe</b>	<b>21.256</b>

**105. Welches sind die zehn wichtigsten Anliegen von Anrufern bei der Grundsteuerhotline des Landes bislang landesweit gewesen (beispielsweise Anliegen zur Übersendung von Papierformularen, Fragen zu Fristen, Probleme mit dem ELSTER-Onlineportal, Fragen zu inhaltlichen Unklarheiten bezüglich der abgefragten Angaben etc.)?**

Hierzu liegen keine Aufzeichnungen vor.

**106. Wie verteilt sich die Gesamtzahl der Anrufe bei der Hotline zu Grundsteuerfragen im Zeitraum vom 1. Juni 2022 bis zum Ende der verlängerten Abgabefrist am 31. Januar 2023 hinsichtlich ihrer örtlichen Herkunft auf die einzelnen für die Grundsteuerfeststellung zuständigen Finanzämter? (aggregierte Anruferanzahl pro Finanzamt ausreichend, tagesaktuelle Auswertung nicht nötig)**

Finanzamts-Nr.	Finanzamt	Anrufe (01.06.2022- 31.01.2023)
349/305	Bielefeld-Außenstadt / - Innenstadt	42515
310	Bünde	19303
313	Detmold	46572
351	Gütersloh	35253
324	Herford	22238
326	Höxter	20075
329	Lemgo	13260
331	Lübbecke	15285
335	Minden	35593
339	Paderborn	42796
345	Warburg	7826
347	Wiedenbrück	21961
302	Altena	10574
303	Arnsberg	14362
309	Brilon	15276
321	Hagen	17610
328	Iserlohn	23795
332	Lüdenscheid	17759
334	Meschede	10518
341	Schwelm	11209
139	Velbert	13723
131	Wuppertal-Barmen	14433
132	Wuppertal-Elberfeld	17871
204	Bergisch-Gladbach	34326
206	Bonn-Außenstadt	25233
205	Bonn-Innenstadt	16995
212	Gummersbach	35409
230	Leverkusen	35205
338	Olpe	23069
126	Remscheid	11794
222	Sankt Augustin	54335

220	Siegburg	58219
342	Siegen	51181
128	Solingen	18599
221	Wipperfürth	13628
202/ 201	Aachen-Kreis /-Stadt	61985
203	Bergheim	34915
224	Brühl	39094
209	Euskirchen	18414
214 / 219	Köln-Altstadt / -Süd	24950
215	Köln-Mitte	5375
217	Köln-Nord	23152
218	Köln-Ost	16697
216	Köln-Porz	17857
223	Köln-West	17969
211	Schleiden	16133
207	Düren	36980
103	Düsseldorf-Altstadt	6154
147	Düsseldorf-Mettmann	28891
133 / 106	Düsseldorf-Mitte / -Süd	32935
105	Düsseldorf-Nord	14436
208	Erkelenz	20057
210	Geilenkirchen	25473
114	Grevenbroich	32327
135	Hilden	31474
213	Jülich	13608
122	Neuss	38584
301	Ahaus	13493
307	Borken	12988
101	Dinslaken	9405
113	Geldern	10770
119	Kamp-Lintfort	14624
115	Kempen	10708
116	Kleve	13320
117	Krefeld	9262
121	Mönchengladbach	14329
102	Viersen	11431
130	Wesel	8175
304	Beckum	13094
312	Coesfeld	14066
322	Hamm	23536
327	Ibbenbüren	20946
330	Lippstadt	17562
333	Lüdinghausen	13493
336	Münster-Außenstadt	12353
337	Münster-Innenstadt	8433
343	Soest	15692
311	Steinfurt	17393
346	Warendorf	12168
308	Bottrop	5839
107	Duisburg-Hamborn	8145

109	Duisburg-Süd	10577
134	Duisburg-West	6922
319	Gelsenkirchen	20288
325	Herne	9032
359	Marl	27595
123	Oberhausen-Nord	7361
124	Oberhausen-Süd	4863
340	Recklinghausen	20720
306	Bochum-Mitte	11547
350	Bochum-Süd	14649
315	Dortmund-Hörde	14609
317 / 316	Dortmund-Ost /-Unna	40192
314	Dortmund-West	12500
111 / 112	Essen-NordOst /-Süd	45791
323	Hattingen	8692
120	Mülheim an der Ruhr	11127
348	Witten	14966

**107. Wie häufig konnten Fragen von Bürgern durch die für die Grundsteuerhotline aus anderen Sachgebieten abgestellten Beschäftigten der Finanzverwaltung bzw. die dafür befristet eingestellten Hilfskräfte gar nicht oder zumindest nicht vollständig beantwortet werden? (Angaben bitte absolut und in Prozent)**

Hierzu liegen keine zahlenmäßigen Aufzeichnungen vor.

**108. Welche Anweisungen hat die Finanzverwaltung den für die Grundsteuerhotline aus anderen Sachgebieten abgestellten Beschäftigten der Finanzverwaltung bzw. den befristeten Hilfskräften gegeben, wenn diese Fragen der Bürger nicht oder zumindest nicht vollständig beantworten können? Sind beispielsweise im Nachgang in diesen Fällen grundsätzlich qualifizierte erneute Kontaktaufnahmen erfolgt, bis der Fall als bearbeitet gilt?**

Die Anfragen werden an die Beschäftigten der Grundstücks-/Bewertungsstellen des zuständigen Finanzamts weitergeleitet. Dort erfolgt eine weitere Bearbeitung des Anliegens, z. B. durch Rückruf.

**109. In wie vielen Fällen haben für die Grundsteuerhotline aus anderen Sachgebieten abgestellten Beschäftigten der Finanzverwaltung bzw. die dafür befristet eingestellten Hilfskräfte bei Fragen von Bürgern, welche diese nicht selbst beantworten konnten, einen Rückruf durch sachkundiges Personal aus der Fachabteilung des zuständigen Finanzamts zugesagt?**

Hierzu liegen keine zahlenmäßigen Aufzeichnungen vor.

Grundsätzlich sieht die Bearbeitungsweise eine Weiterleitung an das zuständige Fachpersonal in allen Fällen vor, in denen die Fragen nicht im Rahmen der Hotline beantwortet werden können. Die weitere Bearbeitung führt jedoch nicht zwingend zu einem Rückruf bei den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern.

**110. In wie vielen Fällen ist ein solcher Rückruf bis zum 31. Januar 2023 gar nicht erfolgt?**

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

**111. Die Schwierigkeit bürgerfreundlicher vorausgefüllter Grundsteuererklärungen wird vom Finanzminister damit begründet, dass Daten zu Wohnflächen in Teilen nur in Form von Angaben zum umbauten Raum vorgelegen hätten (vgl. LT-DS 18/600, Antwort 4). Aus jeweils welchen Gründen stellt der Finanzminister dann nicht offiziell auf das Kriterium des umbauten Raums ab oder bietet hilfsweise die Anwendung pauschalierender Annahmen zur durchschnittlichen Deckenhöhe an, mit denen dann problemlos auf einen realistischen Wert für die Wohnfläche geschlossen werden kann?**

Die Fragestellung legt die Vermutung nahe, dass die Antwort 4 der LT-Drs. 18/600 inhaltlich nicht aufgenommen worden ist. Die Antwort lautete bezüglich der Wohnfläche und der Unmöglichkeit einer vorausgefüllten Steuererklärung (auszugsweise):

„Eine vorausgefüllte Steuererklärung wäre nicht zielführend gewesen, weil bislang beispielsweise die Wohn-/Nutzfläche von Gebäuden mangels entsprechender Anzeigepflichten der Eigentümerinnen und Eigentümer nicht in allen Fällen aktuell ist und die verfassungsrechtlich beanstandeten Defizite nicht beseitigt hätte. In vielen Fällen liegen die erforderlichen Gebäudeflächen überhaupt nicht vor, da bislang z.B. der umbaute Raum in Kubikmetern maßgebend war.“

Aus dieser Antwort ergibt sich eindeutig, dass die vorausgefüllte Steuererklärung wegen der bislang fehlenden Anzeigepflichten der Eigentümerinnen und Eigentümer nicht zielführend war. Andere Daten, wie beispielsweise der umbaute Raum, sind aus dem gleichen Grund ebenso untauglich.

**112. Die Schwierigkeit bürgerfreundlicher vorausgefüllter Grundsteuererklärungen wird vom Finanzminister damit begründet, dass Daten zu Wohnflächen in Teilen nur in Form von Angaben zum umbauten Raum vorgelegen hätten (vgl. LT-DS 18/600, Antwort 4). Bei Gewerbeimmobilien und gemischt genutzten Immobilien wird die Grundsteuer im Scholz-Modell nach dem Sachwertverfahren ermittelt. Im Rahmen der Grundsteuererklärung müssen Eigentümer von Gewerbeimmobilien sowie gemischt genutzten Immobilien aber Angaben zum umbauten Raum und nicht zur vermietbaren Fläche machen. Warum ist es zumindest in Fällen, in denen der Finanzverwaltung Informationen zum umbauten Raum bereits vorlagen, angeblich nicht möglich gewesen, auf bürgerfreundliche vorausgefüllte Erklärungen oder gar fertige Steuerbescheide mit der bei Bedarf einfachen Möglichkeit zum Einspruch zur Verfügung zu stellen?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Fragestellung legt die Vermutung nahe, dass die Antwort 4 der LT-Drs. 18/600 inhaltlich nicht aufgenommen worden ist. Deshalb wird insoweit auf die Antwort zu Frage 111 verwiesen.

Im Übrigen ist der umbaute Raum bei der Grundsteuerreform nach dem Bundesmodell in keiner Weise relevant.

**113. Bei vermieteten Wohnimmobilien liegen dem für die Bearbeitung der Einkommensteuererklärung zuständigen Finanzamt aus den Angaben der Anlage V in der Regel bereits Informationen wie das Baujahr, die vermietbare Fläche und die Anzahl der Wohnungen vor. Liegen der Wohnort des Steuerpflichtigen und die vermietete Immobilie im Zuständigkeitsbereich desselben Finanzamts, so sind das für die Einkommensteuererklärung und die Grundsteuererklärung zuständige Finanzamt identisch. Warum ist es in diesen Fällen trotz der bei der Finanzverwaltung vorliegenden Informationen angeblich nicht möglich gewesen, eine bürgerfreundliche vorausgefüllte Grundsteuererklärung zur Verfügung zu stellen?**

Als Antwort wird auf die Antwort 4 der LT-Drs. 18/600 verwiesen:

„Die Finanzverwaltung hat allen Eigentümerinnen und Eigentümern von Wohngrundstücken sowie von Betrieben der Land- und Forstwirtschaft ein Informationsschreiben übersandt, in dem die maschinell verfügbaren Daten zusammengestellt werden, die bei der Erklärungsabgabe hilfreich sind. Dazu gehören insbesondere die Größe der amtlichen Flurstücksfläche, des Bodenrichtwerts, die Flurstücksbezeichnung, die Gemarkungsbezeichnung, sowie die Angabe der Grundbuchblattnummer. Diese Daten sind darüber hinaus für alle Bürgerinnen und Bürger auf dem über die Homepage [www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de) erreichbaren Grundsteuer-Geoportal abrufbar. Eine vorausgefüllte Steuererklärung wäre nicht zielführend gewesen, weil bislang beispielsweise die Wohn-/Nutzfläche von Gebäuden mangels entsprechender Anzeigepflichten der Eigentümerinnen und Eigentümer nicht in allen Fällen aktuell ist und die verfassungsrechtlich beanstandeten Defizite nicht beseitigt hätte. In vielen Fällen liegen die erforderlichen Gebäudeflächen überhaupt nicht vor, da bislang z.B. der umbaute Raum in Kubikmetern maßgebend war.“

**114. Erfolgt regelmäßig bei den Finanzämtern für die Konstellationen der vorgenannten Frage nach Abgabe der Grundsteuererklärung ein allgemeiner Datenabgleich mit den einschlägigen im Rahmen der Einkommensteuer gemachten Angaben?**

Nach § 88 Abs. 5 Satz 4 AO dürfen Einzelheiten der Risikomanagementsysteme nicht veröffentlicht werden, da dies die Gleichmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung gefährden könnte.

**115. Falls nein: Aus welchen einzelnen Erwägungen sieht die Finanzverwaltung davon ab?**

Siehe Antwort zu Frage 114.

**116. Bei vermieteten Wohnimmobilien liegen dem für die Bearbeitung der Einkommensteuererklärung zuständigen Finanzamt aus den Angaben der Anlage V in der Regel bereits Informationen wie das Baujahr, die vermietbare Fläche und die Anzahl der Wohnungen vor. Liegen der Wohnort des Steuerpflichtigen und die vermietete Immobilie nicht im Zuständigkeitsbereich desselben Finanzamts, so sind für die Einkommensteuererklärung und die Grundsteuererklärung unterschiedliche Finanzämter zuständig. Sind die Finanzämter innerhalb von Nordrhein-Westfalen in der Lage, solche Daten problemlos untereinander bereitzustellen?**

Im Bedarfsfall sind die Finanzämter in der Lage, die benötigten Informationen auszutauschen.

**117. Erfolgt regelmäßig für die Konstellationen der vorgenannten Frage nach Abgabe der Grundsteuererklärung ein allgemeiner Datenabgleich mit den einschlägigen im Rahmen der Einkommensteuer gemachten Angaben?**

Nach § 88 Abs. 5 Satz 4 AO dürfen Einzelheiten der Risikomanagementsysteme nicht veröffentlicht werden, da dies die Gleichmäßigkeit und Gesetzmäßigkeit der Besteuerung gefährden könnte.

**118. Die Eingabemaske für die Grundsteuererklärung im ELSTER-Portal hat bei den Bürgern für viel Verzweiflung gesorgt. Ein Beispiel sind als Schikane empfundene, mehrfach erforderliche Eingaben von persönlichen Daten oder auch Steuernummern, obwohl diese der Finanzverwaltung ganz offensichtlich vorliegen und den Steuerpflichtigen in Nordrhein-Westfalen in Form von sogenannten Unterstützungsbriefen in ausgedruckter Form zugeschickt worden sind. Wie bewertet der Finanzminister diese häufig geäußerte Kritik?**

Zu einem Steuerfall sind keine Mehrfacherfassungen persönlicher Daten oder auch der Steuernummer erforderlich.

Die Angaben in den Informationsschreiben stellen nicht in allen Fällen eine belastbare Datenbasis dar. Sie dienen den Steuerpflichtigen als Hilfestellung und sind vor Übernahme in die Erklärung durch diese zu überprüfen. Auf die Hinweise zur unvollständigen Datengrundlage und Datenqualität im Rahmen der Beantwortung dieser Großen Anfrage 7 wird verwiesen.

**119. Ein weiteres Beispiel der Verärgerung vieler Bürger über die grundsätzlich pflichtige elektronische Eingabe der Grundsteuerdaten ins ELSTER-Portal betrifft die Verwendung einer wenig allgemeinverständlichen Sprache ohne entsprechende direkte Erläuterungen (zum Beispiel „Gemarkung“). Wie bewertet der Finanzminister diese häufig geäußerte Kritik?**

Bei den Begriffen Flurstück, Gemarkung, Gemeinde und dergleichen handelt es sich um feststehende Begrifflichkeiten der Katasterverwaltung, die in den Ausfüllanleitungen beziehungsweise Hilfetexten zu der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts („Grundsteuererklärungen“) erläutert werden. Die in den Grundsteuererklärungen gewählten Formulierungen erfolgten damit auch in Anlehnung an die zugrundeliegenden Kaufverträge sowie die den Steuerpflichtigen übersandten Informationsschreiben. Eine einheitliche Sprache in Kaufverträgen, Informationsschreiben und Steuererklärungen erleichtert die Übernahme der Angaben aus Kaufverträgen und / oder Informationsschreiben in die Grundsteuererklärungen.

**120. In genau welcher Form und in welchem Umfang ist im Rahmen des KONSENS-Verbundes eine umfangreiche Manöverkritik nach der defizitären Umsetzung der Grundsteuerreform bereits vereinbart, um Lehren für die Zukunft aus dem bürgerunfreundlichen Eingabeprozess im ELSTER-Portal zu ziehen?**

Die Bürgerfreundlichkeit wird in ELSTER kontinuierlich verbessert und erweitert; Lehren für die Zukunft werden fortwährend gezogen.

**121. In welcher Weise hat das Land Nordrhein-Westfalen auf eine ergebnisoffene Evaluation der Defizite bei ELSTER gedrängt, die die Grundsteuerreform betreffen?**

Defizite bei ELSTER, die die Grundsteuerreform betreffen, werden direkt nach Bekanntwerden sach- und fachgerecht untersucht, bewertet und soweit erforderlich und möglich zeitnah behoben.

**122. Welchen Optimierungsbedarf bei ELSTER für Zwecke des Grundsteuerverfahrens hat das Land Nordrhein-Westfalen seinerseits bereits identifiziert und weitergemeldet?**

Aufgrund der gestiegenen Registrierungen in ELSTER und der damit einhergehenden gestiegenen Verwendung von ELSTER war insbesondere der Ausbau der technischen Infrastruktur erforderlich, um so einen dauerhaft stabilen Betrieb von ELSTER für die Anwender zu gewährleisten.

**123. Für welchen Zeitpunkt ist die erste ELSTER-Evaluation für das Grundsteuerverfahren beabsichtigt?**

Die nächste Hauptfeststellung findet erst 2029 statt. Bis dahin werden sich diverse Rahmenbedingungen geändert haben. Siehe Antwort zu Frage 121.

**124. Bis zu welchem voraussichtlichen Datum ist mit einer Veröffentlichung der ersten Befunde zur ELSTER-Evaluation für Sachverhalte der Grundsteuerreform zu rechnen?**

Siehe Antwort zu Frage 121.

### **III. Lagebild zu genutzten Rechtsbehelfen und Umgang mit Einsprüchen**

**125. Wie viele Einsprüche gegen bereits erlassene Grundsteuerwertbescheide sind bis dato landesweit und differenziert nach den einzelnen Finanzämtern eingegangen? (absolute Anzahl und prozentuale Einspruchsquote erbeten)**

Die Zahlen zum 30.04.2023 liegen noch nicht vor.

Bis zum 31.03.2023 wurden landesweit rund 263.000 Einsprüche gegen Grundsteuerwertfeststellungsbescheide eingetragen. Das sind 6,8 % der bis dahin erledigten Grundsteuerwertfeststellungen.

Die Zahlen für die Finanzämter können der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

<b>Stand: 31.03.2023</b>	<b>Einspruchsquote (in %)</b>	<b>Anzahl Einsprüche</b>
Dinslaken	9,87	3.271
Viersen	7,32	3.501
Düsseldorf-Altstadt	10,93	2.182
Düsseldorf-Nord	11,49	3.117
Düsseldorf-Süd	8,01	3.038
Duisburg-Hamborn	8,14	1.700
Duisburg-Süd	10,08	2.410
Essen-NordOst	8,57	4.881
Essen-Süd	8,41	3.992
Geldern	3,88	1.224
Grevenbroich	5,62	2.609
Kempen	5,78	2.132
Kleve	5,60	2.847
Krefeld	8,53	3.659
Kamp-Lintfort	8,02	3.974
Mülheim an der Ruhr	6,15	1.828
Mönchengladbach	6,37	3.659

Neuss	9,27	6.174
Oberhausen-Nord	11,74	2.710
Oberhausen-Süd	10,12	1.454
Remscheid	10,00	2.221
Solingen	7,17	2.644
Wesel	5,57	1.372
Wuppertal-Barmen	7,85	2.459
Wuppertal-Elberfeld	5,40	2.027
Düsseldorf-Mitte	9,94	2.500
Duisburg-West	5,60	1.440
Hilden	8,50	4.138
Velbert	7,43	2.345
Düsseldorf-Mettmann	11,06	4.638
Aachen-Stadt	9,20	4.586
Aachen-Kreis	6,93	4.882
Bergheim	7,12	3.988
Bergisch Gladbach	10,13	4.818
Bonn-Innenstadt	10,60	3.035
Bonn-Außenstadt	9,93	4.390
Düren	6,00	2.599
Erkelenz	6,04	1.664
Euskirchen	6,80	1.635

Geilenkirchen	6,45	2.385
Schleiden	3,82	891
Gummersbach	3,07	1.391
Jülich	6,90	1.252
Köln-Altstadt	10,87	1.654
Köln-Mitte	11,23	1.246
Köln-Porz	9,54	2.486
Köln-Nord	7,66	2.888
Köln-Ost	5,96	1.832
Köln-Süd	4,16	1.362
Siegburg	5,65	3.791
Wipperfürth	9,07	1.841
Sankt Augustin	6,54	4.474
Köln-West	11,25	3.221
Brühl	1,88	971
Leverkusen	8,84	3.409
Ahaus	2,27	962
Altena	7,57	1.781
Arnsberg	10,04	2.961
Beckum	4,35	1.756
Bielefeld- Innenstadt	7,09	2.209
Bochum-Mitte	9,05	2.356

Borken	7,30	3.998
Bottrop	6,88	1.818
Brilon	6,20	1.566
Bünde	6,16	1.320
Steinfurt	5,22	3.246
Coesfeld	4,19	1.540
Detmold	6,17	3.926
Dortmund-West	7,11	2.428
Dortmund-Hörde	7,67	2.765
Dortmund-Unna	6,89	3.421
Dortmund-Ost	3,99	1.281
Gelsenkirchen	9,57	4.013
Hagen	5,15	1.492
Hamm	4,92	2.607
Hattingen	5,61	1.060
Herford	6,19	2.149
Herne	7,45	1.755
Höxter	3,82	1.086
Ibbenbüren	5,01	2.575
Iserlohn	7,52	3.172
Lemgo	4,12	850
Lippstadt	4,11	1.680

Lübbecke	7,47	1.870
Lüdenscheid	6,40	2.057
Lüdinghausen	5,18	1.792
Meschede	7,29	1.584
Minden	4,37	1.827
Münster- Außenstadt	8,75	2.966
Münster- Innenstadt	7,23	2.047
Olpe	5,52	1.803
Paderborn	5,31	4.332
Recklinghausen	5,84	2.840
Schwelm	12,31	3.091
Siegen	4,74	2.903
Soest	5,89	2.332
Warburg	5,57	679
Warendorf	4,45	1.529
Wiedenbrück	6,91	2.818
Witten	4,88	1.645
Bielefeld- Außenstadt	6,87	2.486
Bochum-Süd	5,88	1.905
Gütersloh	7,16	3.866
Marl	3,52	2.424

**126. Wie viele Einsprüche gegen bereits erlassene Bescheide über den Grundsteuermessbetrag sind bis dato landesweit und differenziert nach den einzelnen Finanzämtern eingegangen? (absolute Anzahl und prozentuale Einspruchsquote erbeten)**

Bis zum 31.03.2023 wurden landesweit rund 124.000 Einsprüche gegen Grundsteuermessbetragsbescheide eingetragen. Ein prozentualer Anteil kann nicht ermittelt werden, da die absolute Anzahl der erledigten Grundsteuermessbetragsbescheide nicht vorliegt.

Entsprechende Daten für die Finanzämter liegen ebenfalls nicht vor.

**127. Wie sieht jeweils für die beiden vorherigen Fragen die damit korrespondierende Anzahl der zuvor ergangenen Bescheide landesweit und differenziert nach den einzelnen Finanzämtern aus, also die Grundgesamtheit der potentiell einspruchsfähigen Bescheide für Sachverhalte der Grundsteuer?**

Bis zum 31.03.2023 wurden landesweit 3.872.404 Feststellungserklärungen zur Grundsteuerwertermittlung erledigt.

Die entsprechenden Daten der Finanzämter können der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

<b>Grundsteuer: Erklärungen in Westfalen</b>	<b>erledigte Erklärungen in Nordrhein- Westfalen</b>
--	--

<b>Stand 31.03.2023</b>	<b>Anzahl erledigte Erklärungen</b>
-------------------------	---

Dinslaken	33.138
Viersen	47.831
Düsseldorf- Altstadt	19.961
Düsseldorf-Nord	27.128
Düsseldorf-Süd	37.928
Duisburg- Hamborn	20.885
Duisburg-Süd	23.904
Essen-NordOst	56.956
Essen-Süd	47.464

Geldern	31.548
Grevenbroich	46.421
Kempen	36.889
Kleve	50.836
Krefeld	42.897
Kamp-Lintfort	49.557
Mülheim an der Ruhr	29.720
Mönchengladbach	57.435
Neuss	66.600
Oberhausen-Nord	23.081
Oberhausen-Süd	14.363
Remscheid	22.214
Solingen	36.880
Wesel	24.628
Wuppertal-Barmen	31.319
Wuppertal-Elberfeld	37.543
Düsseldorf-Mitte	25.146
Duisburg-West	25.714
Hilden	48.680
Velbert	31.562
Düsseldorf-Mettmann	41.934
Aachen-Stadt	49.844
Aachen-Kreis	70.453
Bergheim	56.010
Bergisch Gladbach	47.558
Bonn-Innenstadt	28.628

Bonn-Außenstadt	44.213
Düren	43.310
Erkelenz	27.551
Euskirchen	24.044
Geilenkirchen	36.978
Schleiden	23.325
Gummersbach	45.312
Jülich	18.150
Köln-Altstadt	15.213
Köln-Mitte	11.099
Köln-Porz	26.057
Köln-Nord	37.703
Köln-Ost	30.739
Köln-Süd	32.737
Siegburg	67.104
Wipperfürth	20.302
Sankt Augustin	68.403
Köln-West	28.632
Brühl	51.626
Leverkusen	38.566
Ahaus	42.362
Altena	23.521
Arnsberg	29.490
Beckum	40.363
Bielefeld-Innenstadt	31.162
Bochum-Mitte	26.029

Borken	54.770
Bottrop	26.429
Brilon	25.266
Bünde	21.422
Steinfurt	62.182
Coesfeld	36.744
Detmold	63.637
Dortmund-West	34.144
Dortmund-Hörde	36.047
Dortmund-Unna	49.647
Dortmund-Ost	32.116
Gelsenkirchen	41.933
Hagen	28.979
Hamm	52.994
Hattingen	18.886
Herford	34.713
Herne	23.557
Höxter	28.430
Ibbenbüren	51.389
Iserlohn	42.185
Lemgo	20.630
Lippstadt	40.866
Lübbecke	25.029
Lüdenscheid	32.144
Lüdinghausen	34.587
Meschede	21.734

Minden	41.797
Münster- Außenstadt	33.894
Münster- Innenstadt	28.309
Olpe	32.667
Paderborn	81.578
Recklinghausen	48.630
Schwelm	25.110
Siegen	61.242
Soest	39.594
Warburg	12.199
Warendorf	34.368
Wiedenbrück	40.777
Witten	33.710
Bielefeld- Außenstadt	36.183
Bochum-Süd	32.394
Gütersloh	53.994
Marl	68.852

**128. Wie viele Bescheide in Grundsteuerangelegenheiten sind bis dato jeweils monatlich seit Beginn der Bescheiderteilung landesweit durch die Finanzverwaltung ergangen? (Frage nach der zeitlichen Verteilung des Bescheidaufkommens, also Gesamtzahl der ergangenen Bescheide für jeden einzelnen Monat ab Beginn dieses Arbeitsprozesses erbeten)**

Die seit August 2022 monatlich erledigten Feststellungserklärungen zur Grundsteuerwertermittlung können der nachstehenden Tabelle entnommen werden:

**Stand: 31.03.2023**

Jahr	Monat	Anzahl
2022	8	45.344,00
	9	682.521,00
	10	641.637,00
	11	354.973,00
	12	260.375,00
2023	1	689.105,00
	2	766.121,00
	3	432.328,00

**129. Welches sind bislang aggregiert die landesweit zehn häufigsten Einspruchsgründe? (sinnvolle Kategoriebildung erbeten, beispielsweise Einspruch konkret gegen den Genossenrabatt, die Aussagekraft der Bodenrichtwerte, das Scholz-Modell an sich usw.)**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Bei der Beantwortung der Frage wird darauf hingewiesen, dass der Begriff „Genossenrabatt“ bei der Grundsteuerwertermittlung nicht bekannt ist.

Die zehn häufigsten Einspruchsgründe in Nordrhein-Westfalen sind:

- vermeintliche Verfassungswidrigkeit der Grundsteuerreform an sich
- vermeintlicher Verstoß gegen Art. 3 GG (Gleichheitsgrundsatz), hier insbesondere auch
  - die vermeintlich realitätsungerechte Relationsabbildung zwischen hochwertigen und niedrigwertigen Immobilien
  - die Anwendung gleicher Vervielfältiger bei unterschiedlich alten Wohnimmobilien
  - die Begünstigung der von der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer befreiten Vermietungsgenossenschaft ggü. der nicht von der Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer befreiten Genossenschaft (§ 15 Absatz 4 GrStG)
  - die Differenzierung zwischen Gebäudearten – insb. in Bezug auf den Ansatz der Boden und Mietwerte
- vermeintlicher Verstoß gegen Art. 72 Abs. 2 GG (fehlende Gesetzgebungskompetenz des Bundes)
- pauschalierter Ansatz von Bemessungsgrundlagen, insb.
  - Bodenrichtwerte laut Gutachterausschuss,
  - Miete und
  - Restnutzungsdauer

- pauschalierter Ansatz der Steuermesszahl
- länderunterschiedliche Berechnungsweisen
- vermeintlich fehlende Nachvollziehbarkeit der Bescheide wegen noch fehlendem Grundsteuerbescheid der Gemeinde
- vermeintliche Verfassungswidrigkeit einer Besteuerung, mit der ausschließlich die Substanz des Vermögens besteuert wird
- vermeintlicher Verstoß gegen Art. 19 Abs. 4 GG (Möglichkeit des Nachweises eines niedrigeren Werts; Escape-Klausel, Nachweis durch privates Sachverständigengutachten)
- vermeintliche Willkür bei der Auswahl des Ertrags-/Sachwertverfahrens (insb. genereller Ausschluss des Ertragswertverfahrens bei der Bewertung von Geschäftsgrundstücken, insb. von Büro- und Ladenflächen)

**130. *Wie vielen der bis dato eingegangenen Einsprüche wurde bislang landesweit und differenziert nach den einzelnen Finanzämtern im Sinne des Steuerpflichtigen ganz oder zumindest teilweise stattgegeben? (absolute Zahlen und Prozentwerte erbeten)***

Die gewünschten Daten liegen nicht vor.

**131. *Welches sind bislang die zehn häufigsten Gründe für einen erfolgreichen Einspruch?***

Ein Einspruch ist nur erfolgreich, wenn er zur antragsgemäßen Änderung oder Aufhebung des angefochtenen Bescheides führt. Die nordrhein-westfälische Finanzverwaltung geht von der Verfassungsmäßigkeit der Vorschriften zur Grundsteuerreform aus. Abhilfen aufgrund von Einsprüchen, die mit einer angeblichen Verfassungswidrigkeit der Vorschriften zur Grundsteuerreform begründet werden, sind nicht erfolgt.

Ein Einspruch hat u.a. Erfolg, wenn er sich in zutreffender Weise gegen den Ansatz einer falschen Wohnfläche, eines falschen Baujahres, einer falschen Grundstücksgröße, eines falschen Bodenrichtwertes oder einer falschen Grundstücksart richtet.

**132. *Welches sind bislang die zehn häufigsten Ablehnungsgründe?***

Hierüber liegen keine Aufzeichnungen vor.

- 133. Aufgrund der zahlreichen Unplausibilitäten, offenkundigen Ungerechtigkeiten und logischen Widersprüchlichkeiten im Scholz-Modell, das leider für Nordrhein-Westfalen bei dieser Hauptfeststellung zur Anwendung kommt, haben bereits etliche Steuerpflichtige ihre Klageabsicht gegen die neue Grundsteuer artikuliert. Sie werden dabei von zum Teil namhaften Verbänden wie dem Bund der Steuerzahler oder Haus und Grund unterstützt. Sichert der Finanzminister den Bürgern und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen zu, dass von Gerichten festgestellte Mängel in der Grundsteuererhebung für alle Steuerpflichtigen korrigiert werden, unabhängig davon, ob diese fristgerecht Einspruch gegen einen Grundsteuerbescheid eingelegt haben oder nicht?**

Die Landesregierung zweifelt nicht an der Verfassungsmäßigkeit der verabschiedeten Regelungen zur Grundsteuer. Bislang wurden keine Mängel im Bundesmodell festgestellt, die zu Korrekturen Anlass geben würden.

**IV. Risiko einer dauerhaften Preisspirale zum Nachteil von Bürgern und Betrieben in dem von der Landesregierung präferierten Scholz-Modell**

- 134. Im Zuge der aktuellen Inflationskrise sind auch die Baukosten massiv gestiegen. Das kann bei der nächsten im Scholz-Modell systemimmanent erforderlichen und wiederkehrenden Bewertungsrunde insbesondere im Fall von gewerblich bzw. gemischt genutzten Immobilien zu einer starken Steuermehrbelastung führen, weil bei dem hier angewendeten Sachwertverfahren ein Baupreisindex zugrunde liegt. Wie stark ist der relevante Baupreisindex bereits seit dem Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar 2022 (von seinerzeit 148,6) bis heute gestiegen?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Der aktuelle Baupreisindex ergibt sich aktuell aus der Fachserie 17 Reihe vier des Statistischen Bundesamts. Eine Weiterentwicklung des Baupreisindex für Zwecke der Grundsteuer ist erst zur nächsten Hauptfeststellung in sieben Jahren erforderlich. Dieser Index liegt heute noch nicht vor. Zum heutigen Zeitpunkt ist für Zwecke der Grundsteuer kein Index ermittelt worden.

- 135. Wie hat sich der einschlägige Baupreisindex jeweils jährlich in den letzten zehn Jahren entwickelt?**

Die Entwicklung der Baukosten und die daraus abgeleiteten Indizes ergeben sich mit unterschiedlichen Schwerpunkten aus der Fachserie 17, Reihe 4 des Statistischen Bundesamts und sind öffentlich auch für zurückliegende Jahre zugänglich. Der vom Bundesministerium der Finanzen nach Maßgabe des § 259 Abs. 3 des Bewertungsgesetzes ermittelte Baupreisindex für die Grundsteuer beträgt für den gesamten ersten Hauptfeststellungszeitraum 148,6 %.

**136. Im Zuge der aktuellen Inflationskrise sind im Jahr 2022 auch die Mieten weiter gestiegen. Steigende Mieten haben im Scholz-Modell systemimmanent Einfluss auf die künftige Steuermehrbelastung bei Wohnimmobilien, weil pauschalierte Mietniveaus eine zentrale Bewertungskomponente im hier angewendeten Ertragswertverfahren sind. Wie stark sind die für Nordrhein-Westfalen relevanten pauschalierten Mietniveaus bereits jetzt seit den getroffenen Annahmen zum Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar 2022 bis heute gestiegen?**

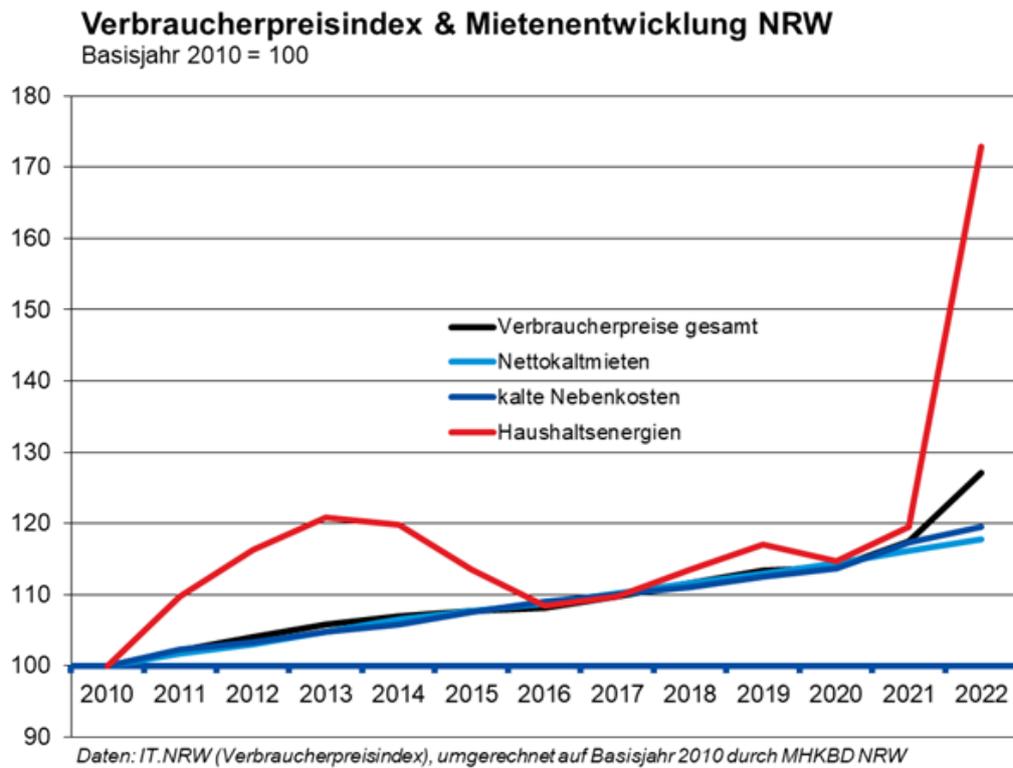
Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Der Fragestellung liegt die unzutreffende Annahme zugrunde, dass bei steigenden Mieten eine höhere Grundsteuerbelastung zu erwarten ist. Während des gesamten Hauptfeststellungszeitraums bleiben die Mieten konstant. Eine Ermittlung des aktuellen Mietniveaus liegt daher nicht vor und ist für die Grundsteuerreform auch nicht erforderlich.

**137. Wie haben sich in Nordrhein-Westfalen die Kosten der Miete jeweils jährlich in den letzten zehn Jahren entwickelt?**

Die mittleren Wohnkosten von Mieterinnen und Mietern in Nordrhein-Westfalen werden von IT.NRW im Rahmen des Verbraucherpreisindex stichprobenartig erhoben und als Index veröffentlicht. Es ist die einzige Landesstatistik, die jährliche Auswertungen erlaubt. Allerdings wird nur die Entwicklung der einzelnen Kostenkomponenten, nicht der Summe aller Wohnkosten dargestellt.

Danach sind die Nettokaltmieten bewohnter Wohnungen zwischen 2012 und 2022 im Landesdurchschnitt um insgesamt 14 % gestiegen, kalte Nebenkosten um 16 %. Insgesamt ist die Bruttokaltmiete um 15 % gestiegen. Der Index für Haushaltsenergien, der Strom- und Heizungen umfasst, ist im selben Zeitraum um insgesamt 49 % gestiegen - wobei der größte Teil auf das Jahr 2022 entfällt (s. Grafik).



Siehe hierzu Anlage 1.

**138. Insbesondere in Großstädten differenziert das Mietniveau stark nach Lage der Wohnung. Inwieweit ist es geplant, eine Differenzierung in Hinblick auf die unterschiedlichen Lagen bei den Mietniveaus vorzunehmen?**

Eine Differenzierung findet bereits bei der eingeführten Grundsteuerwertermittlung nach dem Bundesmodell statt, indem die Lage der Wohnung über die entsprechenden Bodenrichtwerte der Bodenrichtwertzone, in der das zu bewertende Grundstück liegt, adäquat abgebildet wird.

**139. Im Scholz-Modell sind bekanntlich regelmäßig wiederkehrende Bewertungsrunden systemimmanent erforderlich. Aufgrund der stark unterschiedlichen Bewertungsverfahren für Wohnimmobilien und gewerblich bzw. gemischt genutzte Immobilien aufgrund unterschiedlichster Einflussfaktoren (Bauzinsniveau mit Einfluss auf Bodenwerte, Mietentwicklungen, Baupreise) kann es spätestens mit der nächsten Bewertungsrunde zu einem noch deutlicheren Auseinanderlaufen der Bewertungsansätze für diese unterschiedlichen Immobilienklassen kommen. Das wirft beispielsweise bei ansonsten identischen Mehrfamilienhäusern Fragen auf, bei denen aufgrund einer anteiligen kleinen Gewerbeinheit (zum Beispiel eines Ladengeschäfts im Erdgeschoss) in einer der beiden Immobilien jeweils unterschiedliche Bewertungsverfahren Anwendung finden (Ertragswert für die reine Wohnimmobilie und Sachwert für die Wohnimmobilie mit kleiner Gewerbeinheit). Mit genau welchen einzelnen fachlichen Erwägungen begegnet der Finanzminister verfassungsrechtlichen Bedenken, wenn sich der Grundsteuerwert dieser beiden materiell absolut vergleichbaren Immobilien aufgrund dieser unterschiedlichen Bewertungsverfahren in Zukunft noch deutlicher auseinanderentwickelt?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Sofern sich die verschiedenen Grundstücksarten in der Zukunft wertmäßig unterschiedlich entwickeln, muss dies - wie bereits jetzt im Bundesmodell - aufgrund der verfassungsrechtlichen Vorgabe bei der Wertermittlung abgebildet werden. Denn die Einheitsbewertung ist mit dem Gleichheitssatz des Grundgesetzes nicht vereinbar, weil im Laufe der vielen Jahre seit der letzten Hauptfeststellung Wertverzerrungen eingetreten sind.

Die Fragestellung geht von der unzutreffenden Annahme aus, dass unterschiedlich genutzte Mehrfamilienhäuser identische Mehrfamilienhäuser seien. Wenn jedoch in einem Mietwohngrundstück auch eine gewerbliche Nutzung zulässig ist, ist dieses Haus jedenfalls dann nicht mit einem reinen Mietwohngrundstück vergleichbar, wenn die gewerbliche Nutzung eine bestimmte Größenordnung überschreitet.

Dies wird im Bundesmodell bereits berücksichtigt. Anpassungen sind daher nicht erforderlich.

**140. Wie rechtfertigt es der Finanzminister konkret, dass sich die Grundsteuerbelastung von Mietern identischer Wohnungen unterscheidet, je nachdem, ob sich diese Wohnung in einer reinen Wohnimmobilie oder einer benachbarten Wohnimmobilie mit kleiner Gewerbeinheit befindet?**

Die Grundsteuerbelastung bezieht sich auf die jeweilige Immobilie. Eine wertvollere Immobilie führt zu einer höheren Grundsteuerbelastung. Ob und gegebenenfalls nach welchem Maßstab die Eigentümerinnen und Eigentümer die Grundsteuerbelastung der gesamten Immobilie auf die Mieterinnen und Mieter abwälzen, ist Teil der Privatautonomie und steht in keinem Zusammenhang zur Grundsteuerreform.

**141. Wie bewertet der Finanzminister den Umstand, dass durch sein Festhalten am Scholz-Modell und die diesem Modell innewohnende Wertdynamik, die bei absehbar weiter steigenden Immobilienpreisen wahrscheinlich zu einer immer höheren Grundsteuerbelastung sowohl für Mieter als auch für selbstnutzende Eigentümer führen wird, das Ziel der Schaffung bezahlbaren Wohnraums gefährdet wird?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die der Frage zugrundeliegende Annahme, dass sich bei steigenden Immobilienwerten ein höheres Grundsteueraufkommen ergibt, ist mathematisch elementar unzutreffend. Eine höhere Bemessungsgrundlage kann jederzeit - wie bereits in Bundesmodell geschehen - durch entsprechend niedrigere Steuermesszahlen ausgeglichen werden. Im Bundesmodell sind die Steuermesszahlen drastisch abgesenkt worden und betragen nur noch 10 % der bisherigen Steuermesszahlen.

**142. Falls sich der Grundsteuerwert für Wohnimmobilien und gewerblich bzw. gemischt genutzte Immobilien aufgrund der stark unterschiedlichen Bewertungsverfahren mit jeder weiteren Bewertungsrunde weiter auseinander oder gar gegenläufig entwickelt, können Kommunen selbst über einen entsprechend angepassten Hebesatz einseitige Mehrbelastungen nicht verhindern (im Extremfall müsste der Hebesatz für eine Immobilienklasse sinken und für eine andere Immobilienklasse steigen, um Mehrbelastungen gezielt zu verhindern). Welche konkreten Überlegungen existieren im Finanzministerium, einer solchen Fehlentwicklung im Zuge künftiger Bewertungsrunden durch Indexierung oder geteilte Hebesätze im Scholz-Modell bzw. durch einen Modellwechsel hin zu einem flächenbasierten Grundsteuermodell entgegenzuwirken?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die der Fragestellung zugrundeliegende Annahme, dass in den genannten Fällen Belastungsverschiebungen verhindert werden müssen, widerspricht in elementarer Weise den verfassungsrechtlichen Vorgaben. Zu dieser rein spekulativen Frage kann keine Aussage getroffen werden.

**143. Das Scholz-Modell hat den Anspruch, durch ein bürokratisches Verfahren ein realistisches Abbild der tatsächlichen Immobilienwerte zu liefern. Obwohl etwa durch die Mietspiegel in vielen Kommunen detaillierte Angaben zu ortsüblichen Vergleichsmieten für einzelne Wohnviertel vorliegen, wird das Mietniveau im Rahmen der Grundsteuer lediglich anhand von 6 Mietniveaustufen festgelegt. Dies bedeutet, dass für stark nachgefragte Innenstadtlagen und weniger stark nachgefragte Randlagen derselben Kommune ein identisches Mietniveau unterstellt wird. Wie bewertet der Finanzminister, dass sich aus der unzureichenden Erfassung des örtlichen Mietniveaus Verzerrungen bei der Wertermittlung ergeben?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Es wird darauf hingewiesen, dass bei dem Bundesmodell sieben verschiedene Mietniveaustufen berücksichtigt worden sind. Damit wird das unterschiedliche Wertniveau zwischen den Kommunen abgebildet. Darüber hinaus werden innerhalb der Kommune Wertunterschiede durch die jeweils unterschiedlichen Bodenrichtwerte sichergestellt. Im Übrigen siehe Antwort zu Frage 138.

**144. Befürwortet es der Finanzminister, in der nächsten Bewertungsrunde statt sechs Mietniveaustufen präzisere Daten zum örtlichen Mietniveau zu berücksichtigen?**

Der Fokus liegt aktuell auf der Umsetzung der ersten Hauptfeststellung. Aussagen zu etwaigen zukünftigen Gesetzesvorhaben können nicht getroffen werden.

## **V. Umsetzung des politischen Versprechens der Aufkommensneutralität**

**145. Sowohl der ehemalige Bundesfinanzminister und heutige Bundeskanzler Olaf Scholz als auch das Finanzministerium in Nordrhein-Westfalen haben stets betont, dass die Grundsteuerreform für die Bürger aufkommensneutral erfolgen soll. Das bedeutet, dass zwar einige Steuerpflichtige mehr und andere weniger Grundsteuer zahlen werden, dass aber die Steuerzahler innerhalb einer Kommune insgesamt nicht zusätzlich belastet werden sollen. Mit jeweils welchen einzelnen politischen Entscheidungen und konkreten Maßnahmen stellt der Finanzminister sicher, dass tatsächlich eine aufkommensneutrale Systemumstellung erfolgt?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist. Eine aufkommensneutrale Umsetzung der Reform bedeutete nicht, dass sich die Grundsteuerbelastung der einzelnen Eigentümerinnen und Eigentümer nicht verändern würde: Eine solche Veränderung wäre gerade die notwendige Folge der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts, das eine weitere Nutzung der bisherigen Bemessungsgrundlage für Zeiträume ab dem 1. Januar 2025 ausgeschlossen hat. Der Begriff der Aufkommensneutralität bedeutet dass durch die Reform kein höheres

Grundsteueraufkommen erzielt wird. Dies hängt von der Bemessungsgrundlage und den Hebesätzen ab, deren Festlegung den Kommunen zusteht.

**146. Die Festlegung des Grundsteuer-Hebesatzes obliegt den Kommunen. Insbesondere in Kommunen mit hoher Verschuldung besteht daher angesichts des intransparenten Scholz-Modells die Gefahr, dass Stadträte in Versuchung geraten, durch die Festlegung des Hebesatzes Mehreinnahmen zu generieren. Welche konkreten Entscheidungen wird der Finanzminister treffen, wenn in einzelnen Kommunen erkennbar von dem Versprechen der Aufkommensneutralität abgewichen wird und infolge der Systemreform insgesamt Mehrbelastungen der Steuerpflichtigen bei der Grundsteuer zu verzeichnen sind?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Frage geht unzutreffend davon aus, dass das Bundesmodell bürokratisch und intransparent sei. Zusätzlich geht die Frage von der unzutreffenden Annahme aus, dass den Kommunen nur beim Bundesmodell ein verfassungsrechtlich garantiertes Hebesatzrecht zusteht. Den Gemeinden steht nach Art. 106 Abs. 6 Satz 2 des Grundgesetzes das Recht zu, die Grundsteuerhebesätze im Rahmen der Gesetze autonom festzusetzen. Gemäß § 25 Abs. 1 Grundsteuergesetz bestimmt die Gemeinde, mit welchem Hundertsatz des Steuermessbetrags die Grundsteuer zu erheben ist. Letztlich bestimmen also die Kommunen in Ansehung ihrer jeweiligen örtlichen Haushaltslage über die Frage einer etwaigen aufkommensneutralen Umsetzung der Grundsteuerreform.

**147. Inwieweit wird es bei der Evaluation der Aufkommensneutralität berücksichtigt, wenn im Vorfeld des Stichtags für die neuen Grundsteuerbescheide eine Anpassung der Hebesätze durch die Kommunen erfolgt ist? Welches ist der zeitliche Bezugspunkt bzw. der Betrachtungszeitraum der Mitteilung des Finanzministers zu aufkommensneutralen Grundsteuerhebesätzen?**

Aus der Gesetzesbegründung A.III (BT- Drucksache 19/11085) ergibt sich:

Mit der Reform der Grundsteuer wird keine Veränderung des Grundsteueraufkommens verfolgt. An die Gemeinden wird daher appelliert, die durch die Neubewertung des Grundbesitzes resultierenden Belastungsverschiebungen durch eine gegebenenfalls erforderliche Anpassung des Hebesatzes auszugleichen, um ein konstantes Grundsteueraufkommen zu sichern. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, dass auch Kommunen in einem Haushaltssicherungsverfahren landesrechtlich nicht die Möglichkeit verwehrt wird, ihre Hebesätze zur Wahrung der Aufkommensneutralität entsprechend anzupassen. Die Höhe der Grundsteuer ist Teil der grundgesetzlich garantierten Steuerautonomie der Gemeinden (vgl. Artikel 28 Absatz 2 und Artikel 106 Absatz 6 Satz 2 Grundgesetz).

Sie richtet sich nach dem örtlichen Bedarf und der zur Verfügung stehenden Bemessungsgrundlage. Gesetzliche Möglichkeiten, auf das Hebesatzniveau einzuwirken, ergeben sich darüber hinaus nur aus den Kopplungsvorschriften zu den Hebesätzen der Gewerbesteuer und den Regelungen zu den Höchsthebesätzen im Grundsteuergesetz.

Aus diesem bloßen Appell des Bundesgesetzgebers ergibt sich, dass eine Festlegung eines zeitlichen Bezugspunkts oder eines Betrachtungszeitraum nicht erfolgt ist, zumal den Kommunen die Hebesatzautonomie zusteht.

**148. Welche jährlichen Einnahmen aus der Grundsteuer sind landesweit und jeweils in jeder einzelnen Kommune Nordrhein-Westfalens in den einzelnen Jahren von 2012 bis 2022 generiert worden?**

Siehe hierzu Anlage 2.

**149. Welche Einnahmen aus der Grundsteuer sind jeweils einzeln für die beiden Jahre 2023 und 2024 landesweit und differenziert nach allen einzelnen Kommunen Nordrhein-Westfalens zu erwarten?**

**150. Welche Einnahmen aus der Grundsteuer würden sich landesweit nach bisheriger Berechnungsmethode prognostisch einzeln für die Jahre 2025, 2026, 2027, 2028, 2029 und 2030 ergeben, wenn ein Modellwechsel verfassungsrechtlich nicht erforderlich wäre?**

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 149 und 150 zusammengefasst beantwortet:

Aufkommensveränderungen aufgrund etwaiger Wertschwankungen auf dem Grundstücksmarkt haben im Hauptfeststellungszeitraum keine Auswirkungen auf die Grundsteuerbelastung, weil die Wertverhältnisse auf den Hauptfeststellungszeitpunkt 1. Januar 2022 festgeschrieben sind.

Gemäß den aktuellen Orientierungsdaten für die mittelfristige Ergebnis- und Finanzplanung der Gemeinden und Gemeindeverbände des Landes Nordrhein-Westfalen vom 22. November 2022 können die nordrhein-westfälischen Kommunen in den Jahren 2023 und 2024 jeweils mit einer Zunahme ihrer Grundsteuereinnahmen in Höhe von 1,1 Prozent rechnen. Auf dieser Grundlage ergibt sich für die Gesamtheit der nordrhein-westfälischen Kommunen ein Grundsteueraufkommen in Höhe von rd. 4,05 Mrd. Euro im Jahr 2023 und 4,09 Mrd. Euro im Jahr 2024.

Die Orientierungsdaten stützen sich im Wesentlichen auf die regionalisierten Ergebnisse der 163. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ vom 27. Oktober 2022. Die Werte liegen daher nur für die nordrhein-westfälischen Kommunen insgesamt vor, nicht aber differenziert für die einzelnen Gemeinden und Städte.

**151. Jeweils welche einzelnen Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben in den letzten zehn Jahren ihre Grundsteuer-Hebesätze erhöht?**

**152. Wie lautet in den betroffenen, ihren Hebesatz erhöhenden Kommunen der vorherigen Frage jeweils jede einzelne konkrete kommunale Entscheidung zum Ausmaß der Erhöhung? (vollständige Angabe der Hebesatzveränderung vorher/nachher)**

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 151 und 152 zusammengefasst beantwortet:

Es wird auf die Anlagen 3 (Grundsteuer A) und 4 (Grundsteuer B) verwiesen.

In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass Hebesatzschwankungen in keinerlei Zusammenhang mit der Grundsteuerreform stehen.

**153. Jeweils welche einzelnen Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben in den letzten zehn Jahren ihre Grundsteuer-Hebesätze gesenkt?**

**154. Wie lautet in den betroffenen, ihren Hebesatz senkenden Kommunen der vorherigen Frage jeweils jede einzelne konkrete kommunale Entscheidung zum Ausmaß der Absenkung? (vollständige Angabe der Hebesatzveränderung vorher/nachher)**

Aufgrund des Sachzusammenhangs werden die Fragen 153 und 154 zusammengefasst beantwortet:

Es wird auf die Anlagen Nr. 5 (Grundsteuer A) und 6 (Grundsteuer B) verwiesen.

**155. Steht die Landesregierung weiterhin zu ihrer bisherigen Haltung, dass die Grundsteuer gemäß Betriebskostenverordnung bei vermieteten Objekten auch zukünftig vollständig durch die Mieter getragen werden muss, oder setzt sie sich diesbezüglich für Änderungen auf Bundesebene ein?**

Nach der derzeitigen Rechtslage kann die Grundsteuer vom Vermieter auf den Mieter umgelegt werden. § 556 des Bürgerlichen Gesetzbuchs (BGB) regelt insoweit, dass die Parteien eines Mietverhältnisses über Wohnraum im Mietvertrag Vereinbarungen über die Betriebskosten treffen können.

§ 556 Absatz 1 BGB sieht dazu konkret Folgendes vor:

„Die Vertragsparteien können vereinbaren, dass der Mieter Betriebskosten trägt. Betriebskosten sind die Kosten, die dem Eigentümer oder Erbbauberechtigten durch das Eigentum oder das Erbbaurecht am Grundstück oder durch den bestimmungsmäßigen Gebrauch des Gebäudes, der Nebengebäude, Anlagen, Einrichtungen und des Grundstücks laufend entstehen. Für die Aufstellung der Betriebskosten gilt die Betriebskostenverordnung vom 25. November 2003 (BGBl. I S. 2346, 2347) fort. Die Bundesregierung wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung ohne Zustimmung des Bundesrates Vorschriften über die Aufstellung der Betriebskosten zu erlassen.“

Weiter enthält § 2 der derzeitigen Fassung der Betriebskostenverordnung die Feststellung: „Betriebskosten im Sinne von § 1 sind:

1. die laufenden öffentlichen Lasten des Grundstücks, hierzu gehört namentlich die Grundsteuer (...).“

Für eine Änderung dieser Rechtslage setzt sich die Landesregierung derzeit nicht auf Bundesebene ein. Eine Änderung auf Bundesebene ist gegenwärtig nicht abzusehen.

**156. Gilt dies auch dann, wenn ein Eigentümer die Grundsteuererklärung nicht abgegeben hat, es zu einer Schätzung durch das örtliche Finanzamt kommt und Mieter dadurch eine Mehrbelastung zu tragen haben? Wie geht die Landesregierung mit dieser Problematik zu hoher Grundsteuerbelastungen für Mieter um, die schätzungsbedingt sind?**

Gemäß § 556 Absatz 3 Satz 1 Halbsatz 2 BGB ist bei der Abrechnung über die Vorauszahlungen für Betriebskosten der Grundsatz der Wirtschaftlichkeit zu beachten. Die Landesregierung geht davon aus, dass die Zivilgerichte die in der Frage beschriebene Problematik mithilfe der vorgenannten Regelung einer sachgerechten Lösung zuführen können, und sieht daher zumindest nach derzeitigem Stand keinen gesetzgeberischen Handlungsbedarf.

Sofern Eigentümerinnen und Eigentümer ihre Erklärungen nicht abgeben und die Besteuerungsgrundlagen daher geschätzt werden müssen, strebt die Finanzverwaltung an, die Schätzungsbescheide so rechtzeitig und der Höhe nach möglichst zutreffend bekanntzugeben, dass Nachteile nicht zu erwarten sind.

**157. Welche konkreten Maßnahmen plant der nordrhein-westfälische Finanzminister zur Entlastung von Immobilieneigentümern und Mietern einer betroffenen Kommune, wenn dort das politische Versprechen der Aufkommensneutralität gebrochen wird und Immobilieneigentümer sowie Mieter in dieser Kommune durch die Grundsteuerreform in der Summe stärker belastet werden, falls die Landesregierung diese Entwicklung ihrerseits nicht verhindert oder verhindern kann?**

Aus der Gesetzesbegründung A.III (BT- Drucksache 19/11085) ergibt sich:

Mit der Reform der Grundsteuer wird keine Veränderung des Grundsteueraufkommens verfolgt. An die Gemeinden wird daher appelliert, die durch die Neubewertung des Grundbesitzes resultierenden Belastungsverschiebungen durch eine gegebenenfalls erforderliche Anpassung des Hebesatzes auszugleichen, um ein konstantes Grundsteueraufkommen zu sichern. Dabei geht die Bundesregierung davon aus, dass auch Kommunen in einem Haushaltssicherungsverfahren landesrechtlich nicht die Möglichkeit verwehrt wird, ihre Hebesätze zur Wahrung der Aufkommensneutralität entsprechend anzupassen. Die Höhe der Grundsteuer ist Teil der grundgesetzlich garantierten Steuerautonomie der Gemeinden (vgl. Artikel 28 Absatz 2 und Artikel 106 Absatz 6 Satz 2 Grundgesetz).

Sie richtet sich nach dem örtlichen Bedarf und der zur Verfügung stehenden Bemessungsgrundlage. Gesetzliche Möglichkeiten auf das Hebesatzniveau einzuwirken, ergeben sich darüber hinaus nur aus den Kopplungsvorschriften zu den Hebesätzen der Gewerbesteuer und den Regelungen zu den Höchsthebesätzen im Grundsteuergesetz.

Aus diesem bloßen Appell des Bundesgesetzgebers ergibt sich, dass eine Festlegung eines zeitlichen Bezugspunkts oder eines Betrachtungszeitraum nicht erfolgt ist, zumal den Kommunen die Hebesatzautonomie zusteht.

Ein Eingriff in die verfassungsrechtlich garantierte Hebesatzautonomie der Kommunen ist dem einfachen Gesetzgeber nicht möglich.

**158. Welche Maßnahmen plant der nordrhein-westfälische Finanzminister zur Entlastung von Immobilieneigentümern und Mietern, wenn das politische Versprechen durch die Wahl der Hebesätze auf kommunaler Ebene verschiedentlich gebrochen wird und landesweit durch die Grundsteuerreform Mehreinnahmen entstehen, falls die Landesregierung diese Entwicklung ihrerseits nicht verhindert oder verhindern kann?**

Die Kommunen treffen ihre Entscheidung aufgrund der Hebesatzautonomie selbständig. Ihre Entscheidungen haben sie auf Grund der Rahmenbedingungen des örtlichen Haushalts zu treffen.

**159. In der von der FDP-Landtagsfraktion initiierten Sachverständigenanhörung zur neuen Grundsteuerreform am 25. August 2022 haben die Kommunalen Spitzenverbände in ihrer bemerkenswerten Stellungnahme 18/2 gefordert, die im Scholz-Modell regelmäßig systemimmanent durchzuführenden Hauptfeststellungen in kürzeren Abständen, also perspektivisch nicht nur alle sieben Jahre, durchzuführen. Sichert der nordrhein-westfälische Finanzminister seinen Widerstand gegen dieses Ansinnen zu, zukünftig zu noch häufigeren Hauptfeststellungen zu kommen, als dies aktuell vorgesehen ist?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Für Hauptfeststellungen in kürzeren Abständen ist derzeit kein Bedarf erkennbar.

**160. Die Landesregierung hält es für richtig, Kommunen das Recht zur Erhebung einer zusätzlichen Grundsteuer C für unbebaute Grundstücke einzuräumen. Gilt nach dem Verständnis des Finanzministers das Versprechen der Aufkommensneutralität natürlich für den insgesamt Grundsteuerertrag einer Kommune inklusive der möglichen weiteren Einnahmen aus einer neuen Grundsteuer C, die damit eine Entlastungswirkung für die Einnahmeerwartungen aus der Grundsteuer A und B systemlogisch bedeuten würde?**

Die Option der Einführung einer Grundsteuer C ist neu. Da es sich insoweit um die bewusste Entscheidung der Kommune handelt, einzelne Eigentümerinnen und Eigentümer mit baureifen Grundstücken gezielt stärker zu belasten, kann insoweit aus dem logischen Gesamtzusammenhang eine Aufkommenssteigerung nicht ausgeschlossen werden.

**161. Wie viele der Kommunen in Nordrhein-Westfalen haben bislang bereits vor Ort eine Entscheidung getroffen, im Zuge der Grundsteuerreform von der neuen Möglichkeit zur Einnahmeerzielung aus einer Grundsteuer C von deren Einführungsoption auch Gebrauch machen zu wollen?**

Hierzu liegen keine Erkenntnisse vor.

**162. Wie viele zusätzliche Steuerfälle würden sich landesweit in Nordrhein-Westfalen ergeben, wenn alle Kommunen alle der Erhebung einer Grundsteuer C zugänglichen Grundstücke auch mit einer solchen belegen würden?**

Es würden keine neuen Steuerfälle entstehen, weil lediglich bereits bestehende wirtschaftliche Einheiten mit einem höheren Hebesatz belegt werden.

**163. Beim Vorliegen genau welcher Tatbestände hält die Landesregierung die Einführung einer Grundsteuer C für richtig, sinnvoll oder geboten?**

Die Einführung einer Grundsteuer C ist eine Option, die von den Kommunen ausgeübt werden kann. Einer Einschätzung der Landesregierung, wann die Kommunen von der Option Gebrauch machen, bedarf es daher nicht.

## **VI. Lehren für die nächste Bewertungsrunde**

**164. Im Scholz-Modell soll alle sieben Jahre eine Neubewertung der Grundsteuer aller rund sechseinhalb Millionen Grundstücke und Gebäude in Nordrhein-Westfalen erfolgen. Auch in der vom Bundesverfassungsgericht als verfassungswidrig eingestuften alten Rechtslage war ursprünglich eine regelmäßige Neubewertung vorgesehen. Doch die im Recht der Einheitsbewertung ursprünglich beabsichtigte periodische Hauptfeststellung wurde seit dem Jahr 1964 ausgesetzt. Erst durch diese Aussetzung kam es zwangsläufig in zunehmendem Umfang bei der Grundsteuerbemessung zu Ungleichbehandlungen durch Wertverzerrungen, welche nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts als verfassungswidrig einzustufen sind. Der Grund für die Aussetzung ab dem Jahr 1964 war der enorme Verwaltungsaufwand, welcher mit einer regelmäßigen Neubewertung aller Grundstücke in Deutschland verbunden ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wie die Landesregierung jetzt in ihrem Scholz-Modell eine ähnliche Entwicklung verhindern will. Die erste Bewertungsrunde nach dem Scholz-Modell hat für die Bürger und Unternehmen in Nordrhein-Westfalen sowie für die Finanzverwaltung eine außergewöhnliche bürokratische Belastung dargestellt. Diese außergewöhnliche bürokratische Belastung in derselben Form alle sieben Jahre zu wiederholen, wäre ein politischer Offenbarungseid. Welche einzelnen Erkenntnisse hat die Landesregierung bislang aus ihrem Verfahren der neuen Grundsteuererhebung gewonnen, und welchen konkreten Reformbedarf hat sie dabei identifiziert, um die nächste Bewertungsrunde bürgerfreundlicher ausgestalten zu können? (ausführliche Darstellung erbeten)**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Ziel ist, dass die nächste Hauptfeststellung weitgehend ohne erneute Erklärungsspflichten auskommt, weil die Eigentümerinnen und Eigentümer hinsichtlich der in Zukunft eintretenden Veränderungen der tatsächlichen Verhältnisse Anzeigepflichten zu erfüllen haben. In Abhängigkeit von der Erfüllungsqualität dieser Anzeigepflichten, kann in der Zukunft geprüft werden, inwieweit bei einer künftigen Hauptfeststellung auf Erklärungen verzichtet werden kann. Zur Durchführung der ersten Hauptfeststellung seit über 50 Jahren jedenfalls konnte der dadurch naturgemäß erzeugte Aufwand nicht weiter reduziert werden.

Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass in allen anderen Modellen der Aufwand bei der Abgabe der Erklärung zur Feststellung der Grundsteuerwerte im Wesentlichen vergleichbar ist.

**165. Plant die Landesregierung noch eine unabhängige Evaluation durch mindestens einen externen Dritten zur Durchführung und den Auswirkungen der Grundsteuerreform und ihrer Erhebungssystematik?**

Die Landesregierung wird die Verursachung nicht notwendiger Kosten für derartige Untersuchungen vermeiden.

**166. Falls die Landesregierung am bürokratischen und intransparenten Scholz-Modell der Grundsteuererhebung weiterhin festhält: Plant die Landesregierung bei der nächsten vorgesehenen Bewertungsrunde, allen Steuerpflichtigen auf Basis der aktuell in der ersten Grundsteuererklärung übermittelten Daten vorausgefüllte Grundsteuererklärungen oder bereits fertige Bescheide zukommen zu lassen, die dann nur in wenigen Einzelfällen einen größeren Arbeits- oder Korrekturaufwand bei den Steuerpflichtigen verursachen dürften?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Frage geht davon aus, dass das Bundesmodell bürokratisch und intransparent sei. Da bereits die der Frage zugrundeliegenden Annahme unzutreffend ist, kann nur auf die Antwort zur Frage 164 hingewiesen werden.

**167. Welche Änderungen in den heutigen Formularen zur Grundsteuererklärung sowie zur Einkommensteuererklärung sind aus Sicht der Landesregierung erforderlich, um die für Steuerpflichtige lästige Mehrfachabfrage von Daten zukünftig zu vermeiden?**

Es wird unterstellt, dass mit „Grundsteuererklärung“ die Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts gemeint ist. In den in der Fragestellung angeführten Erklärungen ergeben sich grundsätzlich keine Mehrfachabfragen von Daten.

**168. In welcher Weise und in welchem Umfang nutzt die Finanzverwaltung bei der aktuellen Hauptfeststellung für die neue Grundsteuer die ihr durch die Besteuerung von Grunderwerbsvorgängen bereits vorliegenden und daher bekannten Daten?**

Bei der Hauptfeststellung der Grundsteuerwerte werden die Daten aus den jeweiligen Erklärungen zugrunde gelegt. Die Erklärenden werden dabei durch die im Geoportale ([www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de)) ausgewiesenen Daten unterstützt.

Die bei der Grunderwerbsteuer relevanten Besteuerungsgrundlagen haben für die Grundsteuerwertermittlung regelmäßig keine Bedeutung. Zudem sind die der

Grunderwerbsteuer unterliegenden wirtschaftlichen Einheiten nur eine Teilmenge der insgesamt zu bewertenden wirtschaftlichen Einheiten und daher nicht aussagekräftig.

**169. Bei anderen Steuerarten, wie beispielsweise der Erbschaft- und Schenkungsteuer, ist es üblich, dass von einem grundsätzlich festgelegten Berechnungsverfahren beim Vorliegen berechtigter Gründe im Einzelfall abgewichen werden kann. Dies gilt zum Beispiel für das Bewertungsgesetz für Immobilienvermögen. Aus welchen fachlichen Gründen lehnt der Finanzminister bei der Grundsteuer eine solche Öffnungsklausel ab?**

Der Bundesgesetzgeber hat mit dem Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, keine Öffnungsklausel sehen. Das entspricht dem bisherigen Recht der Einheitsbewertung und ist nicht neu.

Dies ist in einem Massenverfahren akzeptabel, zumal der Grundsteuerwert lediglich mit einem Promillesatz besteuert wird und Eigentum nach Art. 14 Abs. 2 des Grundgesetzes verpflichtet. Zudem stünden die Kosten für ein Sachverständigengutachten regelmäßig in keinem Verhältnis zu den nur geringen Einsparungen bei der Grundsteuer.

**170. Welche unterschiedlichen Rückmeldungen, Anregungen, Anliegen und Kritikpunkte der einzelnen Finanzämter vor Ort zum Vollzug der aktuellen Grundsteuerfeststellung haben die Oberfinanzdirektion und das Finanzministerium bislang erreicht? (vollständige Enumeration aller Aspekte erbeten)**

Die Aufnahme, Bewertung und Umsetzung von Rückmeldungen, Anregungen, Anliegen und Kritikpunkten der Finanzämter zum Vollzug einzelner Gesetze ist eine Hauptaufgabe der Oberfinanzdirektion Nordrhein-Westfalen, die laufend und in vielen Fachbereichen erledigt wird. Hierüber werden keine übergreifenden Statistiken und Listen geführt, da es sich um eine begleitende Daueraufgabe handelt. Eine solche Auflistung kann auch nicht nachträglich erstellt werden.

**171. Neben der unnötigen Komplexität des maximal bürokratischen Scholz-Modells für die Grundsteuerberechnung wird für das Grundsteuerchaos teilweise auch auf eine völlig unzureichende Datenbank für steuerlich relevante Grundstücke verwiesen. Welchen Anteil hat die seit 2014 geplante, aber noch nicht erfolgte Fertigstellung der Datenbank Languste am heutigen Problemausmaß, und jeweils wer ist dafür verantwortlich? (Nennung des vollständigen Kreises der für Languste verantwortlichen Personen mit ihren jeweiligen Funktionen und Institutionen erbeten, bei datenschutzrechtlichen Problemen außerhalb von Kabinettsmitgliedern und politischen Beamten einfach nur die Funktion nennen)**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Zunächst sei angemerkt, dass die Grundannahmen nicht stimmen: weder ist die Komplexität maximal bürokratisch noch liegt ein Chaos vor.

Grundstücksinformationen liegen in der Bundesrepublik nicht gesammelt vor: Die (nicht zwingend aktuellen) Eigentumsinformationen ergeben sich aus dem Grundbuch, die Lage- und Flächeninformationen aus dem Liegenschaftskataster der in den Ländern unterschiedlich organisierten Vermessungs-/Katasterverwaltung und die Bodenrichtwerte stammen von den Gutachterausschüssen. Es ist keine originäre Aufgabe der Finanzverwaltung, Informationen zu Grundstücken zu bündeln. Mangels Tätigwerdens anderer Ressorts auf Bundesebene wurde von den Finanzverwaltungen der Länder die Entwicklung von LANGUSTE (bundesweite Liegenschafts- und Grundstücksdatenbank) aufgenommen. Im Vorhaben KONSENS sind die Bundesländer Hessen (Federführung) und NRW (Teil der Umsetzung) am Projekt LANGUSTE beteiligt.

## **VII. Administrative Herausforderungen beim Vollzug eines Modellwechsels bei der Grundsteuer**

**172. Die Wahl des Grundsteuermodells ist ein in allen Bundesländern kontrovers diskutiertes landespolitisches Thema. Einige Bundesländer wie Baden-Württemberg, Bayern, Niedersachsen, Hessen und Hamburg haben von der Länderöffnungsklausel Gebrauch gemacht. Andere Bundesländer wie Nordrhein-Westfalen haben sich für das bürokratische und intransparente Bundesmodell (Scholz-Modell) entschieden. Nach der ersten Bewertungsrunde liegen den Finanzämtern nun Daten vor, welche für die Anwendung des Scholz-Modells oder auch für die Anwendung eines anderen Modells genutzt werden könnten. Welche technischen, organisatorischen und verwaltungsinternen Herausforderungen müssten gelöst werden, um einen Modellwechsel bei der Grundsteuer vom Scholz-Modell hin zu einem flächenbasierten Ansatz zu vollziehen, damit ein neues Modell ab dem 1. Januar 2025 wirksam werden kann?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Frage geht davon aus, dass das Bundesmodell bürokratisch und intransparent sei und ein Modellwechsel stattfinden wird. Die der Frage zugrundeliegenden Annahmen sind unzutreffend, zudem sind sie hypothetisch, die Frage kann nicht beantwortet werden. Dennoch wird darauf hingewiesen, dass unabhängig von den vorliegenden Daten bei einem Modellwechsel aus verfahrensrechtlichen Gründen alle Daten neu erklärt werden müssten. Damit ist der Gedanke eines Modellwechsels zum 1. Januar 2025 als realitätsfern zurückzuweisen, weil die derzeit bereits überwiegend geleistete Arbeit der Grundsteuerreform in vollem Umfang neu aufgerollt werden müsste und damit zum avisierten Stichtag den Kommunen ein Grundsteueraufkommen nicht mehr zur Verfügung stehen wird.

**173. Welche Kontakte und Gespräche hat es bislang seitens des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums oder dessen Finanzverwaltung mit zuständigen Vertretern der Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Hessen und Hamburg über deren Beweggründe zur Nutzung der Länderöffnungsklausel gegeben? Welche Erkenntnisse haben sich daraus ergeben?**

Der gesamte Reformprozess ist seit Jahren durch regelmäßige und laufende Kontakte zwischen allen Ländern geprägt.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte viele Jahre den Vorsitz in einer länderoffenen Arbeitsgruppe und letztlich auf Bitten der Finanzministerkonferenz das sogenannte Kostenwertmodell entwickelt. Die widersprüchlichen und gegenläufigen Argumente der einzelnen Modelle sind in Nordrhein-Westfalen somit hinlänglich und in allen Facetten bekannt.

Nach Abwägung allen Für und Widers kam die Inanspruchnahme der Länderöffnungsklausel für die Landesregierung seinerzeit nicht in Betracht.

**174. Welche Kontakte und Gespräche hat es bislang seitens des nordrhein-westfälischen Finanzministeriums oder dessen Finanzverwaltung mit zuständigen Vertretern der Bundesländer Bayern, Niedersachsen, Hessen und Hamburg zur Möglichkeit einer Übernahme der dort eingesetzten Software zur Bearbeitung eines flächenbasierten Modells bei der Grundsteuererhebung gegeben?**

Die Frage hat sich Nordrhein-Westfalen nicht gestellt, weil in Nordrhein-Westfalen das Bundesmodell Anwendung findet.

**175. Unter welchen Bedingungen könnte die in den Bundesländern Bayern, Niedersachsen, Hessen und Hamburg eingesetzte Software zur Bearbeitung von Grundsteuererklärungen sowie zur Erstellung von Grundsteuerbescheiden in Nordrhein-Westfalen übernommen werden? Welche Umstellungsprobleme wären dabei ggf. zu lösen?**

Siehe Antwort zu Frage 174.

**176. Wie lange hat die Ausarbeitung der Antragsformulare sowie der Software zur Bearbeitung von Grundsteuererklärungen nach dem Scholz-Modell gedauert?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Erstellung der Vordrucke zur Erklärung der Feststellung des Grundsteuerwerts ist in zwei getrennten Arbeitsgruppen entwickelt worden, die zeitgleich auch andere Aufgaben zur Regelung der Grundsteuerreform zu bewältigen hatten. Die Messung der für die einzelnen Arbeiten erforderlichen Zeit ist in den Arbeitsgruppen nicht vorgenommen worden. Die Vordrucke sind bereits in 2021 im Bundessteuerblatt veröffentlicht worden (vgl. Schreiben des Bundesministeriums der Finanzen vom 01. Dezember 2021, IV C 7-S 3001/19/10003:011, BStBl. I 2021, S. 2391).

Die ersten technischen Analysen haben bereits Ende 2018 stattgefunden, mit der Softwareentwicklung bzw. -anpassung wurde 2019 begonnen. Die fertige Software wurde im Juli 2022 eingesetzt.

**177. Wie lange würde eine Anpassung dieser Software dauern, damit Bescheide nach dem Grundsteuermodell eines anderen Bundeslandes mit flächenbasiertem Ansatz generiert werden können?**

Ohne langwierige dezidierte Analyse kann diese Frage nicht beantwortet werden.

**178. In konkret welchen einzelnen Kommunen besteht die Gefahr, zum 1. Januar 2025 nicht über eine rechtssichere Grundlage für die Grundsteuererhebung zu verfügen?**

Derartige Fälle sind zurzeit nicht erkennbar. Der Minister der Finanzen verfolgt das Ziel, allen Kommunen die für die Grundsteuererhebung erforderlichen Daten rechtzeitig zur Verfügung zu stellen.

**179. Aufgrund der zahlreichen Unplausibilitäten, offenkundigen Ungerechtigkeiten und logischen Widersprüchlichkeiten im Scholz-Modell, das leider für Nordrhein-Westfalen bei dieser Hauptfeststellung zur Anwendung kommt, haben bereits etliche Steuerpflichtige ihre Klageabsicht gegen die neue Grundsteuer artikuliert. Sie werden dabei von zum Teil namhaften Verbänden wie dem Bund der Steuerzahler oder Haus und Grund unterstützt. In welchem Umfang ist die Landesregierung bereit, Steuerausfall bei den Kommunen zu kompensieren, wenn Gerichte das neue nordrhein-westfälische Besteuerungsverfahren bei der Grundsteuer als unzulässig verwerfen?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Landesregierung geht davon aus, dass das Bundesmodell in vollem Umfang den verfassungsrechtlichen Anforderungen genügt, sodass zu der Hypothese keine Aussage zu treffen ist.

#### **VIII. Sachlich unlogische Inkonsistenzen im wertbasierten Scholz-Modell und konkrete Anwendungsprobleme bei Grundsteuererklärungen**

**180. Wenn ein Gebäudekomplex auf einem Gelände steht, das sich aus mehreren Flurstücken mit jeweils stark in der Höhe voneinander abweichenden Bodenrichtwerten zusammensetzt: Welcher Wert ist dann in der „Anlage Grundstück“ in der Rubrik „Angaben zum Grund und Boden“ in der Zeile 4 f. einzutragen – irgendeiner der bei der Gesamtfläche vorkommenden Einzelwerte, das arithmetische Mittel aller Bodenrichtwerte oder noch irgendetwas anderes?**

Sofern die Mehrheit der Flurstücke durch verschiedene Bodenrichtwertzonen durchschnitten wird und dadurch unterschiedliche Bodenrichtwerte bei den Flurstücken oder Teilflurstücken maßgebend sind, sind die jeweiligen Flächenanteile mit dem jeweiligen Wert anzusetzen. Die Flächenanteile ergeben sich in Quadratmeter und in Prozent aus dem Geoportal ([www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de)). Sofern die Flurstücke innerhalb einer Bodenrichtwertzone liegen, in der mehrere unterschiedlich hohe Bodenrichtwerte ausgewiesen werden, ist der für das zu

bewertende Grundstück zutreffende Bodenrichtwert maßgebend. Welcher Bodenrichtwert zutreffend ist, ergibt sich aus der im Geoportal ([www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de)) ausgewiesenen Beschreibung.

- 181. Wenn ein Flurstück mit mehreren Gebäude(teilen) bebaut ist und davon ein Gebäude(teil) ausschließlich zu Wohnzwecken und ein Gebäude(teil) ausschließlich zu Nicht-Wohnzwecken genutzt wird, stellt sich die Frage, wie dies im Rahmen der Grundsteuererklärung anzugeben ist. Handelt es sich in diesem Fall im Rahmen der Grundsteuererklärung um ein gemischt genutztes Gebäude, welches nach dem Sachwertverfahren bewertet wird? Oder handelt es sich um zwei Gebäude, nämlich um ein nach dem Ertragswertverfahren zu bewertendes Wohngebäude und ein nach dem Sachwertverfahren zu bewertendes Nicht-Wohngebäude?**

Die Fragestellung geht davon aus, dass es sich um eine wirtschaftliche Einheit handelt. Jede wirtschaftliche Einheit wird nach einem einheitlichen Bewertungsverfahren bewertet. Die Maßgeblichkeit des Bewertungsverfahrens hängt von der Grundstücksart ab. Die Grundstücksarten sind von der Art der Nutzung abhängig und werden in § 249 des Bewertungsgesetzes im Einzelnen definiert. Dementsprechend kann es sich um ein gemischt genutztes Grundstück handeln, das im Sachwertverfahren zu bewerten ist, oder um ein Mietwohngrundstück, das im Ertragswertverfahren zu bewerten ist.

- 182. Spielt es für den Sachverhalt der vorherigen Frage eine Rolle, ob es sich um zwei baulich getrennte Gebäude (zum Beispiel ein Haupthaus und ein baulich getrenntes Hinterhaus) oder um baulich verbundene Gebäudeteile (zum Beispiel ein Haupthaus und einen baulich verbundenen Anbau) handelt? Wie genau unterscheiden sich bei diesen Fallkonstellationen die Rechtsfolgen bei der Grundsteuer?**

Es ist für die vorherige Frage nicht entscheidend, ob es sich bei dem Gebäude um ein Einzelbauwerk oder um mehrere Gebäudeteile handelt. Deshalb ergeben sich in diesen Fallkonstellationen auch keine unterschiedlichen Rechtsfolgen bei der Grundsteuer.

- 183. Sofern die vorherige Frage bejaht wird: Wann gelten zwei Gebäude im Sinne des Grundsteuergesetzes als baulich verbunden? Ist dies nur dann der Fall, wenn die beiden Gebäude(teile) direkt aneinander angrenzen? Wie ist dieser Sachverhalt im Sinne des Grundsteuergesetzes zu bewerten, wenn sich zwischen zwei Gebäuden ein Hof-, Garten- oder Parkplatzfläche befindet und ein Teil dieser Fläche überdacht ist, wobei das Dach mit den beiden Gebäuden baulich verbunden ist?**

Die Frage wurde verneint, daher entfällt die Antwort.

**184. Eine häufige Fehlerquelle bei der Grundsteuererklärung ist die Angabe in der „Anlage Grundstück“ in der Rubrik „Angaben zum Grund und Boden“ in der Zeile 4 bei Vorliegen von Teileigentum an einer größeren Eigentümergemeinschaft. Wenn bei der gefragten „Fläche des Grundstücks in m<sup>2</sup>“, verständlicherweise die gesamte Grundstücksfläche mitgeteilt wird (und nicht nur der Wert des prozentualen Teileigentums daran): Erkennt und korrigiert das Risikomanagementsystem der Finanzverwaltung diesen folgenreichen Fehler automatisch?**

In der Zeile 4 der Anlage Grundstück ist die Fläche des zu der wirtschaftlichen Einheit (hier: Teileigentum) gehörenden Grund und Bodens einzutragen. Dabei handelt es sich um keinen Fehler, der beseitigt werden müsste. Wenn die Fläche des zu der wirtschaftlichen Einheit gehörenden Grund und Bodens von der Flurstücksfläche abweicht und diese z. B. nur anteilig zu berücksichtigen ist, erfolgt die Aufteilung der Fläche des Flurstücks im Hauptvordruck „Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts“ über die Angaben zu dem betreffenden Flurstück. Ein entsprechendes Beispiel findet sich in der Ausfüllanleitung in ELSTER. Vertiefte Hinweise finden sich – inklusive Erklärvideos - auf der Internetseite [www.grundsteuer.nrw.de](http://www.grundsteuer.nrw.de).

**185. Für die Ermittlung von Flächenangaben für Zwecke der Grundsteuerfeststellung ist die Verordnung zur Berechnung der Wohnfläche (WoFIV) heranzuziehen. Diese besagt in § 4, Ziffer 4: „Die Grundflächen von Balkonen, Loggien, Dachgärten und Terrassen sind in der Regel zu einem Viertel, höchstens jedoch zur Hälfte anzurechnen.“ Wird seitens der Finanzverwaltung die Berücksichtigung von einem Viertel der Grundfläche dafür regelmäßig akzeptiert, oder welche konkreten einzelnen Tatbestände müssen gegeben sein, um einen gestaffelt höheren Wert von bis zu 50% anzusetzen zu müssen?**

Der hälftige Ansatz der in der Fragestellung genannten Räume ist bei der Grundsteuerwertermittlung nicht vorgesehen.

**186. Inwieweit werden bei der Grundsteuererhebung nachvollziehbare und deutliche Hinweise dazu gegeben, dass bei Gebäuden mit dem Baujahr vor dem 1. Januar 2004 eigentlich die II. Berechnungsverordnung zur Ermittlung der Wohnfläche einschlägig ist? Werden in diesem Kontext auch allgemeinverständliche Hinweise dazu gegeben, welche Unterschiede in der Wohnflächenberechnung unterschiedliche Gesetzeswerke jeweils ausmachen können?**

Die in der Fragestellung enthaltene Hypothese, dass bei Gebäuden mit einem Baujahr vor dem Jahr 2004 eigentlich die II. Berechnungsverordnung maßgebend ist, ist unzutreffend, weil regelmäßig die Wohnflächenverordnung maßgebend ist (vergleiche A 249.1 Abs. 5 AEEBewGrSt). Die Frage ist daher nicht zu beantworten.

**187. Wie viele Gebäude mit dem Baujahr vor dem 1. Januar 2004, differenziert nach den drei Gebäudearten Wohngebäude, gemischt genutzte Gebäude und gewerblich genutzten Gebäude werden mit der Grundsteuererhebung erfasst? Wie viele von diesen Gebäuden, differenziert nach den drei Gebäudearten, haben jeweils einen Balkon oder eine Terrasse?**

Entsprechende Auswertungen liegen nicht vor.

- 188. In den koordinierten Erlassen der obersten Finanzbehörden der Länder vom 9. November 2021 zur Anwendung des Siebten Abschnitts des Zweiten Teils des Bewertungsgesetzes zur Bewertung des Grundbesitzes für die Grundsteuer ab 1. Januar 2022 (AEBewGrSt) heißt es in A 253.1 (zu § 253 BewG): „Von einer wesentlichen Verlängerung der wirtschaftlichen Gesamtnutzungsdauer ist nur bei einer Kernsanierung auszugehen. Eine Kernsanierung liegt vor, wenn nicht nur der Ausbau (u. a. Heizung, Fenster und Sanitäreinrichtungen) umfassend modernisiert, sondern auch der Rohbau jedenfalls teilweise erneuert worden ist. Bauliche Maßnahmen an nicht tragenden Bauteilen (z. B. Neugestaltung der Fassade) verlängern die Gesamtnutzungsdauer allein nicht wesentlich. Durch eine Kernsanierung wird das Gebäude in einen Zustand versetzt, der nahezu einem neuen Gebäude entspricht. Dazu wird das Gebäude zunächst bis auf die tragende Substanz zurückgebaut. Decken, Außenwände, tragende Innenwände und ggf. der Dachstuhl bleiben dabei in der Regel erhalten; ggf. sind diese zu ertüchtigen und/oder instand zu setzen. Voraussetzungen für das Vorliegen einer Kernsanierung sind insbesondere die komplette Erneuerung der Dacheindeckung, der Fassade, der Innen- und Außenwände mit Ausnahme der tragenden Wände, der Fußböden, der Fenster, der Innen- und Außentüren sowie sämtlicher technischen Systeme wie z. B. der Heizung einschließlich aller Leitungen, des Abwassersystems einschließlich der Grundleitungen, der elektrischen Leitungen und der Wasserversorgungsleitungen, sofern diese technisch einwandfrei und als neubauähnlich und neuwertig zu betrachten sind. Im Einzelfall müssen nicht zwingend alle der vorgenannten Kriterien gleichzeitig erfüllt sein.“ Wenn im Einzelfall nicht alle der vorgenannten Kriterien gleichzeitig erfüllt sein müssen, welche einzelnen Voraussetzungen müssen kumulativ vorliegen, damit ein Steuerpflichtiger eine Kernsanierung als solche zu identifizieren und zu deklarieren hat? (bitte detaillierte und vollständige Sachverhaltserläuterung)**

Die in der Fragestellung zitierten Voraussetzungen beschreiben in allgemeiner Weise, wann eine Kernsanierung vorliegt. Eine kleinteilige und abschließende Beschreibung einzelner Maßnahmen könnte die allgemeine Umschreibung nicht ersetzen. Deshalb hat die Finanzverwaltung von einer kleinteiligen Darstellung abgesehen. Deshalb ist eine Beantwortung der Frage in der erbetenen Kleinteiligkeit nicht möglich.

- 189. Bei wie vielen der bis dato eingegangenen Grundsteuererklärungen haben Steuerpflichtige angegeben, dass eine Kernsanierung durchgeführt wurde? (Angaben bitte jeweils in absoluten Zahlen und in Prozent aller Erklärungen)**

In 261.114 Erklärungen wurden Angaben zur Kernsanierung gemacht (Datenstand 23. März 2023). Dies entspricht rund 7 % der bis dahin mit Bescheid erledigten Erklärungen.

**190. In der Antwort der Landesregierung (Drucksache 18/828) auf die Kleine Anfrage 294 der Abgeordneten Angela Freimuth und Ralf Witzel (FDP) (Drucksache 18/444) teilte die Landesregierung mit, dass die Fälle der Kernsanierung, die zu einer Verlängerung der Restnutzungsdauer führen, in der Praxis selten vorliegen. In der Praxis wird der Begriff der Kernsanierung allerdings oft weniger restriktiv verstanden, als dies in von Anwendungserlass AEBewGrSt A 253.1 (zu § 253 BewG) festgelegt ist. Wie genau überprüft die Finanzverwaltung die Angaben von Steuerpflichtigen, ob tatsächlich eine Kernsanierung stattgefunden hat? (detaillierte Erläuterungen erbeten)**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die Erläuterungen zur Feststellungserklärungen sind hinsichtlich der Unterscheidung zwischen einer bloßen Modernisierung und einer Kernsanierung eindeutig. Insoweit gilt der abgabenrechtliche Grundsatz, dass die Finanzverwaltung den Angaben in der Erklärung zu vertrauen hat.

**191. Wenn Steuerpflichtige im Rahmen ihrer Grundsteuererklärung angegeben haben, dass eine Kernsanierung stattgefunden hat: Wie genau werden diese Steuerpflichtigen gesondert auf die restriktiven Bedingungen von Anwendungserlass AEBewGrSt A 253.1 (zu § 253 BewG) hingewiesen sowie auf die Einschätzung der Landesregierung, dass Kernsanierungen, die zu einer Verlängerung der Restnutzungsdauer führen, in der Praxis selten vorliegen, aufmerksam gemacht?**

Hinweise zu einer etwaigen Kernsanierung ergeben sich auch aus der Ausfüllungsanleitung zu der Anlage Grundstück der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts.

**192. Wie überprüft die Finanzverwaltung bei Grundstücken, für welche Steuerpflichtige im Rahmen der Grundsteuererklärung angegeben haben, dass keine Kernsanierung stattgefunden hat, ob diese Angaben korrekt sind? Gibt es einen Datenaustausch zwischen dem für die Grundsteuererklärung zuständigen Finanzamt und dem Bauamt, welches in seinen Bauakten über konkrete Informationen zu baugenehmigungspflichtigen Sanierungsmaßnahmen verfügt? Wenn nein: Warum möchte die Landesregierung diesen Informationsweg nicht nutzen? (detaillierte Erläuterungen erbeten)**

Zunächst wird auf die Antwort zu Frage 190 verwiesen.

Die Bauämter teilten den Finanzämtern bereits in der Vergangenheit regelmäßig bauliche Veränderungen mit, die bei der Ermittlung der Grundsteuer von Bedeutung sind.

**193. Sofern diese Angaben nicht systematisch oder zumindest stichprobenartig überprüft werden, wie bewertet der Finanzminister diesen Umstand im Hinblick auf den Anspruch des von ihm unterstützten Scholz-Modells, ein realistisches Abbild der tatsächlichen Immobilienwerte zu liefern?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 – 1 BvL 11/14, 1 BvL 12/14, 1 BvL 1/15, 1 BvR 639/11, 1 BvR 889/12 – hat der Gesetzgeber bei der Wahl der Bemessungsgrundlage und bei der Ausgestaltung der Bewertungsregeln einer Steuer einen großen Spielraum. Die Bewertungsverfahren müssen strukturell geeignet sein, das dem Bewertungsmaßstab innerhalb des zulässigen Wertekorridors nahekommende Bewertungsziel eines objektiviert-realen Grundsteuerwerts als Bemessungsgrundlage für eine relations- und realitätsgerechte Besteuerung zu erfassen. Dieses Ziel wird erreicht, indem nach der verfassungsrechtlichen Vorgabe die Relation der Wirtschaftsgüter zueinander realitätsgerecht abgebildet wird.

Die Fragestellung geht somit von der unzutreffenden Hypothese aus, dass das Bundesmodell ein realistisches Abbild der tatsächlichen Immobilienwerte liefern will. Deshalb ist die Frage nicht zu beantworten.

**194. Gemäß Anwendungserlass AEBewGrSt A 253.1 (zu § 253 BewG) ergibt sich für alle vor 1964 erbauten Wohngebäude, welche nicht im Sinne des Grundsteuer-Reformgesetz kernsaniiert wurden, unabhängig vom tatsächlichen Zustand eine identische Restnutzungsdauer von 24 Jahren. In der Antwort der Landesregierung (Drucksache 18/828) auf die Kleine Anfrage 294 der Abgeordneten Angela Freimuth und Ralf Witzel (FDP) (Drucksache 18/444) teilt die Landesregierung mit, dass die Fälle der Kernsanierung, die zu einer Verlängerung der Restnutzungsdauer führen, in der Praxis selten vorliegen. Tatsächlich ist es aber ganz offensichtlich so, dass es vor 1964 erbaute Immobilien gibt, welche aufgrund verschiedener Einzelsanierungsmaßnahmen in einem sehr guten Zustand sind, als auch unsanierte und stark abgenutzte Immobilien, welche sich in einem sehr schlechten Zustand befinden. Ein objektiver Immobiliensachverständiger würde solche Einzelsanierungsmaßnahmen (zum Beispiel die Erneuerung von Wasserleitungen, die Erneuerung der Elektrik, Einbau einer Fußbodenheizung, Einbau einer Wärmepumpe, Fassadendämmung) bei der Bemessung der Restnutzungsdauer berücksichtigen. Aus welchen genauen Gründen hält es der Finanzminister für sachgemäß, bei fast allen vor 1964 erbauten Gebäuden eine identische Restnutzungsdauer zu unterstellen?**

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 – 1 BvL 11/14, 1 BvL 12/14, 1 BvL 1/15, 1 BvR 639/11, 1 BvR 889/12 – hat der Gesetzgeber bei der Wahl der Bemessungsgrundlage und bei der Ausgestaltung der Bewertungsregeln einer Steuer einen großen Spielraum. Die Bewertungsverfahren müssen strukturell geeignet sein, das dem Bewertungsmaßstab innerhalb des zulässigen Wertekorridors nahekommende Bewertungsziel eines objektiviert-realen Grundsteuerwerts als Bemessungsgrundlage für eine relations- und realitätsgerechte Besteuerung zu erfassen. Dieses Ziel wird erreicht, indem nach der verfassungsrechtlichen Vorgabe die Relation der Wirtschaftsgüter zueinander realitätsgerecht abgebildet wird.

Die in der Fragestellung enthaltene Annahme, dass es sowohl in einem sehr guten Zustand als auch in einem sehr schlechten Zustand befindliche Gebäude gebe, kann zutreffend sein. Dennoch geht die Fragestellung von der unzutreffenden Hypothese aus, dass Einzelsanierungsmaßnahmen wie beispielsweise ein Maleranstrich, neue Tapeten oder neue Bodenbeläge einen Einfluss auf die technische Restnutzungsdauer eines Gebäudes haben. Daher ist die Frage nicht zu beantworten.

**195. Aus genau welchen sachlichen Gründen vertritt der Finanzminister die Auffassung, dass Einzelsanierungsmaßnahmen gar keinen Einfluss auf die Restnutzungsdauer eines Gebäudes haben?**

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 – 1 BvL 11/14, 1 BvL 12/14, 1 BvL 1/15, 1 BvR 639/11, 1 BvR 889/12 – hat der Gesetzgeber bei der Wahl der Bemessungsgrundlage und bei der Ausgestaltung der Bewertungsregeln einer Steuer einen großen Spielraum. Die Bewertungsverfahren müssen strukturell geeignet sein, das dem Bewertungsmaßstab innerhalb des zulässigen Wertekorridors nahekommende Bewertungsziel eines objektiviert-realen Grundsteuerwerts als Bemessungsgrundlage für eine relations- und realitätsgerechte Besteuerung zu erfassen. Dieses Ziel wird erreicht, indem nach der verfassungsrechtlichen Vorgabe die Relation der Wirtschaftsgüter zueinander realitätsgerecht abgebildet wird.

In der Praxis kann davon ausgegangen werden, dass die zu Wohnzwecken genutzten Räume grundsätzlich laufend modernisiert werden. Deshalb ist einzelnen Sanierungsmaßnahmen kein Einfluss auf die Grundsteuerwerte beizumessen.

**196. Bundes- und Landesregierung betonen, dass dem Gebäudesektor bei der Erreichung der Klimaziele eine besondere Bedeutung zukommt. Deshalb sollen Immobilieneigentümer durch unterschiedliche Maßnahmen zur Durchführung von energetischen Sanierungsmaßnahmen motiviert werden. Bundes- und Landesregierung werben dabei ausdrücklich damit, dass umfassende energetische Sanierungsmaßnahmen wie eine Wärmedämmung oder der Einbau einer Wärmepumpe die Heizkosten senken und den Wert der Immobilie steigern. Der Wert von energetisch umfassend sanierten Gebäuden und nicht energetischen sanierten Gebäuden wird sich somit zukünftig immer stärker unterscheiden. Diese Entwicklung findet aber bei der Grundsteuerbemessung nach dem Scholz-Modell keine Berücksichtigung, obwohl es diesem doch angeblich um eine möglichst genaue Wertermittlung geht. Wie will der Finanzminister verhindern, dass sich die vom Bundesverfassungsgericht bezogen auf die alte Rechtslage als verfassungswidrig eingestufte zwingende und zunehmende Ungleichbehandlung durch Wertverzerrungen wiederholt?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Die in der Fragestellung enthaltene Annahme, dass es bei dem Bundesmodell „angeblich um eine möglichst genaue Wertermittlung“ gehe, entspricht nicht der Zielsetzung des Gesetzes und widerspricht der ausdrücklichen Gesetzesbegründung. Die Frage ist daher nicht zu beantworten, weil sie vor einer unzutreffenden Grundannahme ausgeht.

**197. Sanierungsmaßnahmen haben im Rahmen der Grundsteuer nur Einfluss auf die Restnutzungsdauer, wenn diese als Kernsanierung im Sinne der Bedingungen von Anwendungserlass AEBewGrSt A 253.1 (zu § 253 BewG) erfolgen. In der Antwort der Landesregierung (Drucksache 18/828) auf die Kleine Anfrage 294 der Abgeordneten Angela Freimuth und Ralf Witzel (FDP) (Drucksache 18/444) teilt die Landesregierung bekanntlich mit, dass die Fälle der Kernsanierung, die zu einer Verlängerung der Restnutzungsdauer führen, in der Praxis selten vorliegen. Daraus folgt, dass tatsächlich wertsteigernde Sanierungsmaßnahmen in der Regel bei der Bemessung der Grundsteuerlast keine Berücksichtigung finden. Da die Grundsteuerreform angeblich aufkommensneutral erfolgen soll, bedeutet eine zu geringe Bemessung bei einem Immobilientyp automatisch eine nicht sachgemäße Mehrbelastung der Nutzer aller anderen Immobilientypen. Die Grundsteuerlast von Eigentümern und Mietern gut sanierter Immobilien fällt bei einer Nicht-Berücksichtigung von tatsächlich wertsteigernden Einzelsanierungsmaßnahmen daher im Scholz-Modell niedriger aus als bei Berücksichtigung des tatsächlichen Marktwerts, während die Grundsteuerlast von Eigentümern und Mietern unsanierter Immobilien höher ausfällt als bei Berücksichtigung des tatsächlichen Marktwerts. Da Personen mit niedrigerem Einkommen deutlich häufiger in unsanierten Immobilien wohnen, ergeben sich aus der unzureichenden Erfassung von Einzelsanierungsmaßnahmen auf die Restnutzungsdauer und damit auf den Wert der Immobilie negative Verteilungswirkungen. Wie bewertet der Finanzminister konkret, dass die sachlich unzureichende Erfassung von Einzelsanierungsmaßnahmen auf die Restnutzungsdauer und damit auf den Wert der Immobilie insbesondere einkommensschwache Eigentümer und Mieter zusätzlich belastet?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom 10. April 2018 – 1 BvL 11/14, 1 BvL 12/14, 1 BvL 1/15, 1 BvR 639/11, 1 BvR 889/12 – hat der Gesetzgeber bei der Wahl der Bemessungsgrundlage und bei der Ausgestaltung der Bewertungsregeln einer Steuer einen großen Spielraum. Die Bewertungsverfahren müssen strukturell geeignet sein, das dem Bewertungsmaßstab innerhalb des zulässigen Wertekorridors nahekommende Bewertungsziel eines objektiviert-realen Grundsteuerwerts als Bemessungsgrundlage für eine relations- und realitätsgerechte Besteuerung zu erfassen.

Dieses Ziel wird nicht erreicht, indem alle denkbaren wertbeeinflussenden Merkmale eines Grundstücks erfasst werden. Nach der verfassungsrechtlichen Vorgabe reicht es aus, wenn die Relation der Wirtschaftsgüter zueinander realitätsgerecht abgebildet wird.

In der Praxis werden die zu Wohnzwecken genutzten Räume grundsätzlich laufend modernisiert, sodass allenfalls bei kernsanierten Gebäuden Wertunterschiede zu erwarten sind, die nach der Entscheidung des Gesetzgebers innerhalb der Bemessungsgrundlage für die Grundsteuerwerte abgebildet werden sollen.

Im Übrigen geht die Fragestellung von der unzutreffenden Hypothese aus, dass Einzelsanierungsmaßnahmen wie beispielsweise ein Maleranstrich, neue Tapeten oder neue Bodenbeläge Einfluss auf die technische Restnutzungsdauer eines Gebäudes haben. Zudem liegt auch keine sachlich unzureichende Erfassung von Einzelsanierungsmaßnahmen vor. Dementsprechend kann insoweit faktisch keine Bewertung erfolgen.

- 198. Welche Jahresangabe ist für das Gebäudealter bei einem neuerrichteten Gebäude für Sachverhalte der Grundsteuer einschlägig: Der Zeitpunkt der allerersten Teilabnahme durch den ersten Teileigentümer, die vollständig erfolgte Abnahme aller Erwerber nach Endfertigstellung aller Gewerke, die Bauabnahme durch die kommunale Bauaufsicht oder irgendein anderer Wert?**

Innerhalb der Erklärung zur Feststellung des Grundsteuerwerts ist das Baujahr anzugeben. Maßgebend hierbei ist der Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit. Dies ist der Zeitpunkt, in dem den künftigen Bewohnern oder Benutzern zugemutet werden kann, das Bauwerk zu benutzen. Der Zeitpunkt einer etwaigen Bauabnahme ist nicht maßgebend. Ausstehende Restarbeiten hindern den Zeitpunkt der Bezugsfertigkeit nicht.

Die Angabe eines anderen „Wertes“ ist nicht erforderlich. Es ist lediglich das Jahr anzugeben, in dem das Gebäude bezugsfertig wurde.

- 199. Der Nutzungsanspruch auf einen sicheren eigenen Abstellplatz für einen Pkw ist an sich ein werterhöhender Faktor, der mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit auch explizit Eingang in die Mietberechnung findet. Der Finanzminister stellt aber für Zwecke des Grundsteuerrechts in seinem Scholz-Modell ausschließlich auf umbaute Garagenplätze ab. Wie sieht im einzelnen seine inhaltliche Rechtfertigung dafür aus, dass in einem angeblich wertbasierten Modell ein durch eine exklusive Zaunabsperrung geschützter videoüberwachter und großflächiger Parkplatz vor dem Gebäude keinerlei Eingang in die Berechnung erfährt, ein in einer Massengarage liegender, viel kleinerer und mietgünstigerer Parkplatz aber schon?**

Bei der Beantwortung der Frage wird davon ausgegangen, dass mit dem in der Frage angesprochenen Modell das durch den Bundesgesetzgeber mit Gesetz zur Reform des Grundsteuer- und Bewertungsrechts (Grundsteuer-Reformgesetz) vom 26. November 2019, BGBl. I S. 1794, verabschiedete Modell (Bundesmodell) gemeint ist.

Der Gesetzgeber hat die Unterscheidung getroffen, weil sich die Immobilienwerte zwischen einem Stellplatz in einer Garage und einem bloßen Stellplatz im Freien der Höhe nach unterscheiden. Die in der Fragestellung enthaltene Unterstellung, dass ein Stellplatz innerhalb einer (Massen-)Garage mietgünstiger sei als ein Stellplatz auf einem großflächigen Parkplatz, ist möglicherweise in Einzelfällen denkbar, entspricht aber nicht dem Regelfall.

- 200. In der vorherigen Frage ist eines von vielen Beispielen für inkonsistente Bewertungen von materiell vergleichbaren Sachverhalten zur Sprache gekommen, die am Ende zu einer jeweils unterschiedlichen Steuerbelastung führen, für die objektiv keine sachliche Rechtfertigung erkennbar ist. Approximativ wie viele der in Nordrhein-Westfalen rund sechseinhalb Millionen Feststellungserklärungen für die Grundsteuer sind von derartigen Inkonsistenzen oder sachlich unlogischen Prämissen bzw. Parametern in einem doch vermeintlich wertbasierten Modell betroffen?**

Die Fragestellung geht von der unzutreffenden Annahme aus, dass inkonsistente Bewertungen von materiell vergleichbaren Sachverhalten vorliegen, obwohl die die dargestellten Sachverhalte nicht vergleichbar sind oder die dargestellten angeblichen Besonderheiten keine oder allenfalls eine marginale Auswirkung auf den Wert einer Immobilie haben. Die Frage ist daher nicht zu beantworten.

## Anlage 1 zu Frage 137

### Verbraucherpreisindex für Nordrhein-Westfalen

(ehem. "Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte in NRW")

Jahr	Preisindex gesamt (Inflationsrate)	Teilindizes				Index Haushaltse nergien (inkl. Strom)
		Mieten-/Wohnkostenindizes			Index Bruttokaltmie te	
		Index Nettokaltmiete	Index (kalte) Wohnnebenkosten	Index Bruttokaltmie te		
2010	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	
2011	102,2	101,7	102,4	101,8	109,8	
2012	104,1	103,1	103,3	103,1	116,3	
2013	105,8	104,7	104,7	104,7	120,9	
2014	107,0	106,6	105,8	106,6	119,9	
2015	107,6	107,6	107,5	107,8	113,5	
2016	108,2	108,7	109,0	108,8	108,5	
2017	109,8	110,2	110,0	110,2	109,8	
2018	111,6	111,6	111,1	111,6	113,5	
2019	113,3	113,0	112,5	113,0	117,0	
2020	113,9	114,4	113,7	114,4	114,8	
2021	117,5	116,1	117,3	116,5	119,5	
2022	127,1	117,8	119,5	118,2	172,9	

### jährliche Veränderungen

2010					
2011	2,2%	1,7%	2,4%	1,8%	9,8%
2012	1,9%	1,4%	0,9%	1,3%	6,0%
2013	1,7%	1,6%	1,4%	1,6%	3,9%
2014	1,1%	1,7%	1,0%	1,7%	-0,8%
2015	0,6%	1,0%	1,6%	1,1%	-5,3%
2016	0,5%	1,0%	1,4%	1,0%	-4,4%
2017	1,5%	1,4%	0,9%	1,3%	1,2%
2018	1,7%	1,3%	1,0%	1,3%	3,4%
2019	1,5%	1,3%	1,3%	1,3%	3,1%
2020	0,5%	1,2%	1,1%	1,2%	-1,9%
2021	3,2%	1,5%	3,2%	1,8%	4,2%
2022	8,2%	1,4%	1,8%	1,5%	44,6%
2012-2022	22,1%	14,2%	15,6%	14,6%	48,6%

Quelle: IT.NRW (bearb. MHKBD)

ursprünglich Basisjahr 2015:100, umgerechnet auf Basis 2010

Anlage 2 zu Frage 148

VF	AGS	Name der Kommune	Summe der Einzahlungen aus Grundsteuer A und Grundsteuer B										
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
2	05334002	Aachen, krfr. Stadt	42.324.240	43.329.820	42.916.160	46.240.408	46.239.687	47.785.448	48.007.147	49.225.113	49.173.641	49.420.274	50.277.434
2	05554004	Ahaus, Stadt	6.047.733	5.954.640	6.110.145	6.384.031	6.557.126	6.501.964	6.723.881	6.987.748	7.066.786	7.139.628	7.788.027
2	05570004	Ahlen, Stadt	7.657.121	7.658.015	7.807.386	10.017.822	10.120.969	10.010.475	10.041.192	10.144.189	10.103.869	9.928.933	10.117.030
2	05358004	Aldenhoven	2.058.147	2.265.985	2.293.720	2.765.295	3.690.394	3.815.836	3.976.936	3.646.807	3.744.315	3.859.898	3.798.226
2	05382004	Alfter	3.237.611	3.262.923	3.564.992	3.744.778	4.126.304	4.464.320	4.859.350	5.138.228	5.449.191	6.006.046	6.069.063
2	05170004	Alpen	1.839.535	1.833.873	1.842.249	1.880.923	2.005.351	2.046.989	2.079.655	1.588.326	2.193.640	2.197.250	2.190.239
2	05334004	Alsdorf, Stadt	5.138.217	7.158.863	7.319.047	7.480.138	8.981.188	9.112.908	9.266.379	9.343.614	9.425.409	9.632.006	9.807.095
2	05962004	Altena, Stadt	2.237.459	2.828.535	2.859.388	4.227.723	5.056.647	5.025.050	5.161.244	5.174.853	5.137.476	5.468.218	5.720.650
2	05774004	Altenbeken	1.034.391	1.024.051	1.061.745	1.052.531	1.057.182	1.051.879	1.176.328	1.330.377	1.227.871	1.226.363	1.326.784
2	05566004	Altenberge	1.540.177	1.544.544	1.574.508	1.609.437	1.648.473	1.690.378	1.652.400	1.726.338	1.744.938	1.766.781	1.784.203
2	05974004	Anröchte	1.410.206	1.426.804	1.445.623	1.533.781	1.822.674	1.860.512	1.909.905	1.928.104	1.932.930	1.976.869	2.002.828
2	05958004	Arnsberg, Stadt	11.208.749	12.749.854	12.813.494	13.003.553	13.117.770	13.099.866	13.343.752	13.412.975	13.501.726	13.527.221	13.615.472
2	05558004	Ascheberg	1.975.143	1.995.149	1.993.570	2.449.187	2.500.863	2.340.791	2.156.337	2.165.287	2.241.270	2.297.286	2.548.445
2	05966004	Attendorf, Stadt	2.756.093	3.002.982	3.000.146	2.998.476	3.383.920	3.085.340	3.083.108	3.176.491	3.188.714	3.187.638	3.171.202
2	05766004	Augustdorf	1.214.446	1.261.881	1.274.659	1.294.313	1.340.889	1.367.582	1.364.144	1.579.525	1.588.415	1.627.930	1.633.355
2	05970004	Bad Berleburg, Stadt	2.763.562	2.767.039	2.933.281	2.979.826	3.125.026	3.269.380	3.215.889	3.178.576	3.184.403	3.208.096	3.238.799
2	05762004	Bad Driburg, Stadt	2.700.095	2.692.898	2.760.107	2.942.575	2.982.943	3.031.685	3.148.882	3.109.366	3.103.906	3.165.872	3.377.021
2	05382008	Bad Honnef, Stadt	4.122.958	4.628.319	4.622.113	5.192.953	5.276.956	7.510.745	7.607.513	7.650.295	7.535.820	9.328.667	7.747.458
2	05970028	Bad Laasphe, Stadt	2.007.967	2.175.169	2.779.345	2.347.620	2.402.842	2.451.268	2.399.280	3.144.371	2.967.767	3.167.432	3.133.694
2	05774008	Bad Lippspringe, Stadt	1.864.407	1.863.902	1.876.749	1.897.576	1.910.934	2.167.171	2.179.346	2.183.802	2.266.582	2.298.550	2.290.782
2	05366004	Bad Münstereifel, Stadt	2.879.000	3.407.889	3.432.034	3.485.141	3.980.761	4.344.818	4.292.040	4.611.208	4.668.430	4.899.931	4.882.160
2	05770004	Bad Oeynhhausen, Stadt	8.020.769	8.144.924	8.314.635	9.113.087	9.856.627	9.891.122	9.986.708	10.085.260	9.775.013	10.019.263	10.302.363
2	05766008	Bad Salzuflen, Stadt	9.444.311	10.801.212	10.843.861	13.635.579	13.449.857	13.497.969	14.110.366	14.152.170	14.178.944	14.289.894	14.633.300
2	05974008	Bad Sassendorf	1.562.973	1.590.723	1.643.745	1.714.996	2.034.732	2.062.571	2.075.515	2.088.941	2.118.955	2.248.779	2.163.299
2	05774040	Bad Wünnenberg, Stadt	1.640.213	1.780.495	1.802.017	2.099.972	2.008.079	2.057.594	2.048.582	2.060.419	2.063.198	2.143.363	2.227.264
2	05334008	Baesweiler, Stadt	3.106.448	3.199.699	3.236.310	3.466.042	3.511.294	3.589.388	3.613.125	4.020.232	4.056.775	4.162.232	4.201.936
2	05962008	Balve, Stadt	1.831.548	2.367.017	2.373.482	2.425.777	2.430.798	2.484.503	2.473.333	2.457.396	2.495.940	2.508.246	2.510.265
2	05766012	Bamtrup, Stadt	1.276.149	1.329.580	1.370.632	1.503.827	1.514.017	1.659.131	1.656.014	1.736.291	1.741.205	1.754.915	1.745.999
2	05570008	Beckum, Stadt	5.806.653	5.645.302	5.718.088	5.808.649	5.876.923	5.932.384	6.015.226	5.973.990	6.098.030	6.194.280	6.159.098
2	05362004	Bedburg, Stadt	4.061.416	4.179.173	4.833.954	4.828.003	5.368.907	5.350.417	5.798.361	6.668.079	6.285.529	6.619.860	6.745.806
2	05154004	Bedburg-Hau	1.418.977	1.434.482	1.442.378	1.512.296	1.559.976	1.585.176	1.590.317	1.660.285	1.670.422	1.736.659	1.870.504
2	05570012	Beelen	913.097	927.742	949.820	950.982	980.891	969.587	971.054	1.037.335	1.049.681	1.052.987	1.116.283
2	05362008	Bergheim, Stadt	9.367.348	10.046.160	9.785.284	10.506.071	12.557.578	12.998.495	13.916.299	13.530.762	13.843.143	13.575.278	13.812.835
2	05378004	Bergisch Gladbach, Stadt	20.068.260	20.299.520	20.887.616	20.927.985	26.975.110	23.636.362	24.750.626	25.080.212	25.314.333	26.630.094	32.123.233
2	05978004	Bergkamen, Stadt	5.769.506	6.087.296	6.594.468	8.972.527	9.217.078	9.399.402	9.377.841	9.551.507	9.732.704	9.533.645	9.634.740
2	05374004	Bergneustadt, Stadt	2.764.110	3.520.846	4.322.745	5.042.971	5.589.353	5.640.673	5.661.124	5.704.409	5.679.108	5.727.493	5.365.891
2	05958008	Bestwig	1.338.175	1.343.187	1.367.730	1.398.008	1.440.525	1.446.714	1.454.612	1.509.054	1.547.447	1.527.119	1.547.280
2	05762008	Beverungen, Stadt	1.894.975	1.917.806	1.912.857	1.939.749	2.002.553	2.012.682	2.024.764	2.017.168	2.019.077	2.150.892	2.271.580
1	05711000	Bielefeld, krfr. Stadt	56.229.702	60.096.414	61.992.270	67.144.019	71.626.152	77.514.679	79.158.478	78.505.258	80.051.236	80.597.627	80.562.858
2	05558008	Billerbeck, Stadt	1.803.436	1.808.569	1.819.776	1.916.768	1.972.136	2.004.154	2.010.664	2.071.458	2.087.235	2.117.100	2.113.655
2	05366008	Blankenheim	1.039.650	1.222.361	1.234.338	1.244.238	1.254.954	1.285.509	1.567.180	1.741.486	1.911.482	1.916.374	1.944.458
2	05766016	Blomberg, Stadt	2.530.154	2.561.846	2.577.333	3.288.065	3.241.606	4.068.132	4.099.240	4.102.303	4.121.600	4.143.139	4.188.837
2	05554008	Bocholt, Stadt	10.861.494	11.082.938	11.087.057	11.157.534	16.648.284	16.897.151	16.992.120	17.321.435	17.165.627	17.546.205	17.535.574
1	05911000	Bochum, krfr. Stadt	73.632.226	73.637.342	80.594.668	86.212.444	90.170.762	84.748.847	85.455.677	86.195.234	86.906.019	86.953.851	88.682.287
2	05978008	Bönen	2.824.897	3.860.022	4.061.369	5.479.424	5.380.402	6.308.879	6.542.002	7.116.420	6.891.626	6.474.694	7.047.728
1	05314000	Bonn, krfr. Stadt	70.083.479	71.000.318	71.657.477	92.563.652	93.785.491	94.018.884	94.738.172	94.820.352	96.845.438	99.943.568	99.400.577
2	05774012	Borchen	1.202.059	1.452.430	1.480.730	1.602.148	1.653.973	1.698.943	1.737.441	1.896.417	1.918.918	1.982.240	2.010.474
2	05762012	Borgentreich, Stadt	1.164.510	1.196.753	1.193.109	1.232.508	1.265.001	1.259.155	1.295.587	1.315.084	1.311.964	1.345.457	1.381.494
2	05754004	Borgholzhausen, Stadt	1.142.676	1.261.743	1.314.414	1.322.604	1.383.051	1.429.282	1.427.336	1.513.668	1.570.626	1.592.536	1.735.894
2	05554012	Borken, Stadt	6.239.386	6.392.310	6.424.085	6.536.112	6.705.461	6.798.103	6.888.523	7.249.086	7.341.515	7.630.410	8.176.931
2	05382012	Bornheim, Stadt	6.570.565	7.225.130	7.338.476	8.043.643	8.026.229	9.701.323	10.698.143	11.607.846	11.972.644	12.007.275	11.967.808
1	05512000	Botrop, krfr. Stadt	18.470.004	18.737.785	18.851.191	19.117.146	19.492.116	19.426.092	22.662.387	22.683.380	22.881.682	22.865.368	22.929.879
2	05762016	Brakel, Stadt	2.134.855	2.123.059	2.145.792	2.222.329	2.260.309	2.317.253	2.352.041	2.416.689	2.468.979	2.463.984	2.692.393
2	05954004	Breckelfeld, Stadt	1.261.799	1.232.668	1.247.530	1.244.053	1.626.485	1.634.689	1.647.438	1.740.634	1.698.308	1.661.202	1.702.167
2	05958012	Brilon, Stadt	3.994.767	4.133.668	4.082.681	4.143.589	4.675.984	4.801.792	4.810.582	5.036.246	4.945.910	4.998.922	5.051.121
2	05166004	Brüggen	2.242.686	2.236.871	2.242.601	2.443.443	2.519.864	2.571.872	2.554.080	2.738.189	2.837.902	2.891.712	3.050.892
2	05362012	Brühl, Stadt	6.348.828	6.441.876	6.504.148	6.625.854	9.081.846	9.352.714	9.141.292	8.763.948	9.120.210	9.252.627	9.224.746
2	05758004	Bünde, Stadt	6.096.855	6.173.207	6.172.673	6.667.124	6.670.837	6.832.744	6.853.562	6.881.790	6.932.787	6.885.064	7.718.543
2	05970008	Burbach	2.159.626	2.431.213	2.535.023	2.448.015	2.455.667	2.432.106	2.481.557	2.534.817	2.544.359	2.629.765	2.604.730
2	05774016	Büren, Stadt	2.906.806	2.943.948	2.994.511	3.147.556	3.128.859	3.220.594	3.316.373	3.546.990	3.460.226	3.399.976	3.781.504
2	05378008	Burscheid, Stadt	2.793.336	2.946.799	3.052.337	3.035.271	3.285.687	3.272.702	3.269.017	3.380.376	3.366.367	3.363.447	3.600.819
2	05562004	Castrop-Rauxel, Stadt	9.549.600	11.880.779	11.943.057	12.050.600	15.962.900	16.269.400	21.210.382	17.932.500	17.281.027	15.984.647	17.473.095

Tabelle Grundsteuereinkommen im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Summe der Einzahlungen aus Grundsteuer A und Grundsteuer B										
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
2	05558012	Coesfeld, Stadt	6.760.936	7.555.687	7.648.155	7.642.811	7.967.310	7.923.043	7.888.115	8.039.099	8.054.394	8.177.407	8.155.044
2	05366012	Dahlem	562.328	562.461	598.652	629.819	645.312	671.478	729.037	767.469	802.395	840.215	909.418
2	05562008	Dattein, Stadt	4.529.881	5.438.267	6.497.826	8.456.127	8.595.454	8.729.609	8.463.649	8.694.719	8.958.989	9.174.492	9.284.586
2	05774020	Delbrück, Stadt	3.583.084	4.038.086	4.128.445	4.606.458	4.703.240	4.754.328	4.861.857	5.050.890	5.027.095	5.100.484	5.197.359
2	05766020	Detmold, Stadt	12.691.920	12.367.717	12.718.321	12.688.688	14.335.280	14.341.230	14.440.326	14.334.516	14.289.701	14.687.849	14.691.303
2	05170008	Dinslaken, Stadt	8.041.666	9.973.074	9.576.542	10.280.810	10.611.093	14.430.325	14.308.810	14.285.505	14.527.725	14.835.798	14.746.512
2	05766024	Dörentrup	1.063.733	1.043.915	1.089.118	1.107.642	1.142.061	1.244.946	1.248.905	1.285.079	1.301.558	1.304.372	1.307.382
2	05162004	Dormagen, Stadt	9.777.271	10.094.880	10.051.123	10.387.238	11.932.413	8.729.172	10.115.487	10.775.904	10.287.822	10.442.164	10.356.399
2	05562012	Dorsten, Stadt	13.419.879	17.577.496	17.841.590	18.024.366	18.356.796	18.910.232	18.908.439	19.369.441	19.316.399	19.939.328	20.058.853
1	05913000	Dortmund, krfr. Stadt	101.836.056	102.281.763	105.450.001	117.679.700	119.138.842	119.878.695	122.240.525	122.434.680	125.146.700	126.367.752	126.413.599
2	05570016	Drensteinfurt, Stadt	1.850.219	1.898.308	1.909.347	1.978.241	2.033.149	2.391.477	2.423.947	2.469.527	2.454.019	2.491.697	2.497.962
2	05966008	Drolshagen, Stadt	1.508.309	1.601.528	1.643.402	1.758.847	2.099.924	2.128.914	2.170.347	2.187.999	2.221.059	2.204.237	2.205.876
1	05112000	Duisburg, krfr. Stadt	87.666.850	102.982.111	104.194.934	130.355.334	130.440.595	133.402.908	130.437.209	131.748.623	131.557.058	136.608.306	134.059.173
2	05558016	Dülmen, Stadt	7.364.711	7.494.657	7.586.414	7.620.449	7.718.774	7.989.462	7.953.789	8.202.612	8.145.790	8.254.228	8.318.925
2	05358008	Düren, Stadt	17.640.748	17.859.340	17.982.064	18.151.801	17.979.099	18.381.845	18.634.559	18.701.092	18.963.880	19.377.232	19.473.225
1	05111000	Düsseldorf, krfr. Stadt	131.963.748	134.527.220	137.884.312	140.688.928	141.595.242	141.658.628	141.970.371	143.726.113	144.615.161	145.827.720	147.216.610
2	05382016	Eitorf	2.869.829	2.889.127	2.896.722	3.249.336	3.565.624	3.710.311	3.887.336	3.971.686	4.025.950	4.103.649	4.162.966
2	05362016	Eisdorf, Stadt	2.875.894	3.123.135	4.603.011	3.985.325	4.558.412	5.070.625	5.191.206	5.216.919	5.268.965	6.051.864	6.413.237
2	05154008	Emmerich am Rhein, Stadt	4.712.724	4.779.453	4.749.735	5.175.029	5.175.572	5.149.271	5.223.111	5.270.381	5.365.006	5.396.442	6.161.248
2	05566008	Emsdetten, Stadt	5.823.620	5.750.065	5.827.692	6.518.852	7.212.387	7.215.102	6.356.946	6.731.125	6.746.228	6.815.074	7.009.415
2	05374008	Engelskirchen	2.426.091	2.763.994	2.905.581	3.092.211	3.428.104	3.896.968	3.945.297	3.955.588	3.973.300	3.997.512	4.088.352
2	05758008	Enger, Stadt	2.448.483	2.490.981	2.484.700	2.560.420	2.644.599	2.969.035	2.988.165	3.364.328	3.395.697	3.450.340	3.466.677
2	05954008	Ennepetal, Stadt	5.213.724	5.149.939	5.247.780	5.352.473	5.606.751	8.179.097	8.258.897	8.608.382	8.978.948	8.900.594	8.862.842
2	05570020	Ennigerloh, Stadt	2.881.822	2.957.889	2.958.027	3.809.187	3.872.424	3.982.881	3.961.147	3.995.523	4.003.417	4.036.038	4.063.511
2	05974012	Ense	1.817.806	1.999.305	1.987.774	2.101.903	2.163.552	2.129.476	2.159.571	2.168.647	2.246.431	2.243.390	2.377.702
2	05362020	Erfstadt, Stadt	7.089.165	7.889.851	8.066.222	9.332.365	9.778.564	10.175.597	10.542.129	11.270.814	11.119.647	11.329.395	11.229.200
2	05370004	Erkelenz, Stadt	6.530.405	6.570.189	6.633.897	6.693.760	7.029.873	6.990.155	7.136.184	7.452.236	6.915.683	6.877.997	6.947.399
2	05158004	Erkrath, Stadt	7.707.393	7.715.686	7.751.494	7.775.410	7.827.909	9.650.821	9.725.822	9.661.795	9.841.888	9.744.141	9.732.387
2	05970012	Erdtbrück	1.074.728	1.092.997	1.127.788	1.092.167	1.212.281	1.209.491	1.232.432	1.374.454	1.350.873	1.355.329	1.414.875
2	05974016	Erwitte, Stadt	2.407.259	2.713.273	2.721.626	2.994.767	3.205.071	3.243.302	3.351.540	3.374.489	3.375.572	3.393.447	
2	05334012	Eschweiler, Stadt	8.239.431	9.136.171	9.049.786	9.817.700	10.644.533	10.783.904	10.660.213	10.937.298	10.961.675	10.921.418	11.472.820
2	05958016	Eislohe (Sauerland)	1.132.958	1.152.549	1.159.442	1.232.921	1.268.723	1.329.268	1.313.287	1.340.478	1.320.316	1.356.707	1.401.996
2	05770008	Espelkamp, Stadt	2.750.193	2.784.015	2.792.550	3.164.556	3.223.090	3.301.875	3.378.678	3.390.664	3.527.109	3.524.199	4.029.238
1	05113000	Essen, krfr. Stadt	113.509.563	114.616.625	114.264.800	132.121.404	130.908.153	132.310.969	133.762.881	134.051.043	134.727.672	136.649.409	136.384.937
2	05366016	Euskirchen, Stadt	7.835.888	10.197.340	10.303.403	10.511.921	10.521.130	10.626.381	10.925.905	10.953.020	11.446.079	11.539.684	11.644.907
2	05570024	Everswinkel	1.293.160	1.293.231	1.330.343	1.390.643	1.398.800	1.431.895	1.455.181	1.742.482	1.762.983	1.770.631	1.807.409
2	05766028	Extertal	1.699.600	1.896.853	2.112.076	2.111.751	2.106.217	2.117.544	2.121.549	2.137.338	2.100.295	2.116.785	2.120.090
2	05966012	Finnentrop	2.267.075	2.282.012	2.307.766	2.463.645	2.512.966	2.609.951	2.633.650	2.757.841	2.925.361	2.845.278	3.010.203
2	05362024	Frechen, Stadt	8.093.440	8.656.889	8.760.007	8.773.667	8.859.125	10.917.622	11.125.977	11.230.775	11.385.348	11.194.180	11.315.133
2	05970016	Freudenberg, Stadt	2.651.217	2.670.766	3.963.039	4.030.236	4.061.675	4.093.039	4.147.399	4.175.087	4.181.434	4.213.987	4.234.280
2	05978012	Fröndenberg / Ruhr, Stadt	2.785.549	2.948.891	2.950.269	2.970.433	4.068.415	4.634.636	4.692.247	4.707.682	4.761.984	4.768.943	4.765.428
2	05370008	Gangelit	1.665.654	1.725.702	1.773.228	1.794.709	1.860.064	1.856.761	1.888.528	1.927.091	1.918.039	1.946.170	1.996.125
2	05370012	Geilenkirchen, Stadt	3.772.370	3.930.402	4.323.906	4.315.239	4.751.311	4.669.263	4.862.602	4.805.336	4.917.625	4.991.119	6.445.918
2	05154012	Geldern, Stadt	4.955.447	5.016.486	5.135.560	5.275.650	5.413.349	5.502.567	5.544.311	5.804.021	5.788.928	5.860.488	6.363.925
1	05513000	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	35.223.487	36.107.667	36.631.659	37.213.526	37.216.126	37.878.003	37.192.845	47.010.096	47.299.948	47.814.025	48.720.320
2	05554016	Gescher, Stadt	2.099.765	2.172.091	2.339.950	2.371.025	2.525.497	2.995.311	2.974.883	3.105.827	3.182.348	3.250.480	3.181.082
2	05974020	Geseke, Stadt	2.414.686	2.371.566	2.454.527	2.866.408	3.155.051	3.201.217	3.286.529	3.364.434	3.242.209	3.329.413	3.358.673
2	05954012	Gevelsberg, Stadt	5.115.767	5.036.963	5.054.997	5.075.205	7.143.707	7.162.432	7.254.544	7.245.620	7.423.905	7.390.720	7.435.782
2	05562014	Gladbeck, Stadt	9.419.273	12.247.194	12.548.425	12.594.821	12.688.916	12.752.138	12.620.867	12.584.463	13.020.420	14.063.801	15.833.309
2	05154016	Goch, Stadt	4.600.686	4.287.032	4.661.023	4.744.061	5.704.934	5.646.781	5.790.342	5.835.286	5.884.108	5.973.864	6.026.180
2	05166008	Grefrath	3.442.126	2.358.186	2.133.345	2.125.124	2.119.795	2.144.273	2.419.628	2.466.973	2.476.604	2.543.425	2.548.077
2	05566012	Greven, Stadt	6.648.438	6.935.600	6.986.225	7.186.384	8.192.148	8.861.909	9.013.461	9.461.779	9.408.678	9.437.559	10.822.807
2	05162008	Grevenbroich, Stadt	9.751.107	9.867.781	10.729.816	10.936.157	11.675.326	12.379.824	12.405.537	12.600.222	12.722.094	15.809.190	16.120.198
2	05554020	Gronau (Westf.), Stadt	6.171.274	5.962.716	5.975.247	6.255.215	6.884.176	6.982.305	6.971.533	7.061.720	6.943.361	7.661.866	7.317.430
2	05374012	Gummersbach, Stadt	6.683.376	6.794.413	7.271.036	7.693.794	8.765.734	9.485.601	9.829.309	10.094.896	9.903.816	10.210.887	10.213.628
2	05754008	Gütersloh, Stadt	14.230.976	14.319.638	14.325.354	14.833.135	14.776.495	15.862.788	15.692.601	16.060.241	16.123.759	16.603.417	20.747.793
2	05158008	Haan, Stadt	5.532.750	5.774.992	5.826.561	6.297.880	6.244.407	6.154.900	6.220.972	6.264.122	6.746.309	6.485.919	6.537.627
1	05914000	Hagen, krfr. Stadt	33.235.477	47.382.492	47.521.958	48.016.301	48.675.860	48.513.979	48.687.575	49.114.802	49.232.913	49.180.662	49.303.307
2	05754012	Halle (Westf.), Stadt	3.117.158	3.168.092	3.275.449	3.242.495	3.303.096	3.893.024	3.989.312	3.958.969	3.376.496	3.406.625	3.422.186
2	05958020	Hallenberg, Stadt	638.088	641.018	638.505	670.546	705.510	712.130	713.862	869.350	768.327	762.793	773.408
2	05562016	Haltern am See, Stadt	5.475.305	10.049.105	10.136.401	10.408.011	10.523.135	10.590.288	10.789.333	10.819.130	10.992.286	11.178.195	11.279.730
2	05962012	Halver, Stadt	2.434.111	2.425.848	2.594.301	2.536.253	2.538.191	2.506.203	2.543.142	2.664.771	2.631.178	2.665.553	2.632.559
1	05915000	Hamm, krfr. Stadt	26.339.055	26.508.110	26.854.557	31.793.967	33.350.892	33.531.467	33.135.659	34.078.785	34.461.149	34.318.558	34.892.835
2	05170012	Hamminkeln, Stadt	3.798.026	3.884.280	3.832.442	6.111.388	6.221.684						

Tabelle Grundsteueraufkommen im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Summe der Einzahlungen aus Grundsteuer A und Grundsteuer B										
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
2	05754016	Harsewinkel, Stadt	2.813.943	2.505.046	2.553.962	2.578.835	2.607.329	2.689.932	2.665.328	2.728.266	2.748.607	2.766.755	2.794.299
2	05954016	Hattingen, Stadt	8.448.611	9.305.176	9.159.290	11.191.637	14.811.777	15.068.287	15.182.980	15.468.814	15.494.687	15.543.674	15.507.335
2	05558020	Havixbeck	2.300.100	2.313.177	2.366.294	2.358.282	2.380.182	2.412.887	2.423.916	2.472.981	2.514.864	2.531.484	2.527.546
2	05554028	Heek	1.019.361	1.131.254	1.090.049	1.112.779	1.290.359	1.389.655	1.322.988	1.382.035	1.399.851	1.399.719	1.436.740
2	05554028	Heiden	1.107.110	1.107.970	1.120.010	1.156.609	1.204.941	1.258.141	1.290.772	1.281.094	1.299.360	1.340.557	1.332.508
2	05158012	Heiligenhaus, Stadt	4.604.162	4.693.410	6.664.501	7.750.161	8.070.115	8.175.345	8.020.222	8.227.380	8.261.889	8.206.595	8.281.012
2	05358012	Heimbach, Stadt	619.224	659.513	809.581	826.885	1.022.049	1.075.899	1.200.011	1.294.861	1.254.107	1.250.537	1.631.568
2	05370016	Heinsberg, Stadt	5.435.579	5.936.652	6.021.087	6.626.469	7.439.208	7.501.489	7.637.411	7.790.925	8.096.469	7.874.529	7.911.593
2	05366020	Hellenthal	1.192.944	1.301.342	1.366.176	1.498.502	1.526.759	1.605.455	1.625.532	1.663.730	1.758.682	1.902.782	1.903.540
2	05962016	Hemer, Stadt	5.187.348	7.614.928	7.619.420	7.696.387	7.791.486	7.775.079	7.837.604	7.822.838	7.973.955	8.015.152	8.024.258
2	05382020	Hennef (Sieg), Stadt	7.045.624	7.692.865	7.865.620	8.129.897	10.209.668	10.150.053	10.314.073	11.230.067	11.300.193	11.453.160	14.201.527
2	05954020	Herdecke, Stadt	4.149.604	4.105.478	4.119.705	5.768.953	6.229.482	6.049.396	6.100.113	6.823.370	6.877.425	7.045.412	6.986.109
2	05758012	Herford, Stadt	10.288.459	10.235.723	10.866.271	11.188.231	10.842.547	11.184.273	11.138.885	11.517.977	11.578.050	11.636.395	11.743.960
1	05916000	Herne, krfr. Stadt	19.109.204	20.894.126	21.142.257	21.132.517	22.702.062	22.866.180	26.581.308	29.364.562	29.016.350	29.076.994	29.400.038
2	05962020	Herschheid	903.724	940.070	941.543	981.814	1.177.741	1.192.916	1.221.854	1.236.041	1.221.826	1.227.268	1.548.863
2	05562020	Herten, Stadt	8.391.202	8.785.653	8.774.119	12.082.219	12.291.775	12.315.524	12.460.765	12.482.192	12.264.180	12.497.958	14.095.945
2	05754020	Herzebrock-Clarholz	2.146.761	2.121.704	2.107.946	2.132.025	2.189.979	2.631.674	2.632.144	2.796.529	2.793.896	2.825.780	3.014.363
2	05334016	Herzogenrath, Stadt	5.563.372	5.601.405	5.719.607	7.042.479	7.179.152	7.162.858	7.285.822	7.312.634	7.390.950	7.562.923	7.575.923
2	05758016	Hiddenshausen	2.438.614	2.541.942	2.588.161	2.631.286	2.993.629	2.767.227	2.808.501	2.867.610	2.903.450	2.964.980	3.182.929
2	05970020	Hilchenbach, Stadt	1.989.039	2.060.032	2.006.737	2.398.150	2.444.034	2.500.651	2.477.635	2.502.191	2.521.174	2.520.300	3.367.726
2	05158016	Hilden, Stadt	9.820.180	9.996.451	9.826.653	9.906.964	12.505.524	12.601.706	12.619.752	12.626.742	12.834.656	12.657.337	12.826.832
2	05770012	Hillie	2.290.508	2.342.794	2.245.189	2.438.923	2.475.145	2.803.610	2.850.003	2.885.430	2.892.971	2.966.359	2.958.207
2	05978016	Holzwickede	2.393.702	3.254.467	3.255.058	3.344.361	3.707.745	3.392.323	3.467.006	3.433.499	3.437.749	3.732.162	3.449.648
2	05566020	Hopsten	954.516	999.254	1.138.479	1.175.698	1.157.725	1.209.422	1.205.524	1.215.974	1.262.804	1.255.454	1.294.323
2	05766032	Horn-Bad Meinberg, Stadt	2.935.186	2.963.586	2.973.707	3.032.728	4.088.459	4.124.223	4.129.341	4.211.481	4.215.455	4.342.532	4.396.320
2	05566016	Hörstel, Stadt	3.050.935	2.798.288	2.476.464	2.603.262	3.017.666	3.049.809	3.092.145	3.149.726	3.126.998	3.161.958	3.290.033
2	05566024	Horstmar, Stadt	854.011	893.994	891.165	1.084.867	1.294.399	1.398.720	1.423.203	1.427.318	1.436.467	1.438.564	1.436.573
2	05774024	Hövelhof	2.004.160	2.322.046	2.381.530	2.428.447	2.441.062	2.533.815	2.539.302	2.547.998	2.558.241	2.720.085	3.087.164
2	05762020	Höxter, Stadt	3.629.780	4.081.750	4.089.265	4.364.979	4.372.675	4.354.249	4.335.588	4.325.252	4.469.804	5.255.547	5.243.223
2	05370020	Hückelhoven, Stadt	4.753.105	4.827.830	5.042.834	5.207.242	5.525.889	5.654.367	6.051.551	5.977.905	6.094.354	6.149.449	6.283.467
2	05374016	Hückeswagen, Stadt	2.138.520	2.124.701	2.128.756	2.862.888	3.111.260	3.441.591	3.545.457	3.566.713	3.503.711	3.599.569	3.685.611
2	05770016	Hüllhorst	1.534.863	1.552.853	1.558.984	1.608.778	1.725.726	2.014.332	2.037.259	2.049.574	2.070.711	2.085.417	1.876.642
2	05170016	Hünxe	1.670.930	2.448.021	2.668.634	3.095.654	3.308.910	3.365.460	3.328.134	3.378.785	3.474.797	3.457.305	
2	05358016	Hürtgenwald	1.217.827	1.366.068	1.459.840	1.564.163	2.199.466	2.997.986	3.072.792	3.246.088	3.206.031	3.271.961	3.345.053
2	05362028	Hürth, Stadt	9.720.243	9.035.585	10.002.183	9.490.205	11.171.983	11.065.867	11.331.769	11.265.175	11.267.432	11.227.226	11.462.979
2	05566028	Ibbenbüren, Stadt	6.892.873	6.977.505	7.134.221	7.480.760	7.836.241	9.145.286	9.362.386	9.511.802	9.502.041	9.676.995	9.869.548
2	05358020	Inden	969.982	1.162.168	1.060.529	1.104.238	1.222.097	1.453.225	2.015.010	2.037.982	2.042.642	2.241.338	3.258.904
2	05962024	Iserlohn, Stadt	15.371.843	15.660.444	15.481.383	15.883.978	15.822.254	15.822.254	15.992.215	15.996.638	16.021.792	15.736.051	16.032.005
2	05554032	Isselburg, Stadt	1.524.197	1.533.259	1.528.365	1.562.120	1.629.954	1.687.523	1.707.187	1.713.646	1.851.711	1.973.492	1.979.076
2	05154020	Issum	1.564.682	1.551.126	1.628.460	1.576.407	1.655.415	1.819.037	1.861.247	1.894.305	1.913.494	1.914.767	1.975.981
2	05162012	Jüchen, Stadt	3.341.343	3.442.715	3.506.092	3.572.494	3.560.847	3.609.834	4.008.932	4.096.643	3.816.299	3.879.994	4.404.507
2	05358024	Jülich, Stadt	5.515.878	5.812.799	5.801.637	6.202.196	6.624.699	7.779.174	8.295.841	8.617.159	8.790.945	8.980.701	10.107.582
2	05162016	Kaarst, Stadt	6.097.426	6.357.992	6.416.065	6.485.448	6.360.609	6.627.770	6.692.433	6.947.818	6.813.208	6.897.596	8.080.311
2	05154024	Kalkar, Stadt	1.917.316	1.950.756	2.114.330	2.050.609	2.104.669	2.654.988	2.662.606	2.714.165	2.775.841	2.822.186	2.860.055
2	05366024	Kall	1.610.222	1.856.051	1.830.174	1.735.586	2.153.937	2.166.526	2.166.285	2.287.797	2.327.404	2.511.397	2.376.054
2	05766036	Kalletal	1.867.458	1.907.892	1.928.632	1.954.407	2.104.867	2.202.575	2.306.287	2.426.623	2.432.468	2.471.599	2.463.556
2	05978020	Kamen, Stadt	5.924.479	7.905.144	7.931.540	7.955.228	8.015.429	8.096.213	9.566.421	9.743.929	9.660.064	9.855.454	9.937.106
2	05170020	Kamp-Lintfort, Stadt	4.632.023	4.647.924	4.572.028	4.789.555	5.377.799	9.018.643	9.096.255	9.671.372	9.343.220	9.727.086	9.870.814
2	05166012	Kempen, Stadt	5.408.247	5.649.881	5.835.192	5.783.416	5.832.272	5.550.836	5.678.019	6.049.017	6.171.155	6.257.642	6.631.045
2	05154028	Kerken	1.551.967	1.586.503	1.609.495	1.663.424	1.703.355	1.750.635	1.770.208	1.871.889	1.901.245	1.909.909	2.148.043
2	05362032	Kerpen, Stadt	10.965.070	11.419.769	11.529.692	13.391.301	14.830.661	15.039.479	15.283.679	16.106.502	16.068.928	16.306.254	19.257.763
2	05154032	Kevelaer, Stadt	3.762.701	3.853.165	3.877.678	4.351.078	4.463.115	4.503.104	4.604.935	4.623.436	4.693.321	4.842.234	4.897.853
2	05962028	Kierspe, Stadt	2.089.293	2.154.682	2.415.170	2.486.548	2.559.403	2.548.178	2.645.438	2.687.112	2.692.636	2.794.934	
2	05966016	Kirchhundem	1.369.676	1.503.092	1.549.516	1.910.799	2.035.885	1.969.316	2.006.870	2.013.975	2.016.665	2.043.709	2.128.044
2	05758020	Kirchlengern	1.820.423	2.141.772	2.210.144	2.270.334	2.359.961	2.355.311	2.387.427	2.570.752	2.630.420	2.580.577	2.608.026
2	05154036	Kleve, Stadt	6.325.215	6.506.556	6.465.262	7.097.101	7.641.744	7.871.103	7.849.365	7.937.434	7.839.591	8.111.775	8.041.318
1	05315000	Köln, krfr. Stadt	218.405.238	217.169.874	220.652.920	220.690.502	232.902.499	213.113.739	225.302.237	230.734.146	229.706.138	231.732.238	234.134.632
2	05382024	Königswinter, Stadt	6.832.908	6.817.020	7.036.539	7.334.200	7.600.472	7.871.967	8.321.102	8.645.715	8.837.028	9.198.033	11.503.443
2	05162020	Korschenbroich, Stadt	4.898.401	4.990.817	4.977.895	5.749.095	5.825.102	5.870.918	5.932.996	7.434.762	7.485.714	7.661.472	7.745.431
2	05154040	Kranenburg	1.245.302	1.242.729	1.266.710	1.303.552	1.353.817	1.368.911	1.383.773	1.434.378	1.461.751	1.481.320	1.613.236
1	05114000	Krefeld, krfr. Stadt	42.451.431	42.676.157	42.624.000	47.441.237	45.259.008	50.407.249	47.894.060	48.872.856	49.961.890	51.199.194	52.303.312
2	05358028	Kreuzau	2.467.888	2.480.238	2.726.744	2.819.832	3.022.489	3.053.321	3.395.954	3.379.897	3.410.149	3.637.546	4.042.871
2	05970024	Kreuztal, Stadt	4.738.825	4.734.536	4.745.992	5.329.776	5.436.529	5.516.859	5.584.347	5.575.033	5.577.351	5.613.835	5.614.848
2	05378012	Kürten	3.114.112	3.568.402	3.608.064	3.662.426	3.998.850	4.116.149	4.106.988	4.139.289	4.169.587	4.280.162	4.285.393

Tabelle Grundsteueraufkommen im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Summe der Einzahlungen aus Grundsteuer A und Grundsteuer B										
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
2	05566032	Ladbergen	933.285	887.021	931.544	1.218.388	1.005.419	1.039.675	1.068.902	1.127.588	1.137.783	1.151.871	1.247.512
2	05566036	Laer	952.725	1.044.877	1.061.481	1.071.205	1.516.679	1.827.350	1.875.958	1.904.492	1.904.492	1.946.613	1.964.862
2	05766040	Lage, Stadt	4.737.564	4.714.780	4.767.521	4.893.303	4.988.913	5.022.110	5.055.762	5.221.011	5.263.173	5.324.616	6.403.095
2	05754024	Langenberg	1.091.030	1.115.239	1.129.242	1.135.106	1.350.061	1.392.479	1.457.021	1.553.576	1.539.465	1.550.843	1.761.506
2	05158020	Langenfeld (Rhld.), Stadt	8.622.403	9.813.966	9.855.554	9.923.125	10.145.123	10.089.209	10.400.385	9.014.008	8.474.987	8.509.974	8.451.321
2	05358032	Langenwehe	1.665.595	1.757.604	1.800.645	1.817.048	2.490.414	2.785.547	3.272.090	3.079.861	3.525.285	3.753.721	4.096.988
2	05554036	Legden	914.295	1.050.605	1.051.812	1.040.354	1.072.694	1.127.938	1.120.037	1.162.791	1.237.488	1.210.548	1.251.205
2	05378016	Leichlingen (Rhld.), Stadt	4.088.700	4.778.702	4.815.566	4.960.231	5.507.826	5.568.810	5.625.051	5.665.941	5.668.907	5.744.473	5.752.871
2	05766044	Lemgo, Stadt	6.016.516	6.039.458	6.077.063	6.216.825	7.001.875	6.985.151	7.216.760	7.237.744	7.280.684	7.415.136	7.526.520
2	05566040	Lengerich, Stadt	3.141.141	3.150.565	3.244.259	3.408.052	3.522.283	3.951.212	4.002.157	4.186.591	4.323.099	4.559.941	4.788.863
2	05966020	Lennestadt, Stadt	3.543.380	3.631.010	3.605.978	3.834.509	3.905.073	3.899.842	3.877.752	3.907.692	3.987.755	4.007.356	4.015.262
2	05766048	Leopoldshöhe	2.359.122	2.457.240	2.395.068	2.985.929	3.015.972	3.453.597	3.487.770	3.510.384	3.562.363	3.593.785	3.620.909
1	05316000	Leverkusen, krfr. Stadt	36.082.663	34.861.893	37.640.635	36.865.007	39.777.612	45.789.198	49.844.944	50.620.745	50.048.367	49.525.525	48.652.281
2	05774028	Lichtenau, Stadt	1.568.151	1.599.958	1.636.677	1.683.952	1.658.822	1.726.941	1.737.685	1.824.092	1.812.328	1.862.007	1.928.025
2	05566044	Lienen	942.849	939.613	939.528	992.364	997.058	1.009.580	1.019.600	1.456.972	1.223.346	1.337.815	1.300.565
2	05374020	Lindlar	3.119.629	3.238.416	3.430.544	4.278.918	4.378.265	4.702.083	4.747.464	4.792.240	4.872.106	5.442.799	5.470.844
2	05358036	Linnich, Stadt	1.812.396	1.842.090	2.070.021	2.241.534	2.268.419	2.281.256	2.600.297	2.860.094	2.841.607	2.876.288	2.950.266
2	05974024	Lippetal	1.484.380	1.478.612	1.516.612	1.576.540	1.601.142	1.625.042	1.668.908	1.731.743	1.777.105	1.774.512	1.941.885
2	05974028	Lippstadt, Stadt	9.373.185	9.480.639	11.762.559	7.484.417	10.733.824	10.818.464	10.925.461	11.018.480	11.250.324	11.226.057	11.400.968
2	05382028	Lohmar, Stadt	4.908.569	5.071.067	5.153.990	6.613.625	6.653.048	6.727.379	7.118.038	7.211.826	7.252.032	7.311.133	9.353.890
2	05758024	Löhne, Stadt	5.625.565	5.698.975	5.734.024	6.171.049	6.842.157	7.086.320	7.487.445	7.525.421	7.414.100	7.724.477	7.592.765
2	05566048	Lotte	1.668.178	1.838.864	1.856.668	1.849.017	1.893.328	1.910.095	1.951.534	1.945.095	2.103.379	2.359.305	2.462.413
2	05770020	Lübbecke, Stadt	3.306.369	3.376.583	3.354.788	3.462.914	3.916.936	3.981.964	4.068.409	4.063.632	4.210.239	4.240.630	4.291.860
2	05962032	Lüdenscheid, Stadt	11.151.166	12.805.930	12.420.585	9.749.157	17.071.947	18.477.033	20.111.634	21.679.767	21.389.994	21.318.423	21.075.157
2	05558024	Lüdinghausen, Stadt	3.693.430	3.752.911	3.777.352	3.846.399	3.908.113	3.937.402	3.988.835	4.025.054	4.067.326	4.145.337	4.360.630
2	05766052	Lügde, Stadt	1.497.624	1.570.753	1.548.492	1.625.288	1.807.822	1.778.712	1.789.155	1.817.964	1.817.282	1.796.650	1.829.315
2	05978024	Lünen, Stadt	12.840.938	13.111.626	13.531.588	17.349.019	17.379.526	18.225.295	20.256.578	18.411.681	18.754.735	16.041.555	18.917.454
2	05374024	Marienheide	1.550.366	1.962.451	2.332.824	2.848.909	2.911.711	2.901.365	2.795.672	2.866.986	2.832.188	2.852.647	2.876.121
2	05762024	Marienmünster, Stadt	672.511	687.328	689.070	690.094	676.680	694.439	694.944	699.629	715.212	727.904	805.094
2	05562024	Marl, Stadt	13.346.700	16.776.850	16.766.809	16.879.294	20.428.189	20.678.154	20.622.619	21.106.220	22.990.408	21.798.316	22.304.072
2	05958024	Marsberg, Stadt	2.550.663	2.599.915	2.580.214	2.841.490	2.907.590	3.614.749	3.644.165	3.830.818	3.815.578	3.818.491	3.105.802
2	05366028	Meckernich, Stadt	3.217.765	3.311.784	3.431.642	4.546.358	5.622.360	5.728.074	5.738.586	5.533.101	5.625.940	5.759.693	6.144.280
2	05382032	Meckenheim, Stadt	4.135.095	4.137.119	4.188.928	4.491.150	5.384.231	5.308.922	5.715.614	5.707.973	5.956.939	6.018.137	6.287.552
2	05958028	Medebach, Stadt	1.189.115	1.199.466	1.205.869	1.318.754	1.327.250	1.361.487	1.393.428	1.487.137	1.492.590	1.511.615	1.530.934
2	05162022	Meerbusch, Stadt	9.900.994	9.777.713	9.798.483	9.975.002	10.318.287	10.417.756	10.523.852	10.626.755	10.598.764	10.686.649	11.741.706
2	05962036	Meinerzhagen, Stadt	3.223.821	3.237.430	3.329.642	3.346.646	4.497.361	4.540.524	4.574.703	4.543.441	4.686.886	4.680.125	4.677.923
2	05962040	Menden (Sauerland), Stadt	8.474.973	8.565.259	8.642.018	9.322.509	11.249.856	11.519.443	11.416.837	11.530.008	11.467.581	11.619.895	11.555.411
2	05358040	Merzenich	1.268.051	1.290.498	1.294.569	1.310.445	1.405.254	1.558.214	1.735.324	1.941.033	2.113.365	2.186.074	2.316.347
2	05958032	Meschede, Stadt	4.873.732	4.926.620	4.922.632	5.004.054	5.141.303	5.585.797	5.697.132	5.633.827	5.722.020	5.882.803	6.213.369
2	05566052	Metelen	920.804	987.870	985.382	1.083.401	1.097.519	1.104.453	1.136.449	1.128.262	1.144.665	1.186.591	1.179.718
2	05566056	Mettingen	1.732.972	1.668.985	1.691.907	2.045.158	2.059.467	2.131.193	2.192.217	2.276.398	2.269.423	2.299.146	2.455.961
2	05158024	Mettmann, Stadt	6.643.369	6.581.084	7.128.735	7.533.921	7.645.374	8.176.819	8.144.176	8.003.972	8.137.901	11.498.546	11.400.899
2	05770024	Minden, Stadt	12.108.100	13.714.866	13.694.191	13.760.753	13.698.904	14.047.378	14.093.609	14.335.423	14.566.883	14.567.896	15.823.664
2	05170024	Moers, Stadt	14.255.671	16.261.621	16.251.966	24.580.055	24.598.194	24.865.551	25.083.686	25.282.955	25.463.326	25.915.138	25.900.429
2	05974032	Möhnese	1.714.943	1.714.725	1.745.692	1.765.091	1.772.584	1.808.271	1.805.438	1.805.851	1.869.281	1.882.043	1.911.603
1	05116000	Mönchengladbach, krfr. Stadt	43.975.405	48.053.247	47.950.074	48.500.176	58.748.667	57.880.277	58.577.512	59.107.931	62.253.016	64.745.865	63.687.094
2	05158026	Monheim am Rhein, Stadt	6.687.914	6.866.617	6.552.480	6.590.031	6.633.885	6.729.049	2.935.529	4.653.472	4.381.470	4.544.823	4.630.067
2	05334020	Monschau, Stadt	2.175.687	2.456.229	2.769.581	3.057.550	3.378.459	3.400.956	3.772.272	3.652.195	3.857.835	3.865.202	3.899.836
2	05374028	Morsbach	1.381.198	1.445.915	1.457.088	1.683.520	1.676.417	1.807.603	1.875.905	2.015.324	2.003.244	2.034.347	2.591.029
2	05382036	Much	1.889.350	2.124.575	2.126.342	2.175.003	2.459.377	2.509.849	2.634.078	2.744.092	2.840.861	2.948.726	3.511.266
1	05117000	Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	32.590.114	35.028.483	36.049.966	41.294.502	40.929.799	40.836.356	41.122.219	58.388.415	58.983.583	61.454.470	61.174.029
1	05515000	Münster, krfr. Stadt	51.600.290	54.779.252	55.097.531	59.283.238	59.169.665	60.778.306	62.193.375	62.574.497	62.365.327	63.541.055	63.548.493
2	05962044	Nachrodt-Wiblingwerde	1.211.444	1.279.732	1.232.297	1.256.695	1.265.601	1.280.791	1.276.613	1.293.377	1.270.464	1.270.446	1.313.917
2	05970032	Netphen, Stadt	3.153.913	3.164.983	3.154.944	3.593.142	3.589.820	3.623.098	3.717.540	3.896.364	4.415.585	4.383.054	4.327.933
2	05366032	Nettersheim	992.521	1.015.770	1.027.297	1.081.116	1.150.300	1.145.594	1.231.289	1.258.229	1.674.827	1.337.666	1.381.615
2	05166016	Nettetal, Stadt	6.013.602	6.141.097	6.188.184	6.537.044	6.300.919	6.817.330	6.865.102	6.963.625	7.188.747	7.246.617	7.236.015
2	05566060	Neuenkirchen	1.776.685	1.787.481	1.782.571	1.789.882	1.853.578	1.875.206	1.916.281	1.946.586	1.956.026	2.015.662	2.024.500
2	05962048	Neuenrade, Stadt	1.552.782	2.114.850	2.312.065	2.336.111	2.331.702	2.371.769	2.373.662	2.375.384	2.381.103	2.429.204	2.450.878
2	05170028	Neukirchen-Vluyn, Stadt	3.459.695	3.456.534	3.775.313	4.223.406	4.244.971	4.288.994	4.399.011	4.465.329	4.633.895	4.743.985	5.265.462
2	05970036	Neunkirchen	1.931.480	2.111.711	2.043.977	2.191.951	2.190.330	2.210.549	2.428.447	2.484.191	2.456.065	2.468.829	2.490.305
2	05382040	Neunkirchen-Seelscheid	3.208.480	3.227.137	3.368.312	3.896.898	4.281.493	4.588.339	4.726.881	4.888.330	5.010.512	5.266.631	5.409.754
2	05162024	Neuss, Stadt	30.394.223	33.014.759	33.681.245	33.380.850	33.833.664	34.912.608	34.747.486	35.855.552	35.638.438	35.803.425	35.746.155
2	05358044	Nideggen, Stadt	1.637.127	2.124.064	2.573.564	3.074.000	3.078.702	3.142.678	3.240.175	3.307.678	3.371.694	3.444.203	3.665.403
2	05382044	Niederkassel, Stadt	5.287.215	5.355.888	5.360.246	7.352.253	7.460.301	7.539.077	7.904.794	7.864.464	7.952.337	8.009.467	9.287.730

Tabelle Grundsteueraufkommen im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Summe der Einzahlungen aus Grundsteuer A und Grundsteuer B										
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
2	05166020	Niederkrüchten	1.931.995	1.968.018	1.992.418	1.964.365	2.124.800	2.017.188	2.233.249	2.179.317	2.260.724	2.261.630	2.240.011
2	05358048	Niederzier	1.964.792	1.848.999	2.199.364	2.168.151	2.237.064	2.202.475	2.740.328	2.798.227	2.845.297	3.308.477	3.023.088
2	05762028	Nieheim, Stadt	799.183	1.200.048	1.215.503	1.018.373	1.023.366	1.073.974	1.057.225	1.017.298	1.027.786	1.041.981	1.046.329
2	05558028	Nordkirchen	1.443.924	1.469.552	1.469.214	1.512.156	1.737.234	1.781.595	1.839.490	1.907.929	1.928.966	1.948.228	1.969.162
2	05566064	Nordwalde	1.313.587	1.522.790	1.482.373	1.625.233	1.630.895	1.652.089	1.702.747	1.729.061	1.729.903	1.780.701	1.780.034
2	05358052	Nörvenich	1.332.344	1.540.987	1.709.797	1.910.156	2.265.370	2.652.414	3.088.623	3.195.683	3.280.282	3.423.161	3.423.455
2	05558032	Nottuln	3.870.731	3.948.114	3.956.953	4.044.906	4.287.176	4.342.350	4.280.294	4.378.354	4.398.907	4.421.422	4.476.334
2	05374032	Nümbrecht	2.079.601	2.154.332	2.274.082	2.291.291	2.332.005	2.426.500	2.451.084	2.468.780	2.601.793	2.665.806	2.758.433
1	05119000	Oberhausen, krfr. Stadt	37.558.862	37.711.336	38.648.411	41.942.358	42.004.744	44.770.849	45.573.760	45.086.211	45.679.973	45.948.518	45.817.441
2	05566068	Ochtrup, Stadt	2.749.067	2.833.415	2.794.909	3.116.929	3.048.590	3.062.282	3.180.902	3.229.118	3.272.569	3.344.285	4.024.405
2	05378020	Odenthal	2.381.995	2.376.420	2.604.493	2.833.681	3.153.242	3.179.368	3.231.613	3.252.822	3.289.103	3.305.861	4.212.709
2	05570028	Oelde, Stadt	4.307.589	4.440.348	4.558.541	5.778.261	5.984.569	5.831.471	5.517.263	5.600.438	5.669.678	5.924.028	
2	05562028	Oer-Erkenschwick, Stadt	3.588.071	4.118.425	4.792.417	5.625.855	6.265.763	6.243.766	6.357.680	6.463.771	6.513.702	6.637.116	6.661.949
2	05766056	Oerlinghausen, Stadt	2.564.580	2.584.349	2.577.973	3.040.667	3.094.656	3.074.170	3.131.601	3.345.862	3.353.282	3.386.063	3.432.142
2	05558036	Olfen, Stadt	1.259.518	1.250.967	1.303.804	1.506.467	1.506.467	1.544.167	1.577.284	1.611.074	1.629.719	1.642.051	1.650.576
2	05966024	Olpe, Stadt	3.917.641	3.848.126	4.208.753	3.931.552	3.949.777	3.993.861	4.046.141	4.246.915	4.360.890	4.284.377	4.334.671
2	05958036	Olsberg, Stadt	1.890.359	1.906.899	1.886.605	1.950.577	2.246.442	2.389.404	2.490.951	2.437.107	2.494.660	2.513.631	2.533.890
2	05570032	Ostbevern	1.325.200	1.341.327	1.359.143	1.428.749	1.483.029	1.502.182	1.582.438	1.592.270	1.615.372	1.708.871	1.726.582
2	05378024	Overath, Stadt	4.606.269	4.740.118	4.885.847	8.508.419	8.593.157	6.760.671	8.785.390	8.779.796	8.836.798	8.907.365	9.010.022
2	05774032	Paderborn, Stadt	21.561.108	21.758.279	21.784.946	22.115.218	23.532.257	23.715.489	23.679.452	24.723.632	25.060.351	26.035.752	28.138.376
2	05770028	Petershagen, Stadt	3.577.907	3.750.329	3.793.377	4.268.982	5.599.022	5.635.586	5.646.387	5.661.040	5.341.448	5.421.525	5.272.198
2	05962052	Plettenberg, Stadt	3.792.524	4.081.373	4.050.198	5.777.035	5.869.947	5.808.389	5.896.918	6.073.627	6.046.732	5.914.358	6.009.336
2	05770032	Porta Westfalica, Stadt	5.522.000	5.736.396	5.669.951	5.671.774	7.863.080	8.258.452	7.952.632	8.345.304	7.314.010	7.532.950	7.540.137
2	05770036	Preußisch Oldendorf, Stadt	1.606.802	1.656.959	1.657.524	2.455.588	2.523.766	2.537.826	2.587.802	2.590.113	2.720.826	2.766.034	2.726.482
2	05362036	Pulheim, Stadt	8.106.184	8.246.992	8.261.499	8.363.311	8.394.322	11.431.103	11.525.278	11.700.020	11.682.442	13.720.073	12.445.669
2	05374036	Radevormwald, Stadt	3.326.360	3.332.632	3.694.892	3.583.921	3.795.642	3.826.162	4.014.249	4.068.992	4.028.535	4.070.774	4.468.174
2	05554040	Raesfeld	1.478.780	1.528.689	1.520.568	1.616.042	1.651.197	1.684.573	1.688.957	1.765.468	1.806.503	1.829.958	1.933.431
2	05770040	Rahden, Stadt	1.994.868	2.029.841	2.061.897	2.107.250	2.178.286	2.553.608	2.595.852	2.576.332	2.628.919	2.703.034	2.730.228
2	05158028	Ratingsen, Stadt	17.240.693	17.337.558	17.399.463	18.558.276	18.848.737	18.948.247	17.834.204	18.059.755	18.017.559	17.940.036	18.212.384
2	05566072	Recke	1.508.675	1.645.453	1.669.122	1.731.969	1.766.601	1.703.841	1.766.601	1.757.423	1.794.718	1.824.405	1.834.485
2	05562032	Recklinghausen, Stadt	16.797.646	19.533.209	19.777.788	22.110.063	22.001.137	24.459.201	24.103.143	24.352.974	24.425.564	24.868.990	24.364.107
2	05154044	Rees, Stadt	2.468.061	2.488.217	2.527.404	2.567.536	2.644.473	2.701.466	2.797.241	2.739.901	2.849.230	2.874.471	3.148.244
2	05374040	Reichshof	2.662.402	2.640.088	2.662.900	3.272.352	3.426.587	3.669.000	3.731.178	3.740.501	3.737.324	3.848.014	3.840.253
2	05554044	Reken	1.623.420	1.610.321	1.661.006	1.675.819	1.687.851	1.697.797	1.676.139	1.738.733	1.479.380	1.762.271	1.706.930
1	05120000	Remscheid, krfr. Stadt	19.559.632	29.900.084	23.986.863	31.061.815	31.553.680	31.581.106	26.057.149	26.089.773	25.080.539	25.748.785	25.719.030
2	05754028	Rheda-Wiedenbrück, Stadt	6.453.134	6.618.292	6.645.723	7.477.034	7.660.481	7.981.857	8.190.834	8.024.165	8.251.821	8.354.762	8.489.718
2	05554048	Rhede, Stadt	2.703.589	2.881.577	2.934.965	4.246.802	4.300.397	4.332.326	4.541.186	4.488.306	4.552.143	4.659.822	4.703.670
2	05382048	Rheinbach, Stadt	4.316.965	4.546.434	4.778.227	4.970.919	5.390.448	5.953.797	6.448.521	7.106.276	7.734.390	8.396.404	8.878.619
2	05170032	Rheinberg, Stadt	4.320.953	4.383.057	4.495.721	5.314.982	5.014.898	5.181.940	5.464.842	5.433.764	5.765.322	5.776.107	6.019.539
2	05566076	Rheine, Stadt	11.107.284	12.658.694	12.961.941	16.245.309	16.770.208	16.907.831	17.132.057	17.725.405	17.576.353	17.975.321	18.021.007
2	05154048	Rheurdt	803.897	815.629	826.478	836.749	852.979	854.905	856.151	900.401	926.630	932.964	1.009.576
2	05754032	Rietberg, Stadt	4.691.549	4.685.880	4.726.307	4.907.433	5.161.890	5.232.663	5.428.410	5.460.222	5.763.998	5.930.529	6.030.750
2	05758028	Rödinghausen	1.249.531	1.479.877	1.513.980	1.696.649	1.803.574	1.782.720	1.814.071	1.786.493	1.803.799	1.827.803	1.872.377
2	05334024	Roetgen	1.313.071	1.329.459	1.530.399	1.669.252	1.895.998	1.997.261	2.116.671	2.146.959	2.311.492	2.302.571	2.329.002
2	05162028	Rommerskirchen	1.703.172	2.091.094	1.995.086	1.925.629	2.193.114	2.209.746	2.224.209	2.269.095	2.271.886	2.270.674	2.467.243
2	05558040	Rosendahl	1.908.851	1.982.864	1.997.354	1.989.279	2.010.664	2.011.832	2.043.915	2.076.181	2.080.429	2.096.333	2.111.852
2	05378028	Rösrath, Stadt	4.242.383	4.829.233	4.831.908	6.101.303	6.139.269	7.154.953	7.299.456	7.325.459	7.399.502	7.618.580	7.493.574
2	05382052	Ruppichteroth	1.369.405	1.551.753	1.576.475	1.574.186	1.685.660	1.715.373	1.764.206	1.950.441	1.948.472	2.029.630	2.096.911
2	05974036	Rüthen, Stadt	1.541.395	1.801.134	1.807.773	1.821.509	1.846.845	1.915.031	1.898.640	1.957.156	1.926.383	1.961.070	2.011.177
2	05566080	Saerbeck	1.130.338	1.136.453	1.270.433	1.379.424	1.452.458	1.502.801	1.358.445	1.463.195	1.440.519	1.436.535	1.532.332
2	05774036	Salzkotten, Stadt	3.005.635	3.165.967	3.217.387	3.308.905	3.386.763	3.517.321	3.573.691	3.685.330	3.748.894	3.857.183	3.855.565
2	05382056	Sankt Augustin, Stadt	8.061.338	8.050.206	8.116.010	8.292.526	8.790.434	9.373.994	9.861.084	10.845.684	11.686.965	15.194.494	15.407.438
2	05570036	Sassenberg, Stadt	1.891.714	1.935.614	2.033.272	2.053.398	2.238.493	2.290.430	2.324.697	2.350.058	2.463.588	2.468.371	2.480.700
2	05962056	Schalksmühle	1.693.166	1.783.083	1.834.193	2.430.491	2.483.241	2.529.596	2.354.902	2.106.751	2.024.759	2.027.068	2.026.525
2	05170036	Schermbek	2.096.783	2.098.865	2.125.791	2.187.572	2.187.712	2.529.972	2.526.900	2.561.877	2.584.607	2.593.676	2.668.627
2	05766060	Schieder-Schwalenberg, Stadt	1.287.457	1.313.305	1.285.598	1.626.102	1.655.454	1.777.532	1.830.626	1.816.295	1.837.735	1.868.673	1.846.435
2	05766064	Schlangen	1.179.930	1.181.845	1.281.752	1.301.565	1.453.526	1.484.463	1.529.454	1.549.521	1.559.898	1.581.842	1.597.663
2	05366036	Schleiden, Stadt	1.788.769	2.190.057	2.196.676	3.071.192	3.165.265	3.082.821	3.123.668	3.235.491	3.337.781	3.388.389	3.413.980
2	05754036	Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	2.389.960	2.547.763	2.611.994	2.628.673	2.687.578	2.713.446	2.802.876	2.837.066	2.926.772	2.911.211	2.998.980
2	05958040	Schmallenberg, Stadt	3.217.742	3.273.711	3.279.904	3.393.177	3.382.751	3.430.861	3.448.282	3.379.763	3.425.847	3.450.339	3.194.790
2	05554052	Schöppingen	854.669	881.665	878.858	887.304	895.933	940.345	991.980	960.277	940.640	953.445	960.149
2	05166024	Schwalmtal	2.549.826	2.611.103	2.645.143	3.030.283	3.040.660	3.099.468	3.090.172	3.131.585	3.198.679	3.223.828	3.223.438
2	05954024	Schweim, Stadt	3.946.119	4.206.715	4.149.279	5.192.534	6.788.650	6.880.117	6.885.148	6.919.257	6.973.027	7.050.408	7.192.992
2	05978028	Schwerte, Stadt	6.981.159	8.596.352	9.269.646	10.950.897	11.599.225	15.313.444	12.846.547	13.440.930	13.163.539	13.605.548	13.396.172

VF	AGS	Name der Kommune	Summe der Einzahlungen aus Grundsteuer A und Grundsteuer B										
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
2	05370024	Selkant	1.576.078	1.643.906	1.654.990	1.983.762	2.020.390	2.043.371	2.090.122	2.172.212	2.145.028	2.145.970	2.698.945
2	05978032	Selm, Stadt	5.598.177	5.668.189	5.739.512	5.964.271	5.969.049	6.058.526	6.089.155	6.257.337	6.375.261	6.492.121	6.626.429
2	05558044	Senden	3.045.581	3.103.185	3.147.233	3.167.447	3.255.757	3.277.339	3.367.357	3.365.871	3.454.987	3.445.716	3.632.474
2	05570040	Sendenhorst, Stadt	1.889.913	1.921.003	1.924.444	2.087.911	2.131.212	2.152.045	2.175.373	2.224.393	2.245.277	2.270.488	2.455.944
2	05382060	Siegburg, Stadt	6.976.912	7.034.581	7.102.407	12.446.647	12.738.726	12.850.341	12.798.116	12.912.230	13.469.955	13.191.150	
2	05970040	Siegen, Stadt	16.619.494	15.294.836	16.628.977	16.821.672	19.045.916	18.702.056	19.170.494	19.596.883	19.710.462	19.697.269	21.957.937
2	05334028	Simmerath	2.764.683	2.814.034	2.849.337	2.849.246	3.232.804	3.334.293	3.318.582	3.422.964	3.478.293	3.506.391	3.609.112
2	05974040	Soest, Stadt	7.220.388	7.369.880	7.471.930	7.584.981	7.635.018	8.008.503	8.177.031	8.278.600	8.438.957	8.420.876	8.428.282
1	05122000	Solingen, krfr. Stadt	31.860.550	32.699.530	32.679.429	33.518.389	33.034.821	33.277.591	37.712.080	39.481.690	39.847.173	40.696.141	40.506.056
2	05170040	Sonsbeck	1.278.714	1.260.924	1.298.510	1.317.850	1.373.398	1.353.482	1.375.238	1.374.312	1.392.295	1.400.426	1.417.065
2	05758032	Spenge, Stadt	1.796.818	1.784.543	1.794.910	2.392.907	2.891.496	2.898.615	3.043.877	2.993.499	2.838.907	2.836.559	2.851.764
2	05954028	Sprockhövel, Stadt	3.865.018	4.051.779	3.957.155	6.255.774	6.402.529	6.324.752	6.370.267	6.548.815	6.844.777	6.593.754	6.581.415
2	05554056	Stadtlohn, Stadt	3.012.170	2.938.370	3.004.901	3.217.360	3.218.138	3.234.089	3.256.604	3.419.131	3.419.140	3.502.288	3.743.704
2	05566084	Steinfurt, Stadt	4.956.705	5.089.675	5.109.154	5.387.495	6.533.434	6.884.565	7.241.257	7.811.715	7.796.368	8.075.031	8.016.234
2	05754040	Steinhagen	2.675.757	2.698.257	2.720.293	2.730.996	3.176.462	3.242.748	3.347.410	3.342.744	3.446.079	3.437.938	3.463.309
2	05762032	Steinheim, Stadt	1.943.052	1.957.338	1.999.349	2.063.762	2.060.209	2.089.393	2.122.608	2.144.951	2.179.120	2.190.847	2.468.879
2	05770044	Stemwede	1.741.384	1.783.803	1.930.518	1.989.738	2.230.687	2.269.713	2.295.966	2.162.459	2.234.666	2.293.379	2.327.823
2	05334032	Stolberg (Rhld.), Stadt	8.735.491	10.621.846	10.762.031	10.685.321	10.835.695	11.021.884	11.185.246	11.087.653	11.336.917	11.400.956	11.674.325
2	05154052	Straelen, Stadt	1.949.238	2.445.135	2.373.381	2.396.163	2.431.458	3.317.117	3.458.498	3.186.350	3.120.318	3.311.792	3.303.466
2	05554060	Südlohn	1.295.072	1.347.504	1.354.013	1.415.906	1.556.259	1.724.616	1.831.336	1.766.767	1.783.666	1.958.957	1.725.158
2	05958044	Sundern (Sauerland), Stadt	4.477.339	4.670.271	4.794.347	4.774.737	5.093.980	5.174.683	5.193.768	5.220.790	5.227.142	5.307.301	6.178.919
2	05382064	Swisttal	2.594.867	2.729.948	2.884.389	3.117.541	3.385.633	3.622.736	4.019.540	4.335.862	4.573.217	4.835.847	4.924.748
2	05566088	Tecklenburg, Stadt	1.151.152	1.268.991	1.456.060	1.438.479	1.460.255	1.657.103	1.704.532	1.782.659	1.791.247	1.847.416	1.889.113
2	05570044	Telgte, Stadt	2.861.935	2.895.558	2.982.667	3.125.742	3.152.706	3.719.058	3.549.584	3.607.234	3.624.303	3.665.148	3.715.898
2	05358056	Titz	1.093.389	1.152.941	1.160.025	1.297.558	1.429.216	1.550.040	1.664.093	1.782.433	1.927.120	2.114.820	2.261.231
2	05166028	Tönisvorst, Stadt	4.040.308	4.307.459	4.185.798	4.223.055	4.844.413	4.848.349	4.850.086	4.980.760	5.165.625	5.016.949	5.252.817
2	05382068	Troisdorf, Stadt	11.788.862	10.960.136	12.168.841	14.417.475	14.104.812	16.857.605	17.019.492	17.150.892	17.110.340	17.650.313	17.626.938
2	05370028	Übach-Palenberg, Stadt	2.852.557	3.730.880	3.916.388	4.051.398	5.354.441	5.270.779	5.470.654	5.449.708	6.329.748	5.717.674	5.855.468
2	05154056	Uedem	1.015.631	1.031.741	1.048.239	1.088.919	1.075.931	1.106.679	1.150.052	1.191.613	1.209.191	1.190.485	1.216.747
2	05978036	Unna, Stadt	10.182.629	16.448.550	16.772.597	16.746.285	16.963.473	17.342.825	17.272.884	19.063.565	19.341.456	19.874.110	19.920.462
2	05158032	Velbert, Stadt	13.869.330	17.188.187	17.608.047	17.859.259	17.582.967	18.040.351	18.229.154	18.272.102	18.624.519	18.785.931	18.707.337
2	05554064	Velen, Stadt	1.781.025	2.023.190	2.005.436	2.062.707	2.065.720	2.111.033	2.127.382	2.141.666	2.206.022	2.215.581	2.333.436
2	05754044	Verl, Stadt	2.652.196	2.733.125	2.764.178	2.764.147	3.137.107	3.046.708	2.685.990	2.606.830	2.167.402	2.367.304	2.354.247
2	05754048	Versmold, Stadt	3.141.030	3.101.641	3.150.313	3.265.529	3.383.505	3.405.475	3.513.961	3.637.800	3.724.244	3.728.188	4.103.805
2	05358060	Vettweiß	1.058.699	1.118.242	1.303.954	1.345.885	1.486.281	1.589.269	1.736.483	1.874.421	1.973.916	2.141.564	2.279.429
2	05166032	Viersen, Stadt	10.967.379	10.996.710	11.306.411	11.191.154	11.409.176	11.552.825	11.600.893	12.471.001	12.602.256	12.707.711	12.759.285
2	05758036	Viotho, Stadt	2.719.901	2.642.339	2.708.581	2.754.026	2.885.382	2.963.799	2.972.936	3.066.049	3.107.428	3.108.356	3.334.919
2	05170044	Voerde (Niederrhein), Stadt	4.965.242	5.367.854	5.226.283	7.066.883	8.139.664	8.246.167	8.310.613	8.169.588	8.442.920	8.134.914	8.490.559
2	05554068	Vreden, Stadt	3.097.951	3.054.640	3.276.343	3.462.777	3.647.028	3.789.600	3.690.942	3.913.282	3.864.615	3.869.972	4.198.445
2	05382072	Wachtberg	3.254.208	3.345.746	3.339.286	3.403.048	3.427.245	3.459.529	3.868.819	3.881.260	3.907.096	3.972.177	5.718.365
2	05154060	Wachtendonk	988.677	1.062.682	1.085.783	1.118.959	1.160.980	1.171.905	1.201.146	1.236.124	1.265.895	1.264.024	1.437.043
2	05570048	Wadersloh	1.673.318	1.679.528	1.706.669	1.733.679	1.938.797	2.017.047	2.042.870	2.065.505	2.095.626	2.174.559	2.236.864
2	05374044	Waldbröl, Stadt	2.418.193	2.602.989	2.794.935	3.498.519	3.510.009	3.589.660	4.608.491	4.666.770	4.733.563	4.793.848	4.731.241
2	05370032	Waldfeucht	1.116.794	1.161.712	1.162.617	1.500.882	1.512.116	1.550.407	1.544.114	1.559.489	1.595.865	1.612.809	1.619.007
2	05562036	Waltrup, Stadt	3.633.700	5.326.880	5.783.170	5.832.531	5.956.957	6.014.908	6.145.009	6.107.611	6.354.264	6.348.438	6.423.625
2	05762036	Warburg, Stadt	3.341.352	3.395.869	3.427.801	3.549.258	3.612.585	3.629.586	3.705.613	3.723.847	3.755.095	3.896.227	4.221.111
2	05570052	Warendorf, Stadt	5.339.647	5.455.762	5.495.858	5.514.133	5.658.169	6.183.400	6.248.710	6.302.729	6.354.436	6.364.600	6.378.970
2	05974044	Warstein, Stadt	3.203.017	3.316.802	4.122.746	4.186.581	4.107.327	5.919.256	5.969.996	6.072.574	6.102.285	6.237.887	6.263.221
2	05370036	Wassenberg, Stadt	1.885.289	2.142.489	2.131.846	2.183.923	2.233.176	2.244.964	2.278.281	2.326.513	2.154.792	2.274.776	2.272.148
2	05154064	Weeze	1.460.133	1.571.968	1.459.447	1.524.855	1.582.780	1.621.748	1.645.067	1.644.566	1.691.039	1.704.906	1.718.736
2	05370040	Wegberg, Stadt	4.076.612	4.109.997	4.140.958	4.170.526	4.998.095	5.010.209	5.116.943	5.030.411	4.869.836	5.106.658	5.758.018
2	05366040	Weilerswist	2.459.073	2.612.165	2.710.219	2.939.412	3.301.568	3.397.365	3.406.222	3.736.397	3.752.459	4.055.556	4.103.055
2	05974048	Welver	1.366.027	2.180.558	2.172.470	2.186.575	2.865.630	2.909.660	2.996.217	2.999.610	2.975.369	3.021.591	
2	05966028	Wenden	2.619.686	2.579.374	2.833.912	2.814.078	2.921.773	2.916.374	2.952.889	2.690.479	2.722.642	2.716.642	2.910.927
2	05962060	Werdohl, Stadt	2.768.885	3.980.029	3.947.445	4.099.178	4.028.504	4.069.709	4.015.692	4.034.158	4.107.089	4.065.752	4.118.847
2	05974052	Werl, Stadt	4.545.607	8.590.625	8.713.863	8.917.500	8.805.835	8.902.861	8.954.006	9.354.968	9.335.637	9.263.095	9.535.861
2	05378032	Wermelskirchen, Stadt	5.895.461	5.942.928	6.079.428	6.037.781	6.261.379	6.350.121	6.816.438	7.772.697	7.847.216	7.803.970	7.802.529
2	05978040	Werne, Stadt	4.367.874	4.473.782	4.442.270	5.588.582	6.140.801	7.282.275	7.532.732	7.489.422	8.408.947	7.942.475	7.926.410
2	05754052	Werther (Westf.), Stadt	1.555.245	1.547.206	1.580.826	1.625.241	1.648.834	1.706.249	1.701.396	1.731.379	1.784.274	1.850.573	1.995.053
2	05170048	Wesel, Stadt	9.217.387	9.286.505	9.458.635	9.938.339	10.514.918	10.378.941	10.565.106	10.805.732	11.034.664	10.915.023	11.768.494
2	05362040	Wesseling, Stadt	5.820.267	5.793.192	5.919.413	5.924.582	6.866.992	6.861.305	6.891.305	7.021.698	7.061.640	7.167.870	8.486.077
2	05566092	Westerkappeln	1.364.420	1.486.803	1.510.012	1.572.460	1.620.801	1.673.627	1.684.243	1.703.281	1.748.585	1.753.085	1.952.593
2	05954032	Wetter (Ruhr), Stadt	4.437.986	4.443.386	4.799.196	4.894.131	4.992.498	4.901.251	5.430.956	5.489.876	6.762.598	7.428.980	7.628.445
2	05566096	Wettringen	1.028.092	1.040.524	1.101.216	1.095.325	1.099.880	1.073.033	1.027.260	1.029.388	1.060.456	1.084.329	1.106.407

Tabelle Grundsteueraufkommen im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Summe der Einzahlungen aus Grundsteuer A und Grundsteuer B										
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
2	05974056	Wickede (Ruhr)	1.705.241	1.732.154	1.761.779	1.941.092	1.979.186	2.282.054	2.318.972	2.440.552	2.512.149	2.498.354	2.632.200
2	05374048	Wiehl, Stadt	3.882.034	3.854.241	4.133.610	4.197.593	4.009.329	4.588.441	4.257.926	4.062.833	4.430.967	4.333.055	5.469.578
2	05762040	Willebadessen, Stadt	927.354	939.724	952.589	991.088	994.600	991.068	1.030.288	1.092.490	1.077.786	1.092.015	1.157.387
2	05166036	Willich, Stadt	7.924.697	7.961.746	8.210.267	9.622.649	9.728.941	9.771.101	9.855.784	9.868.268	10.019.694	10.057.098	10.118.870
2	05970044	Wilnsdorf	2.714.961	3.154.781	3.003.868	3.240.966	4.320.233	3.330.117	3.509.691	3.510.905	3.545.223	3.564.123	3.605.979
2	05382076	Windeck	2.551.655	2.745.081	3.596.406	3.126.891	3.334.029	3.596.048	3.819.557	4.079.275	4.239.737	4.391.702	4.406.199
2	05958048	Winterberg, Stadt	2.498.163	2.526.440	2.496.969	2.639.559	3.053.035	2.987.648	3.122.759	3.143.402	3.121.092	3.160.722	3.172.617
2	05374052	Wipperfürth, Stadt	2.922.898	2.951.683	2.957.026	3.905.800	3.992.634	4.073.541	4.186.968	4.086.183	4.716.511	4.730.276	4.990.060
2	05954036	Witten, Stadt	16.039.504	19.916.058	20.225.802	23.579.908	31.054.275	31.541.701	31.966.203	31.944.057	32.070.364	32.228.885	34.220.723
2	05158036	Wülfrath, Stadt	4.063.011	4.108.571	4.180.082	4.286.160	4.216.668	4.302.407	4.212.756	5.105.427	4.972.353	5.718.460	6.010.267
1	05124000	Wuppertal, krfr. Stadt	60.694.322	73.644.376	73.324.377	74.061.869	73.553.200	75.594.737	76.951.983	75.969.990	75.633.125	78.272.711	77.425.028
2	05334036	Würselen, Stadt	6.454.376	7.562.707	7.507.664	7.675.671	8.228.970	8.001.409	7.991.559	8.104.714	8.342.923	8.310.368	8.343.612
2	05170052	Xanten, Stadt	2.943.728	3.217.761	3.285.725	3.330.434	3.197.766	3.353.356	3.480.096	3.523.198	3.576.560	5.070.614	5.141.046
2	05366044	Zülpich, Stadt	2.827.484	3.189.023	3.547.547	3.985.338	4.516.565	5.092.042	5.171.915	5.334.201	5.333.440	5.425.827	5.810.170
		Kommunen in Nordrhein-Westfalen insgesamt	2.923.303.976	3.107.481.824	3.168.653.983	3.422.335.503	3.595.287.354	3.671.371.557	3.736.587.476	3.821.091.528	3.853.785.298	3.922.855.124	4.005.872.846

## Anlage 3 zu Fragen 151 und 152

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer A											Veränderung
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Hebesatz Grundsteuer A 2012-2022
2	05358012	Heimbach, Stadt	250	290	330	370	470	470	700	700	700	700	900	650
2	05358016	Hürtgenwald	300	600	645	690	735	780	825	870	870	870	870	570
2	05366008	Blankenheim	250	350	350	350	350	350	450	550	650	650	650	400
2	05562004	Castrop-Rauxel, Stadt	200	285	600	600	600	600	600	600	600	600	600	400
2	05978028	Schwerte, Stadt	340	440	490	590	640	670	710	740	740	740	740	400
2	05358020	Inden	280	330	330	330	330	450	550	550	550	600	650	370
2	05566056	Mettingen	209	209	209	370	370	550	550	551	551	551	575	366
2	05978008	Bönen	300	430	430	550	550	655	655	655	655	655	655	355
2	05366036	Schleiden, Stadt	310	310	310	650	650	650	650	650	650	650	650	340
2	05566012	Greven, Stadt	260	260	260	260	310	395	520	590	590	590	590	330
2	05954016	Hattingen, Stadt	270	270	270	390	600	600	600	600	600	600	600	330
2	05358060	Vettweiß	210	220	270	270	320	336	353	371	390	410	521	311
2	05358044	Nideggen, Stadt	300	500	500	500	500	500	500	500	500	500	600	300
2	05382040	Neunkirchen-Seelscheid	310	342	352	426	470	514	519	524	542	599	599	289
2	05562008	Datteln, Stadt	220	280	330	380	500	500	500	500	500	500	500	280
2	05366020	Hellenthal	288	350	350	400	415	430	445	460	475	555	555	267
2	05358032	Langerwehe	240	240	240	240	340	350	500	500	500	500	500	260
2	05974048	Welver	245	485	485	485	485	505	505	505	505	505	505	260
2	05358028	Kreuzau	241	241	299	299	319	319	389	399	409	429	489	248
2	05974052	Werl, Stadt	239	478	478	478	478	478	478	478	478	478	478	239
2	05358056	Titz	260	280	300	300	320	340	360	380	400	475	495	235
2	05562036	Waltrop, Stadt	230	460	460	460	460	460	460	460	460	460	460	230
2	05566076	Rheine, Stadt	210	250	250	310	310	310	440	440	440	440	440	230
2	05358052	Nörvenich	260	280	290	320	360	400	460	460	460	460	460	200
2	05366012	Dahlem	255	255	270	280	290	310	350	390	410	430	450	195
2	05366044	Zülpich, Stadt	274	306	340	374	421	469	469	469	469	469	469	195
2	05554008	Bocholt, Stadt	209	209	209	209	314	314	314	404	404	404	404	195
2	05366028	Mechernich, Stadt	270	281	281	381	463	463	463	463	463	463	463	193
2	05382076	Windeck	297	330	350	370	390	410	430	450	470	490	490	193
2	05382048	Rheinbach, Stadt	260	280	290	300	310	320	353	386	419	452	452	192
2	05382064	Swisttal	247	273	295	316	320	355	374	394	414	434	438	191
2	05382004	Alfter	260	260	280	300	320	340	360	380	400	425	450	190
2	05374008	Engelskirchen	280	304	313	352	401	450	469	469	469	469	469	189
2	05954036	Witten, Stadt	197	250	250	250	380	380	380	380	380	380	380	183
2	05358024	Jülich, Stadt	252	265	265	297	307	350	365	380	380	380	430	178
2	05358004	Aldenhoven	264	339	339	339	339	440	440	440	440	440	440	176
2	05766008	Bad Salzuflen, Stadt	250	300	300	425	425	425	425	425	425	425	425	175
2	05974044	Warstein, Stadt	247	247	300	300	300	420	420	420	420	420	420	173
2	05962004	Altena, Stadt	229	229	229	229	400	400	400	400	400	400	400	171
2	05358048	Niederzier	260	260	260	280	280	280	370	370	370	430	430	170
2	05366040	Weilerswist	300	325	325	350	390	390	390	430	430	470	470	170
2	05382056	Sankt Augustin, Stadt	290	290	290	290	300	320	320	350	350	460	460	170
2	05334004	Alsdorf, Stadt	270	437	437	437	437	437	437	437	437	437	437	167
2	05978036	Unna, Stadt	280	398	398	398	398	398	398	447	447	447	447	167
2	05562016	Haltern am See, Stadt	240	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	160
2	05562028	Oer-Erkenschwick, Stadt	240	280	320	360	400	400	400	400	400	400	400	160
2	05978020	Kamen, Stadt	280	370	370	370	370	370	440	440	440	440	440	160
2	05334020	Monschau, Stadt	295	320	320	320	350	350	450	450	450	450	450	155
2	05566024	Horstmar, Stadt	209	259	259	320	335	355	355	355	355	355	355	146
2	05362004	Bedburg, Stadt	300	300	350	380	380	380	410	410	410	440	440	140
2	05374012	Gummersbach, Stadt	300	320	340	390	410	430	440	440	440	440	440	140
2	05374040	Reichshof	305	320	320	350	360	370	445	445	445	445	445	140
2	05382020	Hennef (Sieg), Stadt	290	290	290	290	340	340	340	380	380	380	430	140
2	05382028	Lohmar, Stadt	260	260	260	315	315	315	315	315	315	315	400	140

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt A im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer A										Veränderung	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Hebesatz Grundsteuer A 2012-2022
2	05382036	Much	260	290	290	290	320	320	320	320	320	320	400	140
2	05974016	Erwitte, Stadt	244	270	270	336	383	383	383	383	383	383	383	139
2	05770036	Preußisch Oldendorf, Stadt	240	240	240	372	372	372	372	372	372	372	372	132
2	05362016	Elsdorf, Stadt	270	270	340	340	340	340	340	340	340	400	400	130
2	05378024	Overath, Stadt	230	360	360	360	360	360	360	360	360	360	360	130
2	05170012	Haminkeln, Stadt	220	220	220	340	340	340	340	340	340	340	340	120
2	05362020	Erfstadt, Stadt	260	295	295	340	350	360	370	380	380	380	380	120
2	05370016	Heinsberg, Stadt	200	240	240	280	320	320	320	320	320	320	320	120
2	05962060	Werdohl, Stadt	254	369	369	369	369	369	369	369	369	369	369	115
2	05566084	Steinfurt, Stadt	275	275	275	309	313	338	363	388	388	388	388	113
2	05566080	Saerbeck	230	230	230	264	342	342	342	342	342	342	342	112
1	05914000	Hagen, krfr. Stadt	265	375	375	375	375	375	375	375	375	375	375	110
2	05170028	Neukirchen-Vluyn, Stadt	240	240	270	280	290	300	310	320	330	340	350	110
2	05170032	Rheinberg, Stadt	210	240	240	240	280	280	300	300	320	320	320	110
2	05366004	Bad Münstereifel, Stadt	310	310	310	310	310	420	420	420	420	420	420	110
2	05566020	Hopsten	220	220	330	330	330	330	330	330	330	330	330	110
2	05566044	Lienen	210	210	210	213	217	217	217	280	280	320	320	110
2	05154060	Wachtendonk	224	294	294	298	302	302	302	308	308	308	332	108
2	05358040	Merzenich	209	209	209	209	217	237	257	277	297	297	317	108
2	05554028	Heiden	247	247	247	251	255	355	355	355	355	355	355	108
2	05554048	Rhede, Stadt	209	220	220	316	316	316	316	316	316	316	316	107
2	05562032	Recklinghausen, Stadt	285	335	335	375	375	390	390	390	390	390	390	105
2	05358036	Linnich, Stadt	237	237	290	340	340	340	340	340	340	340	340	103
2	05974036	Rüthen, Stadt	247	350	350	350	350	350	350	350	350	350	350	103
2	05774016	Büren, Stadt	255	255	255	312	312	312	327	335	331	325	357	102
2	05334024	Roetgen	270	270	320	370	370	370	370	370	370	370	370	100
2	05374024	Marienheide	300	400	400	400	400	400	400	400	400	400	400	100
2	05562012	Dorsten, Stadt	350	450	450	450	450	450	450	450	450	450	450	100
2	05566088	Tecklenburg, Stadt	265	295	295	295	295	335	335	365	365	365	365	100
2	05974020	Geseke, Stadt	220	220	220	279	320	320	320	320	320	320	320	100
2	05566068	Ochtrup, Stadt	208	208	208	208	208	208	306	306	306	306	306	98
2	05962032	Lüdenscheid, Stadt	232	330	330	330	330	330	330	330	330	330	330	98
2	05374016	Hückeswagen, Stadt	305	305	305	350	400	400	400	400	400	400	400	95
2	05382072	Wachtberg	285	285	285	285	285	285	285	285	285	285	380	95
2	05566064	Nordwalde	225	250	250	320	320	320	320	320	320	320	320	95
2	05762020	Höxter, Stadt	220	242	242	252	252	252	252	252	280	315	315	95
2	05766012	Barntrup, Stadt	207	209	220	240	240	280	280	300	300	300	300	93
2	05554060	Südlohn	209	209	213	300	300	300	300	300	300	300	300	91
2	05766016	Blomberg, Stadt	209	209	209	250	250	300	300	300	300	300	300	91
2	05954008	Ennepetal, Stadt	209	209	209	213	217	300	300	300	300	300	300	91
2	05166012	Kempen, Stadt	210	210	220	220	220	290	290	290	290	290	290	90
2	05362036	Pulheim, Stadt	200	200	200	200	200	300	300	300	290	290	290	90
2	05566032	Ladbergen	210	210	210	250	300	300	300	300	300	300	300	90
2	05962052	Plettenberg, Stadt	200	209	209	290	290	290	290	290	290	290	290	90
2	05978016	Holzwickede	260	350	350	350	350	350	350	350	350	350	350	90
2	05366024	Kall	265	295	295	350	350	350	350	350	350	350	350	85
2	05370024	Selkant	245	280	330	330	330	330	330	330	330	330	330	85
2	05370040	Wegberg, Stadt	236	236	236	236	290	290	290	290	290	290	320	84
2	05558008	Billerbeck, Stadt	210	210	210	210	291	291	291	291	291	291	291	81
2	05958028	Medebach, Stadt	209	209	209	250	250	250	250	290	290	290	290	81
1	05316000	Leverkusen, krfr. Stadt	295	295	295	295	325	350	395	395	390	375	375	80
1	05913000	Dortmund, krfr. Stadt	245	245	245	325	325	325	325	325	325	325	325	80
2	05170020	Kamp-Lintfort, Stadt	220	220	220	220	300	300	300	300	300	300	300	80
2	05170052	Xanten, Stadt	260	260	260	260	260	260	260	260	260	260	340	80
2	05374004	Bergneustadt, Stadt	290	310	310	310	325	370	370	370	370	370	370	80
2	05374052	Wipperfürth, Stadt	320	320	320	320	320	320	320	320	400	400	400	80
2	05770028	Petershagen, Stadt	220	220	220	254	330	330	330	330	300	300	300	80
2	05334036	Würselen, Stadt	358	437	437	437	437	437	437	437	437	437	437	79

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt A im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer A											Veränderung Hebesatz Grundsteuer A
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022
2	05382016	Eitorf	280	280	280	300	314	324	334	344	349	354	359	79
2	05958044	Sundern (Sauerland), Stadt	259	274	274	274	304	304	304	304	304	304	335	76
1	05314000	Bonn, krfr. Stadt	265	265	265	340	340	340	340	340	340	340	340	75
2	05158024	Mettmann, Stadt	215	215	225	230	230	230	230	230	230	230	290	75
2	05158036	Wülfrath, Stadt	245	245	245	245	245	245	245	320	320	320	320	75
2	05166028	Tönisvorst, Stadt	225	225	225	225	300	300	300	300	300	300	300	75
2	05170016	Hünxe	250	275	300	325	325	325	325	325	325	325	325	75
2	05962016	Hemer, Stadt	275	350	350	350	350	350	350	350	350	350	350	75
1	05513000	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	265	269	273	273	273	273	338	338	338	338	338	73
2	05570004	Ahlen, Stadt	263	263	263	400	398	391	341	341	334	334	336	73
2	05770012	Hille	209	209	209	248	248	281	281	281	281	281	281	72
2	05754032	Rietberg, Stadt	209	209	209	209	280	280	280	280	280	280	280	71
2	05974028	Lippstadt, Stadt	229	229	229	229	300	300	300	300	300	300	300	71
2	05370032	Waldfeucht	210	210	210	280	280	280	280	280	280	280	280	70
2	05382052	Ruppichteroh	230	250	250	250	250	275	275	300	300	300	300	70
2	05766056	Oerlinghausen, Stadt	230	230	230	300	300	300	300	300	300	300	300	70
2	05970004	Bad Berleburg, Stadt	350	350	385	385	420	420	420	420	420	420	420	70
2	05978004	Bergkamen, Stadt	280	295	295	350	350	350	350	350	350	350	350	70
2	05378020	Odenthal	202	202	220	220	270	270	270	270	270	270	270	68
2	05962008	Balve, Stadt	282	350	350	350	350	350	350	350	350	350	350	68
2	05966008	Drolshagen, Stadt	209	219	219	230	276	276	276	276	276	276	276	67
2	05554012	Borken, Stadt	209	209	209	213	217	217	263	263	263	263	275	66
2	05566040	Lengerich, Stadt	220	220	220	220	272	272	272	286	286	286	286	66
2	05162028	Rommerskirchen	220	240	240	270	285	285	285	285	285	285	285	65
2	05334016	Herzogenrath, Stadt	260	260	260	325	325	325	325	325	325	325	325	65
2	05362032	Kerpen, Stadt	300	300	300	340	340	340	340	340	340	340	365	65
2	05366032	Nettersheim	295	295	295	325	342	342	342	360	360	360	360	65
2	05378032	Wermelskirchen, Stadt	230	230	230	230	260	260	295	295	295	295	295	65
2	05958036	Olsberg, Stadt	260	260	260	264	304	316	325	325	325	325	325	65
2	05962036	Meinerzhagen, Stadt	230	230	230	234	295	295	295	295	295	295	295	65
2	05170036	Schermbeck	236	236	236	236	300	300	300	300	300	300	300	64
2	05566028	Ilbbernbüren, Stadt	218	218	224	234	234	281	281	281	281	281	281	63
2	05762016	Brakel, Stadt	240	240	240	240	240	280	280	280	280	280	302	62
2	05774024	Hövelhof	185	209	209	209	209	209	209	209	209	209	247	62
2	05758032	Spenge, Stadt	209	209	209	255	300	300	300	285	270	270	270	61
2	05770040	Rahden, Stadt	209	209	209	213	213	270	270	270	270	270	270	61
2	05170024	Moers, Stadt	240	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	60
2	05370028	Übach-Palenberg, Stadt	240	300	300	300	300	300	300	300	300	300	300	60
2	05374036	Radevormwald, Stadt	340	340	360	360	380	380	400	400	400	400	400	60
2	05374044	Waldbröl, Stadt	260	290	320	320	320	320	320	320	320	320	320	60
2	05966016	Kirchhundem	220	220	220	280	280	280	280	280	280	280	280	60
2	05962028	Kierspe, Stadt	244	244	308	312	312	312	312	303	303	303	303	59
2	05570020	Ennigerloh, Stadt	209	209	209	266	266	266	266	266	266	266	266	57
2	05766036	Kalletal	220	230	230	235	248	260	268	277	277	277	277	57
2	05566036	Laer	254	279	279	279	310	310	310	310	310	310	310	56
2	05766048	Leopoldshöhe	204	209	209	230	230	260	260	260	260	260	260	56
2	05566048	Lotte	192	210	210	210	210	210	210	210	210	210	247	55
2	05754004	Borgholzhausen, Stadt	192	209	209	209	217	217	217	223	223	223	247	55
2	05754024	Langenberg	192	192	192	192	217	217	217	217	217	217	217	55
2	05766060	Schieder-Schwalenberg, Stadt	230	230	230	285	285	285	285	285	285	285	285	55
2	05770008	Espeikamp, Stadt	192	192	192	213	213	217	217	217	217	217	247	55
2	05154028	Kerken	220	220	220	230	230	230	236	250	250	250	274	54
2	05762028	Nieheim, Stadt	275	412	412	343	343	343	343	329	329	329	329	54
2	05366016	Euskirchen, Stadt	240	292	292	292	292	292	292	292	292	292	292	52
2	05754008	Güterloh, Stadt	195	195	195	195	195	195	195	195	195	195	247	52
2	05974008	Bad Sassendorf	209	209	209	223	260	260	260	260	260	260	260	51
1	05122000	Solingen, krfr. Stadt	255	255	255	255	255	255	305	305	305	305	305	50
2	05158016	Hilden, Stadt	190	190	190	190	240	240	240	240	240	240	240	50

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt A im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer A											Veränderung Hebesatz Grundsteuer A	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022	
2	05166036	Willich, Stadt	210	210	210	260	260	260	260	260	260	260	260	260	50
2	05334028	Simmerath	300	300	300	300	350	350	350	350	350	350	350	350	50
2	05378012	Kürten	270	300	310	310	320	320	320	320	320	320	320	320	50
2	05382008	Bad Honnef, Stadt	230	230	230	260	260	280	280	280	280	280	280	280	50
2	05970020	Hilchenbach, Stadt	250	250	250	250	250	250	250	250	250	250	300	250	50
2	05974004	Anröchte	230	230	230	230	280	280	280	280	280	280	280	280	50
2	05978012	Fröndenberg / Ruhr, Stadt	290	300	300	300	340	340	340	340	340	340	340	340	50
2	05154016	Goch, Stadt	209	215	215	215	258	258	258	258	258	258	258	258	49
2	05170008	Dinslaken, Stadt	233	233	258	280	280	280	280	280	280	280	280	280	47
2	05166020	Niederkrüchten	209	225	225	255	255	255	255	255	255	255	255	255	46
2	05570024	Everswinkel	209	209	209	213	213	217	217	255	255	255	255	255	46
1	05114000	Krefeld, krfr. Stadt	220	220	220	265	265	265	265	265	265	265	265	265	45
2	05170044	Voerde (Niederrhein), Stadt	255	270	270	270	300	300	300	300	300	300	300	300	45
2	05170048	Wesel, Stadt	220	220	220	220	265	265	265	265	265	265	265	265	45
2	05378028	Rösrath, Stadt	225	225	225	225	225	270	270	270	270	270	270	270	45
2	05974056	Wickede (Ruhr)	240	240	240	255	255	270	270	277	277	277	285	277	45
2	05570016	Drensteinfurt, Stadt	209	209	209	213	217	253	253	253	253	253	253	253	44
2	05570028	Oelde, Stadt	216	216	216	274	274	274	260	260	260	260	260	260	44
2	05766024	Dörentrup	224	224	234	238	242	262	262	268	268	268	268	268	44
2	05762040	Willebadessen, Stadt	280	280	280	308	308	308	308	323	323	323	323	323	43
2	05378004	Bergisch Gladbach, Stadt	255	255	255	255	274	274	297	297	297	297	297	297	42
2	05566008	Emsdetten, Stadt	209	209	209	230	251	251	251	251	251	251	251	251	42
2	05758024	Löhne, Stadt	231	231	231	246	273	273	273	273	268	268	273	268	42
2	05766052	Lügde, Stadt	209	209	209	230	250	250	250	250	250	250	250	250	41
2	05958024	Marsberg, Stadt	280	280	280	321	321	380	380	380	380	380	380	321	41
2	05162008	Grevenbroich, Stadt	260	260	260	260	300	300	300	300	300	300	300	300	40
2	05162020	Korschenbroich, Stadt	235	235	235	250	250	250	250	275	275	275	275	275	40
2	05334012	Eschweiler, Stadt	270	270	270	290	310	310	310	310	310	310	310	310	40
2	05362008	Bergheim, Stadt	300	300	300	300	340	340	340	340	340	340	340	340	40
2	05370012	Geilenkirchen, Stadt	260	260	260	260	267	267	267	267	267	267	267	300	40
2	05382024	Königswinter, Stadt	260	260	260	260	260	260	300	300	300	300	300	300	40
2	05382044	Niederkassel, Stadt	260	260	260	270	270	270	270	270	270	270	270	270	40
2	05958048	Winterberg, Stadt	270	270	270	270	310	310	310	310	310	310	310	310	40
2	05962020	Herscheid	220	220	220	220	240	240	240	240	240	240	260	240	40
2	05154004	Bedburg-Hau	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05154012	Geldern, Stadt	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05554004	Ahaus, Stadt	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05554016	Gescher, Stadt	209	209	209	230	230	230	230	230	230	230	230	247	38
2	05554056	Stadtlohn, Stadt	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05554068	Vreden, Stadt	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05566092	Westerkappeln	209	220	220	220	220	220	220	220	220	220	220	247	38
2	05570048	Wadersloh	209	209	209	213	234	234	234	234	234	234	247	234	38
2	05754048	Versmold, Stadt	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05754052	Werther (Westf.), Stadt	209	209	209	213	217	217	217	217	217	217	223	247	38
2	05758004	Bünde, Stadt	209	209	209	213	213	224	224	224	224	224	224	247	38
2	05758016	Hiddenhausen	209	221	221	221	221	221	221	221	221	221	221	247	38
2	05758020	Kirchlengern	185	185	209	209	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05774032	Paderborn, Stadt	209	209	209	209	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05966012	Finnentrop	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05970044	Wilnsdorf	237	250	250	250	275	275	275	275	275	275	275	275	38
2	05974012	Ense	209	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	247	38
2	05974024	Lippetal	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	247	38
2	05334008	Baesweiler, Stadt	234	234	234	250	250	250	250	250	270	270	270	270	36
1	05117000	Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	230	265	265	265	265	265	265	265	265	265	265	265	35
2	05570040	Sendenhorst, Stadt	213	213	213	213	217	217	217	223	223	223	223	247	34
2	05970012	Erndtebrück	316	316	316	316	316	316	316	316	316	316	350	316	34
2	05962024	Iserlohn, Stadt	232	265	265	265	265	265	265	265	265	265	265	265	33
2	05758036	Vlotho, Stadt	215	215	215	215	237	237	237	237	237	237	247	237	32

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt A im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer A										Veränderung	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Hebesatz Grundsteuer A 2012-2022
2	05554024	Heek	192	192	192	192	217	217	217	223	223	223	223	31
2	05570036	Sassenberg, Stadt	209	209	220	220	240	240	240	240	240	240	240	31
2	05758008	Enger, Stadt	209	209	209	230	230	230	230	240	240	240	240	31
2	05774004	Altenbeken	216	216	216	216	216	216	216	216	216	225	247	31
2	05970028	Bad Laasphe, Stadt	307	307	324	324	338	338	338	338	338	338	338	31
2	05154008	Emmerich am Rhein, Stadt	220	220	220	250	250	250	250	250	250	250	250	30
2	05362040	Wesseling, Stadt	220	220	220	220	250	250	250	250	250	250	250	30
2	05374020	Lindlar	370	370	370	400	400	400	400	400	400	400	400	30
2	05374028	Morsbach	400	400	400	400	400	400	430	430	430	430	430	30
2	05374032	Nümbrecht	293	296	299	302	305	308	311	314	317	320	323	30
2	05374048	Wiehl, Stadt	230	230	230	260	260	260	260	260	260	260	260	30
2	05382012	Bornheim, Stadt	260	260	260	260	260	290	290	290	290	290	290	30
2	05382032	Meckenheim, Stadt	250	250	250	260	260	260	260	260	270	270	280	30
2	05754020	Herzebrock-Clarholz	175	175	175	175	175	205	205	205	205	205	205	30
2	05570052	Warendorf, Stadt	279	279	279	279	279	308	308	308	308	308	308	29
2	05558004	Ascheberg	209	209	209	254	254	236	217	213	213	213	237	28
2	05770032	Porta Westfalica, Stadt	217	229	229	229	245	245	245	245	245	245	245	28
2	05954024	Schwelm, Stadt	192	210	210	215	220	220	220	220	220	220	220	28
2	05154044	Rees, Stadt	220	220	220	220	220	220	220	223	223	223	247	27
2	05154052	Straelen, Stadt	190	205	205	205	205	217	217	217	217	217	217	27
2	05766040	Lage, Stadt	220	220	220	220	220	220	220	223	223	223	247	27
2	05954032	Wetter (Ruhr), Stadt	220	220	220	220	220	220	220	220	220	223	247	27
2	05958012	Brilon, Stadt	243	243	243	243	270	270	270	270	270	270	270	27
2	05570012	Beelen	209	209	209	209	209	209	209	223	223	223	235	26
1	05515000	Münster, krfr. Stadt	230	240	240	255	255	255	255	255	255	255	255	25
2	05166008	Grefrath	255	255	255	280	280	280	280	280	280	280	280	25
2	05554020	Gronau (Westf.), Stadt	192	192	192	202	217	217	217	217	217	217	217	25
2	05570044	Telgte, Stadt	220	220	220	220	220	260	245	245	245	245	245	25
2	05758028	Rödinghausen	300	350	350	350	350	350	350	325	325	325	325	25
2	05762032	Steinheim, Stadt	240	265	265	265	265	265	265	265	265	265	265	25
2	05774008	Bad Lippspringe, Stadt	192	192	192	192	192	192	192	217	217	217	217	25
2	05762012	Borgentreich, Stadt	308	308	308	314	314	314	314	314	314	314	314	23
2	05766028	Extertal	217	230	250	250	250	250	250	250	240	240	240	23
2	05766032	Horn-Bad Meinberg, Stadt	227	227	227	227	227	227	227	250	250	250	250	23
2	05766044	Lemgo, Stadt	230	230	230	230	253	253	253	253	253	253	253	23
2	05766064	Schlangen	228	228	228	228	251	251	251	251	251	251	251	23
2	05954028	Sprockhövel, Stadt	227	227	227	250	250	250	250	250	250	250	250	23
2	05566052	Metelen	209	231	231	231	231	231	231	231	231	231	231	22
2	05154020	Issum	211	211	211	211	211	232	232	232	232	232	232	21
2	05154032	Kevelaer, Stadt	209	209	209	230	230	230	230	230	230	230	230	21
2	05162004	Dormagen, Stadt	220	241	241	241	241	241	241	241	241	241	241	21
2	05770024	Minden, Stadt	228	249	249	249	249	249	249	249	249	249	249	21
1	05116000	Mönchengladbach, krfr. Stadt	220	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	20
2	05362024	Frechen, Stadt	280	280	280	280	280	310	310	310	300	300	300	20
2	05378016	Leichlingen (Rhld.), Stadt	210	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	20
2	05554032	Isselburg, Stadt	224	224	224	224	240	244	244	254	256	244	244	20
2	05770004	Bad Oeynhausen, Stadt	220	220	220	220	240	240	240	240	240	240	240	20
2	05954004	Breckerfeld, Stadt	250	250	250	250	270	270	270	270	270	270	270	20
2	05962040	Menden (Sauerland), Stadt	230	230	230	230	250	250	250	250	250	250	250	20
2	05962056	Schalke, Stadt	220	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	20
2	05966020	Lenne, Stadt	220	220	220	240	240	240	240	240	240	240	240	20
2	05978040	Werne, Stadt	380	380	380	400	400	400	400	400	400	400	400	20
2	05158008	Haan, Stadt	200	209	209	219	219	219	219	219	219	219	219	19
2	05554036	Legden	209	228	228	228	228	228	228	228	228	228	228	19
2	05762004	Bad Driburg, Stadt	257	257	257	276	276	276	276	276	276	276	276	19
2	05554040	Raesfeld	269	269	269	273	277	277	277	283	283	283	287	18
2	05154048	Rheurdt	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	247	17
2	05554064	Velen, Stadt	247	255	255	259	263	263	263	263	263	263	263	16

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt A im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer A										Veränderung	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022
2	05958008	Bestwig	230	230	230	235	239	239	239	246	246	246	246	16
2	05558032	Nottuln	235	235	235	235	235	235	235	235	235	235	250	15
2	05766020	Detmold, Stadt	192	192	192	192	217	217	217	207	207	207	207	15
2	05770044	Stemwede	208	208	209	213	240	240	240	223	223	223	223	15
2	05958016	Eslohe (Sauerland)	211	211	211	226	226	226	226	226	226	226	226	15
2	05570032	Ostbevern	209	209	209	213	217	217	217	217	223	223	223	14
2	05770016	Hüllhorst	209	209	209	213	217	272	272	272	272	272	223	14
2	05966024	Olpe, Stadt	209	209	209	213	217	217	217	223	223	223	223	14
2	05566072	Recke	359	371	371	371	371	371	371	371	371	371	371	12
2	05958032	Meschede, Stadt	248	248	248	248	248	260	260	260	260	260	260	12
2	05154024	Kalkar, Stadt	250	250	250	250	250	260	260	260	260	260	260	10
2	05378008	Burscheid, Stadt	250	250	250	250	260	260	260	260	260	260	260	10
2	05558012	Coesfeld, Stadt	240	250	250	250	250	250	250	250	250	250	250	10
2	05558028	Nordkirchen	250	250	250	250	260	260	260	260	260	260	260	10
2	05758012	Herford, Stadt	227	237	237	237	237	237	237	237	237	237	237	10
2	05566004	Altenberge	209	209	209	209	209	209	209	209	218	218	218	9
2	05762024	Marienmünster, Stadt	265	265	265	265	265	274	274	274	274	274	274	9
2	05154036	Kleve, Stadt	209	209	209	213	217	217	217	217	217	217	217	8
2	05154056	Uedem	209	209	209	209	209	209	217	217	217	217	217	8
2	05970008	Burbach	215	215	215	215	215	215	215	223	223	223	223	8
2	05166004	Brüggen	240	240	240	240	240	240	240	240	240	240	247	7
2	05558036	Olfen, Stadt	210	210	210	214	217	217	217	217	217	217	217	7
2	05566016	Hörstel, Stadt	209	209	209	213	213	213	213	213	213	213	213	4
2	05970036	Neunkirchen	209	209	209	213	213	213	213	213	213	213	213	4
2	05774012	Borchen	220	220	220	220	220	220	220	223	223	223	223	3

## Anlage 4 zu Fragen 151 und 152

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B											Veränderung
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Hebesatz Grundsteuer B 2012-2022
2	05358016	Hürtgenwald	395	435	455	475	786	926	950	950	950	950	950	555
2	05962004	Altena, Stadt	400	500	500	766	910	910	910	910	910	910	910	510
2	05978008	Bönen	430	610	610	790	790	940	940	940	940	940	940	510
2	05358052	Nörvenich	413	465	530	590	690	790	910	910	910	910	910	497
2	05358012	Heimbach, Stadt	413	450	490	530	630	630	700	700	700	700	900	487
2	05358020	Inden	420	460	460	460	460	580	780	780	780	830	880	460
2	05358044	Nideggen, Stadt	450	600	725	850	850	850	850	850	850	850	890	440
2	05954036	Witten, Stadt	470	590	590	690	910	910	910	910	910	910	910	440
2	05358032	Langerwehe	400	413	413	413	560	620	700	700	700	760	820	420
2	05374004	Bergneustadt, Stadt	485	626	755	876	959	959	959	959	959	959	895	410
2	05978028	Schwerte, Stadt	480	580	630	730	780	810	850	880	880	890	880	400
2	05974048	Welver	405	595	595	595	799	799	799	799	799	799	799	394
2	05562008	Datteln, Stadt	435	535	635	825	825	825	825	825	825	825	825	390
2	05974052	Werl, Stadt	421	800	800	800	800	800	800	800	800	800	800	379
2	05566036	Laer	413	454	454	454	650	790	790	790	790	790	790	377
2	05378024	Overath, Stadt	475	480	493	850	850	850	850	850	850	850	850	375
2	05562016	Haltern am See, Stadt	450	825	825	825	825	825	825	825	825	825	825	375
2	05562028	Oer-Erkenschwick, Stadt	450	550	650	750	825	825	825	825	825	825	825	375
2	05978036	Unna, Stadt	475	769	769	762	762	762	762	843	843	843	843	368
2	05358004	Aldenhoven	453	528	528	635	850	880	880	820	820	820	820	367
1	05117000	Mülheim an der Ruhr, krfr. Stadt	530	560	560	640	640	640	640	890	890	890	890	360
2	05362016	Elsdorf, Stadt	450	450	580	580	640	715	715	715	715	810	810	360
2	05170020	Kamp-Lintfort, Stadt	413	413	413	436	470	765	765	765	765	765	765	352
2	05382020	Hennef (Sieg), Stadt	440	475	475	600	600	600	640	640	640	640	785	345
2	05374044	Waldbröl, Stadt	413	440	470	590	590	590	765	765	765	765	755	342
2	05358056	Titz	420	440	440	480	520	560	600	640	680	720	760	340
2	05962032	Lüdenscheid, Stadt	429	460	460	470	630	680	730	786	786	766	766	337
2	05954016	Hattingen, Stadt	540	540	540	660	875	875	875	875	875	875	875	335
2	05382048	Rheinbach, Stadt	420	435	453	471	501	532	585	641	697	753	753	333
2	05382028	Lohmar, Stadt	460	460	460	590	590	590	620	620	620	620	790	330
2	05382060	Siegburg, Stadt	460	460	460	790	790	790	790	790	790	790	790	330
2	05358024	Jülich, Stadt	452	480	480	517	535	630	660	690	690	690	780	328
2	05562004	Castrop-Rauxel, Stadt	500	625	625	625	825	825	825	825	825	825	825	325
2	05366036	Schleiden, Stadt	413	500	500	695	695	695	695	695	735	735	735	322
2	05562014	Gladbeck, Stadt	530	690	690	690	690	690	690	690	690	750	850	320
2	05358060	Vettweiß	381	399	449	449	499	524	550	579	608	639	699	318
2	05974044	Warstein, Stadt	413	420	520	520	520	730	730	730	730	730	730	317
2	05382004	Alfter	440	440	475	510	545	580	615	650	685	750	750	310
2	05382056	Sankt Augustin, Stadt	440	440	440	440	460	490	490	550	550	750	750	310
2	05954024	Schwelm, Stadt	435	465	465	580	742	742	742	742	742	742	742	307
2	05170024	Moers, Stadt	435	490	490	740	740	740	740	740	740	740	740	305
2	05954008	Ennepetal, Stadt	441	460	460	470	485	712	712	740	740	740	740	299
2	05382008	Bad Honnef, Stadt	420	420	470	520	520	730	730	730	715	715	715	295
2	05954032	Wetter (Ruhr), Stadt	460	460	490	490	500	500	540	540	670	725	755	295
2	05366044	Zülpich, Stadt	403	450	500	550	620	690	690	690	690	690	690	287
2	05382064	Swisttal	415	457	485	516	520	575	602	632	662	692	702	287
2	05374024	Marienheide	413	500	600	735	735	735	699	699	699	699	699	286
2	05334004	Alsdorf, Stadt	413	575	575	575	695	695	695	695	695	695	695	282
2	05382040	Neunkirchen-Seelscheid	436	468	478	552	596	634	645	650	668	725	717	281
2	05374016	Hückeswagen, Stadt	435	435	435	580	630	690	690	695	695	698	710	275
2	05382076	Windeck	442	470	500	530	566	596	635	660	690	715	715	273
2	05158012	Heiligenhaus, Stadt	410	410	590	680	680	680	680	680	680	680	680	270
2	05378028	Rösrath, Stadt	420	480	590	590	590	690	690	690	690	690	690	270
2	05370028	Übach-Palenberg, Stadt	413	550	550	550	695	695	695	695	680	680	680	267

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt B im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B										Veränderung Hebesatz Grundsteuer B	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022
1	05112000	Duisburg, krfr. Stadt	590	695	695	855	855	855	855	855	855	855	855	265
2	05382012	Bornheim, Stadt	430	430	470	500	500	595	645	695	695	695	695	265
2	05382072	Wachtberg	430	430	430	430	430	430	480	480	480	480	480	265
2	05158024	Mettmann, Stadt	415	415	435	450	450	480	480	480	480	675	675	260
2	05378020	Odenthal	420	420	450	490	540	540	540	540	540	540	680	260
2	05562020	Herten, Stadt	530	565	565	795	795	795	790	790	790	790	790	260
2	05562024	Marl, Stadt	530	660	660	660	790	790	790	790	790	790	790	260
2	05954028	Sprockhövel, Stadt	470	462	462	730	730	730	730	730	730	730	730	260
2	05366008	Blankenheim	391	450	450	450	450	450	550	600	650	650	650	259
2	05170044	Voerde (Niederrhein), Stadt	435	460	460	600	690	690	690	690	690	690	690	255
2	05954020	Herdecke, Stadt	490	490	490	685	685	685	685	745	745	745	745	255
2	05978012	Fröndenberg / Ruhr, Stadt	440	450	450	450	610	695	695	695	695	695	695	255
2	05334020	Monschau, Stadt	445	495	545	595	645	645	695	695	695	695	695	250
2	05382044	Niederkassel, Stadt	440	440	440	600	600	600	600	600	600	600	690	250
2	05562036	Waltrip, Stadt	450	650	700	700	700	700	700	700	700	700	700	250
2	05978020	Kamen, Stadt	440	580	580	580	580	580	690	690	690	690	690	250
2	05978040	Werne, Stadt	415	415	415	565	565	665	665	665	665	665	665	250
2	05962020	Herscheid	432	432	432	463	550	550	550	550	550	550	680	248
2	05378004	Bergisch Gladbach, Stadt	490	490	490	490	545	545	570	570	570	570	731	241
2	05362032	Kerpen, Stadt	480	480	480	550	600	600	600	620	620	620	720	240
2	05382024	Königswinter, Stadt	450	450	450	470	485	500	515	530	545	560	690	240
2	05382036	Much	410	450	450	450	500	500	515	530	545	560	650	240
2	05170052	Xanten, Stadt	413	450	450	450	450	450	450	450	450	450	650	237
2	05374008	Engelskirchen	413	485	494	533	582	631	650	650	650	650	650	237
2	05374020	Lindlar	430	440	450	560	570	595	595	595	595	665	665	235
2	05978004	Bergkamen, Stadt	435	450	450	670	670	670	670	670	670	670	670	235
2	05334024	Roetgen	427	427	490	530	570	595	620	620	660	660	660	233
2	05170008	Dinslaken, Stadt	417	417	460	480	498	648	648	648	648	648	648	231
2	05170012	Hamminkeln, Stadt	420	420	420	650	650	650	650	650	650	650	650	230
2	05566024	Horstmar, Stadt	413	413	413	490	590	640	640	640	640	640	640	227
2	05970020	Hilchenbach, Stadt	413	413	413	460	475	490	490	490	490	640	640	227
1	05916000	Herne, krfr. Stadt	520	560	560	600	600	745	745	745	745	745	745	225
2	05962016	Hemer, Stadt	455	680	680	680	680	680	680	680	680	680	680	225
1	05914000	Hagen, krfr. Stadt	530	750	750	750	750	750	750	750	750	750	750	220
2	05370024	Selfkant	440	445	445	530	530	530	530	530	530	530	660	220
2	05374052	Wipperfürth, Stadt	413	413	413	550	550	550	550	590	630	630	630	217
2	05358040	Merzenich	413	413	413	413	429	469	509	549	589	589	629	216
2	05366004	Bad Münstereifel, Stadt	420	490	490	490	560	585	585	635	635	635	635	215
2	05554048	Rhede, Stadt	413	435	435	625	625	625	625	625	625	625	625	212
2	05362020	Erfstadt, Stadt	440	495	495	570	590	610	630	650	650	650	650	210
2	05554008	Bocholt, Stadt	420	420	420	630	630	630	630	630	630	630	630	210
2	05770036	Preußisch Oldendorf, Stadt	420	420	420	630	630	630	630	630	630	630	630	210
2	05970016	Freudenberg, Stadt	440	440	650	650	650	650	650	650	650	650	650	210
2	05766016	Blomberg, Stadt	413	413	413	495	495	620	620	620	620	620	620	207
2	05962060	Werdohl, Stadt	461	668	668	668	668	668	668	668	668	668	668	207
2	05162008	Grevenbroich, Stadt	425	425	450	450	475	500	500	500	500	625	625	200
2	05562032	Recklinghausen, Stadt	495	580	580	650	650	695	695	695	695	695	695	200
2	05954012	Gevelsberg, Stadt	495	495	495	495	695	695	695	695	695	695	695	200
2	05970028	Bad Laasphe, Stadt	450	450	475	475	495	495	495	650	650	650	650	200
2	05366028	Mechernich, Stadt	396	413	413	513	595	595	595	595	595	595	595	199
2	05362004	Bedburg, Stadt	475	475	550	550	590	590	630	630	630	670	670	195
2	05962052	Plettenberg, Stadt	397	413	413	590	590	590	590	590	590	590	590	193
2	05566084	Steinfurt, Stadt	451	451	451	465	569	592	617	638	642	642	642	191
2	05370012	Geilenkirchen, Stadt	413	426	456	456	486	486	486	486	486	486	600	187
2	05962048	Neuenrade, Stadt	415	550	600	600	600	600	600	600	600	600	600	185
2	05366020	Hellenthal	413	450	450	500	510	520	530	540	550	595	595	182
2	05170016	Hünxe	420	470	510	550	600	600	600	600	600	600	600	180
2	05562012	Dorsten, Stadt	600	780	780	780	780	780	780	780	780	780	780	180

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt B im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B										Veränderung	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Hebesatz Grundsteuer B 2012-2022
2	05566076	Rheine, Stadt	420	480	480	600	600	600	600	600	600	600	600	180
2	05766008	Bad Salzuflen, Stadt	440	495	495	620	620	620	620	620	620	620	620	180
2	05978024	Lünen, Stadt	580	580	580	760	760	760	760	760	760	760	760	180
2	05758032	Spenge, Stadt	413	413	413	532	650	650	650	620	590	590	590	177
2	05974056	Wickede (Ruhr)	430	440	440	480	480	550	550	580	580	580	605	175
2	05358036	Linnich, Stadt	427	427	460	490	490	490	560	600	600	600	600	173
2	05170028	Neukirchen-Vluyn, Stadt	401	401	450	460	470	480	490	500	510	520	572	171
1	05711000	Bielefeld, krfr. Stadt	490	539	539	580	620	660	660	660	660	660	660	170
2	05366040	Weilerswist	400	425	425	450	490	490	490	530	530	570	570	170
2	05358028	Kreuzau	420	420	449	449	469	469	489	499	509	529	589	169
2	05358048	Niederzier	413	413	413	430	430	430	520	520	520	580	580	167
2	05162020	Korschenbroich, Stadt	425	425	425	480	480	480	480	590	590	590	590	165
2	05566088	Tecklenburg, Stadt	430	470	510	510	510	580	580	595	595	595	595	165
2	05366012	Dahlem	391	391	413	423	429	450	475	495	510	530	554	163
1	05316000	Leverkusen, krfr. Stadt	590	590	590	592	650	700	790	790	780	750	750	160
2	05382032	Meckenheim, Stadt	411	411	411	431	501	501	531	531	551	551	571	160
2	05962036	Meinerzhagen, Stadt	415	415	415	425	575	575	575	575	575	575	575	160
2	05374012	Gummersbach, Stadt	413	430	450	470	520	560	570	570	570	570	570	157
2	05374040	Reichshof	413	430	430	530	550	570	570	570	570	570	570	157
2	05382052	Ruppichteroth	413	435	450	465	480	495	510	525	540	555	570	157
2	05766048	Leopoldshöhe	406	413	413	490	490	560	560	560	560	560	560	154
2	05770028	Petershagen, Stadt	397	413	413	462	600	600	600	600	550	550	550	153
2	05374028	Morsbach	413	430	430	495	495	515	525	535	545	555	565	152
1	05314000	Bonn, krfr. Stadt	530	530	530	680	680	680	680	680	680	680	680	150
2	05158036	Wülfrath, Stadt	465	465	465	465	465	465	465	530	530	615	615	150
2	05362008	Bergheim, Stadt	450	480	480	480	600	600	600	600	600	600	600	150
2	05362012	Brühl, Stadt	450	450	450	450	600	600	600	600	600	600	600	150
2	05382068	Troisdorf, Stadt	440	440	440	500	500	590	590	590	590	590	590	150
2	05766060	Schieder-Schwalenberg, Stadt	430	430	430	535	550	565	580	580	580	580	580	150
2	05970040	Siegen, Stadt	435	435	475	475	525	525	525	525	525	525	585	150
2	05382016	Eitorf	440	440	440	490	531	541	564	574	579	584	589	149
2	05766032	Horn-Bad Meinberg, Stadt	433	433	433	433	580	580	580	580	580	580	580	147
2	05966016	Kirchhundem	413	413	440	560	560	560	560	560	560	560	560	147
1	05116000	Mönchengladbach, krfr. Stadt	475	520	520	520	620	620	620	620	620	620	620	145
1	05513000	Gelsenkirchen, krfr. Stadt	530	538	545	545	545	545	545	675	675	675	675	145
2	05362040	Wesseling, Stadt	450	450	450	450	495	495	495	495	495	495	595	145
2	05978016	Holzwickede	415	560	560	560	560	560	560	560	560	560	560	145
2	05366024	Kall	413	455	455	555	555	555	555	555	555	555	555	142
2	05962040	Menden (Sauerland), Stadt	455	455	455	495	595	595	595	595	595	595	595	140
2	05554016	Gescher, Stadt	413	413	454	454	454	550	550	550	550	550	550	137
2	05362036	Pulheim, Stadt	420	420	420	420	420	565	565	565	555	555	555	135
2	05966008	Drolshagen, Stadt	413	434	434	456	547	547	547	547	547	547	547	134
2	05774012	Borchen	310	380	380	380	405	405	405	443	443	443	443	133
2	05954004	Breckerfeld, Stadt	430	430	430	430	560	560	560	560	560	560	560	130
2	05962008	Balve, Stadt	470	600	600	600	600	600	600	600	600	600	600	130
2	05154052	Straelen, Stadt	300	345	345	345	429	429	429	429	429	429	429	129
2	05362024	Frechen, Stadt	391	420	420	420	420	520	520	520	520	520	520	129
2	05370040	Wegberg, Stadt	421	421	421	421	491	491	491	491	491	491	550	129
2	05154024	Kalkar, Stadt	425	425	425	425	429	429	429	429	429	429	429	129
2	05766012	Barntrup, Stadt	396	413	420	460	460	500	500	520	520	520	520	125
2	05958044	Sundern (Sauerland), Stadt	452	467	467	467	497	497	497	497	497	497	576	124
2	05970032	Netphen, Stadt	413	413	413	460	460	460	495	535	535	535	535	122
1	05120000	Remscheid, krfr. Stadt	500	600	600	784	784	784	640	640	620	620	620	120
2	05370016	Heinsberg, Stadt	380	420	420	460	500	500	500	500	500	500	500	120
2	05378012	Kürten	480	550	550	550	600	600	600	600	600	600	600	120
2	05378016	Leichlingen (Rhld.), Stadt	430	495	495	495	550	550	550	550	550	550	550	120
2	05774024	Hövelhof	360	413	413	413	413	413	413	413	413	413	479	119
2	05762020	Höxter, Stadt	393	435	435	456	456	456	442	442	450	510	510	117

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt B im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B										Veränderung Hebesatz Grundsteuer B	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022
2	05770032	Porta Westfalica, Stadt	413	429	429	429	590	590	590	590	530	530	530	117
2	05366016	Euskirchen, Stadt	380	496	496	496	496	496	496	496	496	496	496	116
2	05570020	Ennigerloh, Stadt	413	413	413	529	529	529	529	529	529	529	529	116
2	05766040	Lage, Stadt	413	413	418	423	429	429	429	443	443	443	529	116
2	05566040	Lengerich, Stadt	413	413	413	440	440	497	497	497	528	528	528	115
2	05566044	Lienen	415	415	415	423	429	429	495	495	530	530	530	115
2	05378032	Wermelskirchen, Stadt	488	488	488	488	505	505	527	600	600	600	600	112
2	05758008	Enger, Stadt	413	413	413	423	423	475	475	525	525	525	525	112
1	05124000	Wuppertal, krfr. Stadt	510	620	620	620	620	620	620	620	620	620	620	110
1	05512000	Bottrop, krfr. Stadt	570	590	590	590	590	590	680	680	680	680	680	110
2	05158032	Velbert, Stadt	440	550	550	550	550	550	550	550	550	550	550	110
2	05566012	Greven, Stadt	470	500	500	500	540	580	580	580	580	580	580	110
2	05958036	Olsberg, Stadt	412	412	412	423	486	505	520	520	520	520	520	108
2	05334012	Eschweiler, Stadt	413	450	450	490	520	520	520	520	520	520	520	107
2	05370032	Waldfeucht	413	413	413	520	520	520	520	520	520	520	520	107
2	05566028	Ibbenbüren, Stadt	422	422	428	448	448	529	529	529	529	529	529	107
2	05974004	Anröchte	413	418	418	430	520	520	520	520	520	520	520	107
2	05974016	Erwitte, Stadt	413	458	458	496	519	519	519	519	519	519	519	106
2	05766036	Kalletal	406	416	416	421	446	471	491	511	511	511	511	105
2	05766056	Oerlinghausen, Stadt	440	440	440	515	515	515	515	545	545	545	545	105
2	05758028	Rödinghausen	340	390	390	465	465	465	465	443	443	443	443	103
2	05570004	Ahlen, Stadt	435	435	435	564	561	552	550	550	547	532	537	102
1	05122000	Solingen, krfr. Stadt	590	590	590	590	590	590	665	690	690	690	690	100
1	05915000	Hamm, krfr. Stadt	500	500	500	600	600	600	600	600	600	600	600	100
2	05158004	Erkrath, Stadt	420	420	420	420	420	520	520	520	520	520	520	100
2	05158016	Hilden, Stadt	380	380	380	380	480	480	480	480	480	480	480	100
2	05334032	Stolberg (Rhld.), Stadt	495	595	595	595	595	595	595	595	595	595	595	100
2	05962028	Kierspe, Stadt	406	413	464	474	480	480	480	487	487	487	505	99
2	05566048	Lotte	381	413	413	413	413	413	413	413	413	413	413	98
2	05754004	Borgholzhausen, Stadt	381	413	413	413	429	429	429	443	443	443	479	98
2	05754008	Gütersloh, Stadt	381	381	381	381	381	381	381	381	381	381	479	98
2	05754024	Langenberg	381	381	381	381	429	429	429	429	429	429	429	98
2	05770008	Espelkamp, Stadt	381	381	381	423	423	429	429	429	429	429	479	98
2	05170032	Rheinberg, Stadt	413	413	435	435	450	450	470	470	490	490	510	97
2	05566056	Mettingen	413	413	413	485	485	485	485	485	485	485	510	97
2	05570024	Everswinkel	413	413	413	423	423	429	429	510	510	510	510	97
2	05970036	Neunkirchen	428	450	450	475	475	475	525	525	525	525	525	97
2	05334016	Herzogenrath, Stadt	414	414	414	510	510	510	510	510	510	510	510	96
2	05758020	Kirchlengern	350	350	413	413	429	429	429	443	443	443	443	93
2	05766024	Dörentrup	420	428	438	448	454	494	494	508	508	508	508	88
2	05774020	Delbrück, Stadt	335	380	380	423	423	423	423	423	423	423	423	88
2	05570016	Drensteinfurt, Stadt	413	413	413	423	429	500	500	500	500	500	500	87
2	05766064	Schlangen	404	404	433	433	476	483	491	491	491	491	491	87
2	05566068	Ochtrup, Stadt	412	412	412	412	412	412	412	412	412	412	498	86
2	05770012	Hille	413	413	413	441	441	499	499	499	499	499	499	86
2	05154016	Goch, Stadt	413	415	415	415	498	498	498	498	498	498	498	85
2	05970012	Erndtebrück	425	425	425	425	450	450	450	495	495	495	510	85
2	05162016	Kaarst, Stadt	420	440	440	440	440	440	440	440	440	440	504	84
2	05566032	Ladbergen	395	395	415	430	430	430	430	443	443	443	479	84
2	05566052	Metelen	413	457	457	495	495	495	495	495	495	495	495	82
2	05762028	Nieheim, Stadt	413	619	619	516	516	516	516	495	495	495	495	82
2	05974008	Bad Sassendorf	413	413	413	433	495	495	495	495	495	495	495	82
2	05766004	Augustdorf	413	420	420	420	429	429	429	494	494	494	494	81
1	05113000	Essen, krfr. Stadt	590	590	590	670	670	670	670	670	670	670	670	80
1	05119000	Oberhausen, krfr. Stadt	590	590	590	640	640	640	670	670	670	670	670	80
1	05911000	Bochum, krfr. Stadt	565	565	605	645	645	645	645	645	645	645	645	80
2	05558028	Nordkirchen	460	460	460	460	540	540	540	540	540	540	540	80
2	05334036	Würselen, Stadt	496	575	575	575	575	575	575	575	575	575	575	79

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt B im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B										Veränderung	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Hebesatz Grundsteuer B 2012-2022
2	05766028	Extertal	406	455	495	495	495	495	495	495	485	485	485	79
2	05966012	Finnentrop	413	413	413	436	442	457	457	472	472	472	491	78
2	05554060	Südlohn	413	413	413	423	429	490	490	490	490	490	490	77
2	05958028	Medebach, Stadt	413	413	413	450	450	450	450	490	490	490	490	77
2	05166036	Willich, Stadt	420	420	420	495	495	495	495	495	495	495	495	75
2	05366032	Nettersheim	395	413	413	433	450	450	450	470	470	470	470	75
2	05374032	Nümbrecht	413	420	428	437	444	451	458	465	473	481	488	75
2	05570028	Oelde, Stadt	400	400	400	504	504	504	474	474	474	474	474	74
2	05774016	Büren, Stadt	413	413	413	423	423	429	444	460	456	450	484	71
2	05970044	Wilnsdorf	404	450	450	450	475	475	475	475	475	475	475	71
2	05974020	Geseke, Stadt	419	419	419	477	520	520	520	520	490	490	490	71
1	05913000	Dortmund, krfr. Stadt	540	540	540	610	610	610	610	610	610	610	610	70
2	05166008	Grefrath	420	420	420	445	445	445	490	490	490	490	490	70
2	05758024	Löhne, Stadt	420	420	420	442	490	490	490	490	480	480	490	70
2	05566064	Nordwalde	407	450	450	475	475	475	475	475	475	475	475	68
2	05166024	Schwalmtal	413	425	425	480	480	480	480	480	480	480	480	67
2	05770004	Bad Oeynhausen, Stadt	413	413	413	423	480	480	480	480	480	480	480	67
2	05962024	Iserlohn, Stadt	429	496	496	496	496	496	496	496	496	496	496	67
2	05154004	Bedburg-Hau	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05154012	Geldern, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05154028	Kerken	413	413	413	423	423	423	429	443	443	443	479	66
2	05154040	Kranenburg	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05154044	Rees, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05154060	Wachtendonk	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05166004	Brüggen	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05170048	Wesel, Stadt	413	413	413	423	448	448	448	448	448	448	479	66
2	05374048	Wiehl, Stadt	413	413	413	430	430	430	430	443	443	443	479	66
2	05554004	Ahaus, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05554056	Stadtlöhn, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05554064	Velen, Stadt	413	463	463	463	463	463	463	463	463	463	479	66
2	05554068	Vreden, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05566092	Westerkappeln	413	445	445	445	445	445	445	445	445	445	479	66
2	05570040	Sendenhorst, Stadt	413	413	413	450	450	450	450	450	450	450	479	66
2	05570048	Wadersloh	413	413	413	423	465	465	465	465	465	465	479	66
2	05754048	Versmold, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05754052	Werther (Westf.), Stadt	413	413	413	423	429	429	429	429	429	443	479	66
2	05758004	Bünde, Stadt	413	413	413	440	440	445	445	445	445	445	479	66
2	05758016	Hiddenhausen	413	437	437	437	490	450	450	450	450	450	479	66
2	05758036	Vlotho, Stadt	413	413	413	423	440	440	440	443	443	443	479	66
2	05762004	Bad Driburg, Stadt	413	413	413	445	445	445	445	445	445	445	479	66
2	05762016	Brakel, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05762024	Marienmünster, Stadt	413	413	413	413	413	422	422	422	430	430	479	66
2	05762032	Steinheim, Stadt	413	413	413	423	423	423	423	423	423	423	479	66
2	05762036	Warburg, Stadt	413	413	413	423	429	429	429	429	429	443	479	66
2	05762040	Willebadessen, Stadt	413	413	413	423	423	423	423	443	443	443	479	66
2	05774032	Paderborn, Stadt	413	413	413	413	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05974012	Ense	413	453	453	453	453	453	453	453	453	453	479	66
2	05974024	Lippetal	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	479	66
2	05166028	Tönisvorst, Stadt	435	435	435	435	500	500	500	500	500	500	500	65
2	05554012	Borken, Stadt	441	445	441	451	456	450	451	466	466	470	506	65
2	05958048	Winterberg, Stadt	425	425	425	425	490	490	490	490	490	490	490	65
2	05154008	Emmerich am Rhein, Stadt	415	415	415	440	440	440	440	443	443	443	479	64
2	05554024	Heek	381	381	381	381	429	429	429	443	443	443	443	62
2	05770044	Stemwede	381	381	413	423	473	473	473	443	443	443	443	62
2	05170036	Schermbeck	435	435	435	435	435	495	495	495	495	495	495	60
2	05362028	Hürth, Stadt	420	420	420	420	480	480	480	480	480	480	480	60
2	05374036	Radevormwald, Stadt	430	430	450	450	470	470	490	490	490	490	490	60
2	05378008	Burscheid, Stadt	420	450	450	450	480	480	480	480	480	480	480	60

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt B im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B										Veränderung	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	Hebesatz Grundsteuer B 2012-2022
2	05958004	Arnsberg, Stadt	463	523	523	523	523	523	523	523	523	523	523	60
2	05154048	Rheurd	420	420	420	420	429	429	429	443	443	443	479	59
2	05762008	Beverungen, Stadt	420	420	420	420	429	429	429	429	429	450	479	59
2	05974036	Rüthen, Stadt	391	450	450	450	450	450	450	450	450	450	450	59
1	05114000	Krefeld, krfr. Stadt	475	475	475	533	533	533	533	533	533	533	533	58
2	05154036	Kleve, Stadt	413	413	413	423	471	471	471	471	471	471	471	58
2	05766052	Lügde, Stadt	428	428	428	455	485	485	485	485	485	485	485	57
2	05770040	Rahden, Stadt	413	413	413	423	423	470	470	470	470	470	470	57
2	05162012	Jüchen, Stadt	440	440	440	440	440	440	440	440	440	440	495	55
2	05558012	Coesfeld, Stadt	495	550	550	550	550	550	550	550	550	550	550	55
2	05958012	Brilon, Stadt	426	426	426	426	480	480	480	480	480	480	480	54
2	05334008	Baesweiler, Stadt	407	407	407	430	430	430	430	443	460	460	460	53
2	05162028	Rommerskirchen	413	433	433	450	465	465	465	465	465	465	465	52
2	05554040	Raesfeld	413	413	413	423	429	429	429	443	443	443	464	51
1	05515000	Münster, krfr. Stadt	460	480	480	510	510	510	510	510	510	510	510	50
2	05166012	Kempen, Stadt	420	420	440	440	440	440	440	440	440	440	470	50
2	05558036	Offen, Stadt	360	360	360	370	410	410	410	410	410	410	410	50
2	05754020	Herzebrock-Clarholz	330	330	330	330	330	380	380	380	380	380	380	50
2	05754040	Steinhagen	330	330	330	330	380	380	380	380	380	380	380	50
2	05766044	Lemgo, Stadt	430	430	430	430	480	480	480	480	480	480	480	50
2	05566080	Saerbeck	430	430	430	490	490	490	460	460	460	460	479	49
2	05774004	Altenbeken	430	430	430	430	430	430	430	430	430	450	479	49
2	05554020	Gronau (Westf.), Stadt	381	381	381	401	429	429	429	429	429	429	429	48
2	05770020	Lübbecke, Stadt	381	381	381	381	429	429	429	429	429	429	429	48
2	05774008	Bad Lippspringe, Stadt	381	381	381	381	381	423	423	429	429	429	429	48
2	05774040	Bad Wünnenberg, Stadt	381	413	413	423	429	429	429	429	429	429	429	48
2	05154032	Kevelaer, Stadt	413	413	413	460	460	460	460	460	460	460	460	47
2	05570036	Sassenberg, Stadt	413	413	430	430	460	460	460	460	460	460	460	47
2	05570052	Warendorf, Stadt	433	433	433	433	433	480	480	480	480	480	480	47
2	05970024	Kreuztal, Stadt	413	413	413	460	460	460	460	460	460	460	460	47
2	05558004	Ascheberg	413	413	413	500	500	460	429	423	423	423	459	46
2	05554036	Legden	413	458	458	458	458	458	458	458	458	458	458	45
2	05766020	Detmold, Stadt	495	495	495	495	550	550	550	540	540	540	540	45
2	05958032	Meschede, Stadt	430	430	430	430	430	475	475	475	475	475	475	45
2	05962056	Schalksmühle	410	430	430	575	575	575	545	480	455	455	455	45
2	05970004	Bad Berleburg, Stadt	450	450	475	475	495	495	495	495	495	495	495	45
2	05774036	Salzkotten, Stadt	400	413	413	413	423	429	429	443	443	443	443	43
2	05754028	Rheda-Wiedenbrück, Stadt	381	381	413	423	423	423	423	423	423	423	423	42
2	05770024	Minden, Stadt	418	460	460	460	460	460	460	460	460	460	460	42
2	05154020	Issum	416	416	416	416	416	457	457	457	457	457	457	41
2	05570012	Beelen	413	413	413	413	413	413	413	429	429	429	454	41
2	05958024	Marsberg, Stadt	443	443	443	484	484	600	600	600	600	600	484	41
2	05162022	Meerbusch, Stadt	440	440	440	440	440	440	440	440	440	440	480	40
2	05162024	Neuss, Stadt	455	495	495	495	495	495	495	495	495	495	495	40
2	05334028	Simmerath	450	450	450	450	490	490	490	490	490	490	490	40
2	05554032	Isselburg, Stadt	413	413	413	413	423	445	453	453	479	483	453	40
2	05570044	Telgte, Stadt	430	430	430	430	430	500	470	470	470	470	470	40
2	05974028	Lippstadt, Stadt	420	420	420	420	460	460	460	460	460	460	460	40
2	05166020	Niederkrüchten	413	420	420	450	450	450	450	450	450	450	450	37
2	05158008	Haan, Stadt	398	413	413	433	433	433	433	433	433	433	433	35
2	05166016	Nettetal, Stadt	415	415	415	415	415	450	450	450	450	450	450	35
2	05762012	Borgentreich, Stadt	413	413	413	423	423	423	423	423	423	423	446	33
2	05958008	Bestwig	455	455	455	466	472	472	472	488	488	488	488	33
2	05166032	Viersen, Stadt	450	450	450	450	450	450	450	480	480	480	480	30
2	05334002	Aachen, krfr. Stadt	495	495	495	525	525	525	525	525	525	525	525	30
2	05566008	Emsdetten, Stadt	413	413	413	454	495	495	429	443	443	443	443	30
2	05570032	Ostbevern	413	413	413	423	429	429	429	429	429	443	443	30
2	05770016	Hüllhorst	413	413	413	423	429	497	497	497	497	497	443	30

Tabelle Hebesatzerhöhung GrSt B im Zeitraum 2012 bis 2022

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B										Veränderung	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022
2	05958016	Eslohe (Sauerland)	419	419	419	449	449	449	449	449	449	449	449	30
2	05970008	Burbach	413	430	430	430	430	430	430	443	443	443	443	30
2	05370020	Hückelhoven, Stadt	400	400	400	400	429	429	429	429	429	429	429	29
2	05170004	Alpen	416	416	416	416	429	429	429	443	443	443	443	27
2	05566072	Recke	461	488	488	488	488	488	488	488	488	488	488	27
2	05958020	Hallenberg, Stadt	413	413	413	423	440	440	440	440	440	440	440	27
2	05566020	Hopsten	413	413	435	435	435	435	435	435	435	435	435	22
2	05758012	Herford, Stadt	420	440	440	440	440	440	440	440	440	440	440	20
2	05974040	Soest, Stadt	455	455	455	455	455	475	475	475	475	475	475	20
2	05558044	Senden	460	460	460	460	460	460	460	460	460	460	479	19
2	05966020	Lennebstadt, Stadt	440	440	440	458	458	458	458	458	458	458	458	18
2	05154056	Uedem	413	413	413	413	413	429	429	429	429	429	429	16
2	05554028	Heiden	413	413	413	423	429	429	429	429	429	429	429	16
2	05774028	Lichtenau, Stadt	463	463	463	463	463	463	463	463	463	463	479	16
2	05754036	Schloß Holte-Stukenbrock, Stadt	265	280	280	280	280	280	280	280	280	280	280	15
2	05754032	Rietberg, Stadt	413	413	413	413	425	425	425	425	425	425	425	12
2	05154064	Weeze	413	413	409	409	423	423	423	423	423	423	423	10
2	05162004	Dormagen, Stadt	425	435	435	435	435	435	435	435	435	435	435	10
2	05566016	Hörstel, Stadt	413	413	413	423	423	423	423	423	423	423	423	10
2	05966024	Olpe, Stadt	439	439	439	439	439	439	439	443	443	443	443	4

**Anlage 5 zu Fragen 153 und 154**

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer A										Veränderung Hebesatz Grundsteuer A		
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022	
2	05158026	Monheim am Rhein, Stadt	380	380	380	380	380	380	250	250	250	250	250	250	-130
2	05754044	Verl, Stadt	150	150	150	150	150	150	130	130	110	110	110	110	-40
2	05958040	Schmallenberg, Stadt	209	209	209	213	213	213	213	200	200	200	180	180	-29
2	05158020	Langenfeld (Rhld.), Stadt	150	170	170	170	170	170	170	150	140	130	130	130	-20
2	05566096	Wettringen	250	250	250	250	250	240	230	230	230	230	230	230	-20
2	05754016	Harsewinkel, Stadt	250	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	230	-20
2	05966028	Wenden	231	231	231	237	240	240	240	215	215	215	215	215	-16
2	05370036	Wassenberg, Stadt	200	209	209	209	209	209	209	209	190	190	190	190	-10
2	05554044	Reken	180	180	180	180	180	180	170	170	144	144	170	170	-10
2	05558040	Rosendahl	270	270	270	270	270	270	270	260	260	260	260	260	-10
2	05154064	Weeze	220	220	216	216	216	216	216	216	216	216	216	216	-4

**Anlage 6 zu Fragen 153 und 154**

VF	AGS	Name der Kommune	Hebesatz der Grundsteuer B											Veränderung Hebesatz Grundsteuer B	
			2012	2013	2014	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2012-2022	
2	05158026	Monheim am Rhein, Stadt	400	400	385	385	385	385	250	250	250	250	250	250	-150
2	05754044	Verl, Stadt	265	265	265	265	265	265	230	230	190	190	190	190	-75
2	05958040	Schmallenberg, Stadt	411	411	411	421	421	421	421	400	400	400	400	360	-51
2	05158020	Langenfeld (Rhld.), Stadt	336	380	380	380	380	380	380	330	310	299	299	299	-37
2	05566096	Wettringen	375	375	375	375	375	360	340	340	340	340	340	340	-35
2	05754016	Harsewinkel, Stadt	295	260	260	260	260	260	260	260	260	260	260	260	-35
2	05370004	Erkelenz, Stadt	420	420	420	420	420	420	420	420	390	390	390	390	-30
2	05966028	Wenden	413	413	413	423	429	429	429	390	390	390	390	390	-23
2	05558040	Rosendahl	510	510	510	510	510	510	510	495	495	495	495	495	-15
2	05554044	Reken	360	360	360	360	360	360	350	350	297	297	350	350	-10